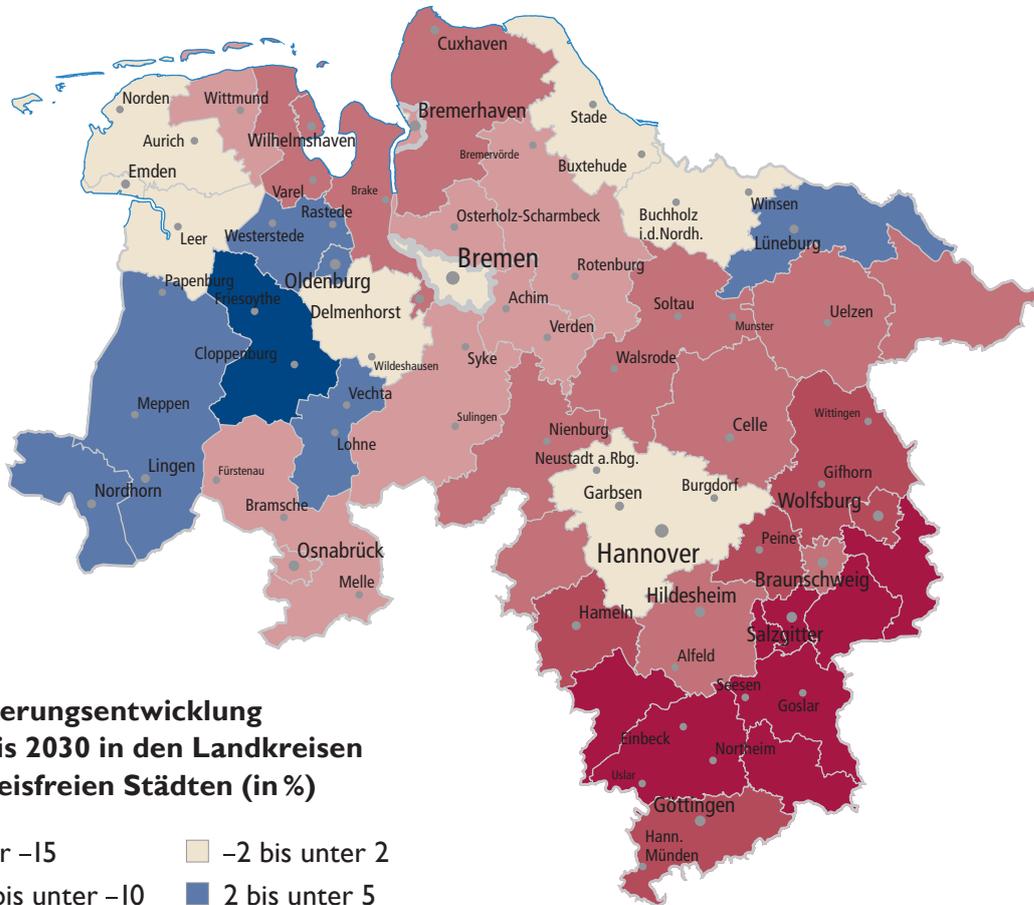
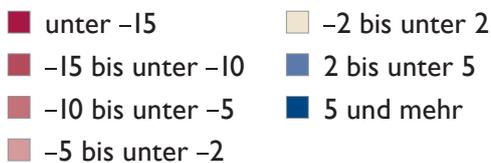


PARITÄTREPORT



**Bevölkerungsentwicklung
2009 bis 2030 in den Landkreisen
und kreisfreien Städten (in %)**



- Herausforderungen des demografischen Wandels
- Migranten im Pflegesystem
- Heimgesetz vor notwendiger Reform



Impressum

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a, 30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
landesverband@paritaetischer.de

Vorstand

Christian Boenisch, Vorsitzender
Birgit Eckhardt, stellv. Vorsitzende

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BIC: BFSWDE33HAN
IBAN: DE73 2512 0510 0007 4495 00

Verantwortlich für den Inhalt:

Birgit Eckhardt, stellv. Vorsitzende

Redaktion

Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Anika Falke
Tel. 05 11 / 5 24 86-353
presse@paritaetischer.de

Druck

BenatzkyMünstermann Druck GmbH,
Hannover

Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften und Beiträgen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint viermal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Auf dem Weg nach Bethlehem

Weihnachtsmarke 2013 zeigt heilige drei Könige

Die diesjährige Weihnachtsmarke "Stern von Bethlehem" zeigt den Stern, der den drei Königen Caspar, Melchior und Balthasar den Weg in die kleine Stadt Bethlehem weist. Dort wollen sie dem neugeborenen Kind ihre Ehre erweisen und beschenken es der Legende nach mit Gold, Weihrauch und Myrrhe. Die Wohlfahrtsmarken sind ein Gewinn für alle. Der Empfänger freut sich über edlen Motive, der Sender tut gleichzeitig etwas Gutes, denn der Erlös aus dem Verkauf der



Sonderpostwertzeichen fließt in die wichtige soziale Arbeit von Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Paritätischem Wohlfahrtsverband, Deutschem Roten Kreuz, Diakonie und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Die Wohlfahrtsmarken sind bei der Post und den Wohlfahrtsverbänden sowie im Internet auf der Seite www.wohlfahrtsmarken.de erhältlich.

Ihre Adressdaten

Bitte Änderungen mitteilen!

Um unsere Mitgliederadressen auf dem neuesten Stand halten zu können, bitten wir um Ihre Unterstützung: Benachrichtigen Sie uns bei Änderungen:

- Anschrift
- Telefonnummer
- Faxnummer
- E-Mailadresse
- Wechsel Vorstand
- Wechsel Geschäftsführung
- Name/Rechtsform

Ihrer Organisation. Senden Sie bitte aktualisierte Daten an das Sekretariat des Geschäftsbereichs Mitgliederförderung, Astrid Schöne, Tel. 05 11 / 5 24 86-397 Fax 05 11 / 5 24 86-333 astrid.schoene@paritaetischer.de

Ihr Beitrag

Parität Report sucht Artikel

- Möchten Sie die Arbeit Ihrer Organisation oder Einrichtung vorstellen?
- Können Sie Tipps oder Erfahrungen weitergeben?
- Veranstalten Sie ein Programm, das für andere offen und von Interesse ist?
- Suchen Sie neue Mitarbeiter/-innen oder einen Job?
- Haben Sie Kritik oder Lob?

Dann senden Sie Ihren Beitrag (wenn möglich mit Foto) einfach als Datei oder Ausdruck via E-Mail oder per Post an den Landesverband, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Gerne sind wir bereit, Sie bei der Formulierung zu unterstützen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist längst kein eventuelles Zukunftsszenario mehr: Der demografische Wandel ist da und wir sind mittendrin. Die Menschen und die gesamte Gesellschaft werden immer älter, gleichzeitig kommen immer weniger Junge nach – laut der jüngsten Erhebung der EU-Statistikbehörde Eurostat hat Deutschland die geringste Geburtenrate aller EU-Länder. Mehr ältere Menschen bedeutet auch, dass die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen wächst, der schon heute spürbare Fachkräftemangel im sozialen Bereich wird uns vor große Herausforderungen stellen. Es besteht die berechnete Sorge, dass einige Landkreise überaltern, wenn nicht gar „aussterben“. Wie kann dem Einhalt geboten werden?

Die Kommunen müssen flexibel reagieren, jegliche Form von Skepsis gegenüber neuen Ansätzen ablegen und offen für alternative Modelle der flächendeckenden Nahversorgung sein. Es gibt Orte in Niedersachsen, die zeigen, wie es gehen kann: Da fahren die Lebensmittelmärkte die Einkäufe nach Hause, der Eiermann hält regelmäßig im Ort, der Paritätische bringt mit „Essen auf Rädern“ eine warme Mahlzeit auf den Tisch und der Arzt kommt zur „fahrenden Sprechstunde“ vorbei. Es wäre utopisch zu fordern, jeden Dorfkern auf Dauer mit sämtlichen Versorgungsangeboten auszustatten. Doch die Grundversorgung muss gesichert sein, an jedem frei gewählten Ort, den Menschen in Niedersachsen für sich als Heimat empfinden, an dem sie eine Familie gründen und ihre Kinder aufwachsen lassen oder ihren Lebensabend verbringen wollen.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat zu diesem Thema vor wenigen Wochen eine Studie mit dem wohl klingenden Titel „Vielfalt statt Gleichwertigkeit“ veröffentlicht. Das Hauptargument lautet, dass der gesetzlich festgeschriebene Grundsatz der Gleichwertigkeit einer nachhaltigen Raumentwicklung im Wege stehe. Die Studie fordert stattdessen Konzepte, die an die demografische Entwicklung angepasst sein sollen. Ein Beispiel: Wo nur noch wenige Menschen leben und junge Menschen abwandern, lohne es sich nicht, neue Straßen zu bauen oder den Linienver-

kehr aufrechtzuerhalten. Liebe Leserin, lieber Leser – bitte malen Sie sich für einen Moment aus, wie demzufolge das Leben alter, manchmal pflegebedürftiger Menschen in dünn besiedelten Gebieten, umgeben von maroden Straßen, ohne Nahverkehr, in ein paar Jahren aussehen könnte.

Das Ziel muss es sein, ein solches Szenario zu verhindern, nicht aber, es als Lösung in Erwägung zu ziehen oder gar zu präsentieren. Wir dürfen es gar nicht erst so weit kommen lassen, dass der Gedanke, ältere Menschen von der Infrastruktur abzuhängen und bestimmte Gebiete mittelfristig auf diese Art zu entsiedeln, akzeptabel ist. Ein einzelner großer Masterplan wird es nicht tun: Die vielfältigen und unterschiedlichen Regionen in Niedersachsen benötigen auf sie speziell zugeschnittene Lösungen, um für junge und alte Menschen gleichermaßen attraktiv sein. Hier braucht es passende Ideen, um jungen Menschen nicht nur Arbeitsplätze mit Perspektive, sondern weitere Anreize zum „Hierbleiben“, „Heimkommen“ und „Niederlassen“ zu bieten. Mehrgenerationenkonzepte werden, gerade in Zeiten schrumpfender Familienbande, interessanter, wichtiger und vor allem nötiger denn je sein.

Die Frage darf also nicht lauten „Können wir bestimmte Gebiete noch versorgen?“; sie muss lauten: „Wie können wir alle Gebiete versorgen?“ und zwar so, dass das Leben an jedem frei gewählten Wohnort in Niedersachsen lebenswert ist und bleibt – für Menschen jeglichen Alters. Das Miteinander der Generationen muss gefördert, die daraus entstehenden Synergien müssen genutzt werden. Verbände, Politik und Zivilgesellschaft müssen ein breites Bündnis bilden, um regionalspezifische Lösungen zu finden und vor allem hilfebedürftige Menschen im ländlichen Raum angemessen zu unterstützen, ihren Alltag zu bewältigen und ihre Grundbedürfnisse sicherzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Boenisch
Vorsitzender

Birgit Eckhardt
stellv. Vorsitzende

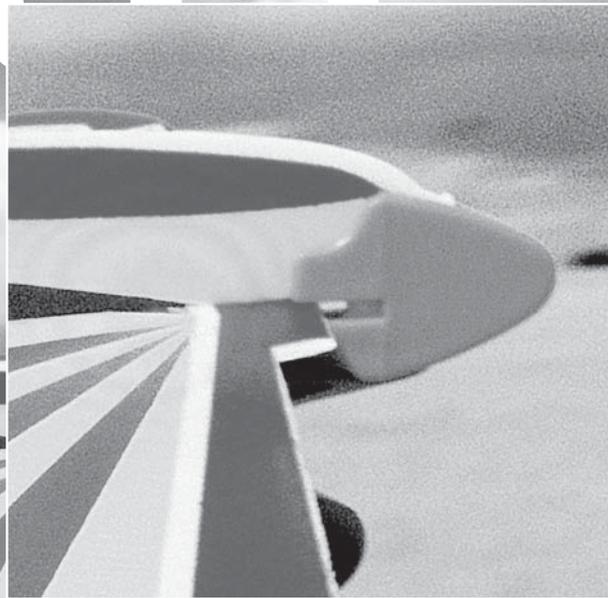


www.spezial-kommunikation.de

transpari

ganz

nah



 DER PARITÄTISCHE
NIEDERSACHSEN

transpari – Bürgerstiftung
im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen

GandhisträÙe 5A
30559 Hannover

Telefon 0511/52 486 350
Telefax 0511/52 486 333

www.transpari.de

am Alltag
am Leben
am Menschen

Soziale Projekte starten – Spendenkonto 7 4102 00

Bank für Sozialwirtschaft Hannover · BLZ 251205 10

Ausgabe 4-13

Impressum.....	2		
Editorial.....	3		
Der demografische Wandel			
Herausforderungen des demografischen Wandels für die Raumentwicklung.....	6	Gesundheitsmanagement in den Hannoverschen Werkstätten gem. GmbH.....	47
Niedersachsen im demografischen Wandel 2030.....	9	Blickpunkt Auge – Rat und Hilfe bei Sehverlust	48
Ortsbesuch im Landkreis Goslar: Eine Reise durch den „schrumpfenden“ Westharz	10	Lebenshilfe Braunschweig qualifiziert zum Helfer in Kindertageseinrichtungen.....	49
Gegen den demografischen Wandel: Beispielhafte Projekte in Seesen.....	12	Lebenshilfe Hannover präsentiert Aktionsplan Inklusion und Teilhabe.....	50
Ortsbesuch in Meppen: Ein Tag im „wachsenden“ Emsland	14	Gründung des Netzwerks „Sexualität in der Altenpflege“ in Niedersachsen	52
Wie die Städte im Landkreis Emsland den demografischen Wandel angehen.....	15	Niedersächsische AIDS-Hilfe baut HIV – Netzwerk für Migrant/-innen auf.....	54
Familienplanung im Emsland.....	16	Neue Fachberaterin beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.	55
Grundbedingungen für ein Leben mit Kindern.....	17	Neue Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. im Porträt	55
Migranten im Pflegesystem	19		
Spanisches Pflegepersonal in Deutschland.....	20		
Von der richtigen Zuwanderungsstrategie profitieren alle.....	21	Bunte Vielfalt sozial gestalten	
Wenn die Sucht ins Alter kommt	23	Paritätischer Niedersachsen feiert 50 Jahre „Essen auf Rädern“	56
Auf Nummer sicher mit neuen Technologien?	24	Die 50-Jahr-Feier in den Kreisverbänden.....	58
Niederländer informieren sich über Versorgung im Quartier	26	Einweihung, und Verabschiedung in Uelzen	61
Aufklärungsarbeit auf dem Land	27	Geschäftsführerwechsel in Seesen	62
Ein ungewöhnliches Projekt etabliert sich.....	28	Lebenshilfe Niedersachsen: Neuer Name.....	63
Mehr Ärzte in ländlichen Gebieten gefordert.....	30	Hans-Jürgen Sauerhammer wird Ehrenvorsitzender	64
Malstudio holt ältere Menschen aus der Isolation.....	31	Mitgliederversammlung des Jugendwerks	64
		92-Jähriger überzeugt beim Fahrsicherheitstraining	66
		Märchenhafte Geschichte einer FSJ-lerin	67
		Sommerfest im Eilenriedestift.....	68
		150 Jahre Hannoversche Kinderheilstätte.....	69
		Seilgarten Hannover feiert Jubiläum	71
		Gelebte Inklusion im Elektrorollstuhl-Hockey.....	73
		Hannoversche Werkstätten gewinnen Leinstern.....	74
		Frauenberatung Verden e.V. wird 20 Jahre alt.....	75
		Erholungshilfe feiert 50-jähriges Bestehen.....	76
		Ehrenvorsitzender Wolfgang Neubelt wird 86	78
		Ehrungen	79
		Der Paritätische Stellenmarkt.....	80
		Service	
		Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen ..	84
		Fachbereiche des Paritätischen	85
		Arbeitskreise des Paritätischen.....	86
		Mitglieder des Verbandsrats	87
		Verbandsadressen	88
Eine(r) für alles			
Niedersächsisches Heimgesetz vor notwendiger Reform	33		
Fachtag des Arbeitskreises Betreuungsvereine.....	34		
Herausforderungen der Kinder- und Jugendhilfe in der Migrationsgesellschaft	35		
Fachtagung des Arbeitskreises Straffälligenhilfe.....	37		
Informations-Offensive „draußen“ geht ans Netz....	38		
Straffälligenhilfe im Gespräch mit Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz.....	39		
40 Jahre Frauen- und Familienpolitik für Alleinerziehende.	40		
Drei Tage im Zeichen von Multipler Sklerose.....	41		
Start des Netzwerks „Aids, Kinder und Familie“	43		
„Leitfaden: Interkulturelle Öffnung“	44		
Polnische Führungskräfte besuchen Niedersachsen	44		
Lebendige Suchtprävention auf besondere Art.....	46		

Herausforderungen des demografischen Wandels für die Raumentwicklung

Ein Beitrag von Martina Kocks und Dr. Hans-Peter Gatzweiler vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung zu den Herausforderungen des demografischen Wandels und den sich daraus ergebenden Aufgaben.

Der demografische Wandel vollzieht sich in einem langen und stetigen Prozess. Seit den 1970er Jahren liegt die Geburtenrate in Deutschland um ein Drittel unter dem Bestandserhaltungsniveau und bringt jede Generation folglich ein Drittel weniger potenzielle Mütter hervor. Bevölkerungsabnahme und Alterung sind daher unumkehrbare Kennzeichen der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung. Zuwanderungen aus dem Ausland und eine erfolgreiche Familienpolitik können diesen Prozess allenfalls abschwächen.

Es zeigt sich:

- Der Prozess des demografischen Wandels ist bereits seit längerem im Gange, vollzieht sich insgesamt aber langfristig. Seine Auswirkungen sind nicht grundsätzlich umkehrbar, aber durch politische Entscheidungen v. a. in der Familien-, der Einwanderungs-, der Sozial- und Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Kulturpolitik sowie der Raumentwicklungs-, Städtebau- und Wohnungspolitik in Teilen steuerbar.
- Der Prozess tritt in den Regionen Deutschlands mit unterschiedlicher Intensität und Ausrichtung sowie zeitversetzt auf. In den neuen Ländern ist er insbesondere durch einen deutlichen Bevölkerungsrückgang bei gleichzeitig absoluter Zunahme der über 60-jäh-

rigen gekennzeichnet, in den alten Ländern vor allem durch Einwanderungsüberschüsse und zunehmend auch Alterung.

- Je nach regionaler Ausgangslage führt der Prozess zu verschiedenen Problemstellungen, die ihrerseits unterschiedlichen politischen Handlungsbedarf auslösen und entsprechend angepasste regionale Lösungen erfordern (Anpassung der Bildungsinfrastruktur, zunehmender Bedarf an Alten- und Pflegeeinrichtungen, Mobilitäts- und Versorgungskonzepte für dünn besiedelte Regionen).

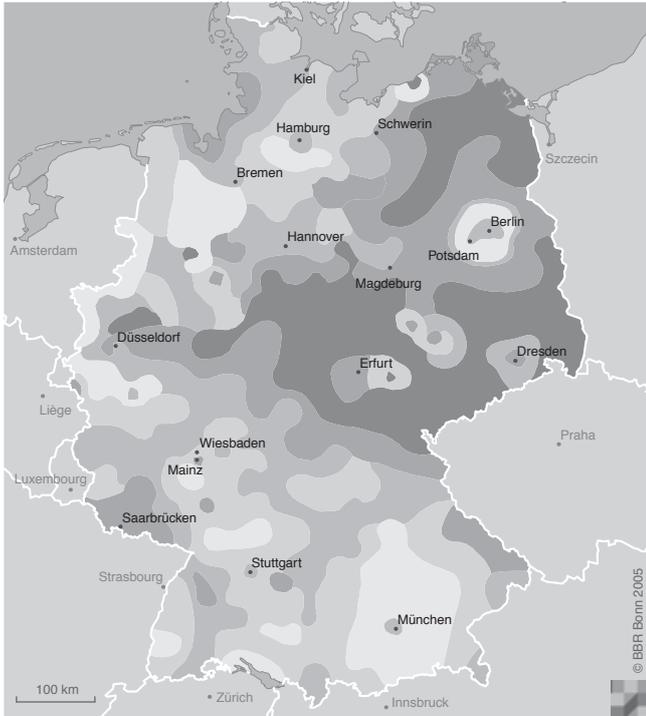
Der Spielraum für den Umgang mit den demografischen Veränderungen ist durch die zurückliegende wirtschaftliche Entwicklung, die Lage der öffentlichen Haushalte sowie bereits getätigte Infrastrukturinvestitionen und deren Unterhaltung eingeschränkt. Dennoch bleiben Gestaltungsräume, die für Umbau- und Entwicklungsprozesse genutzt werden können. Dazu müssen die absehbaren Entwicklungstrends und notwendigen Strukturanpassungen realistisch eingeschätzt und die Bemühungen um eine fachübergreifende Koordination der Maßnahmen verstärkt werden.

Auswirkungen und Aufgaben

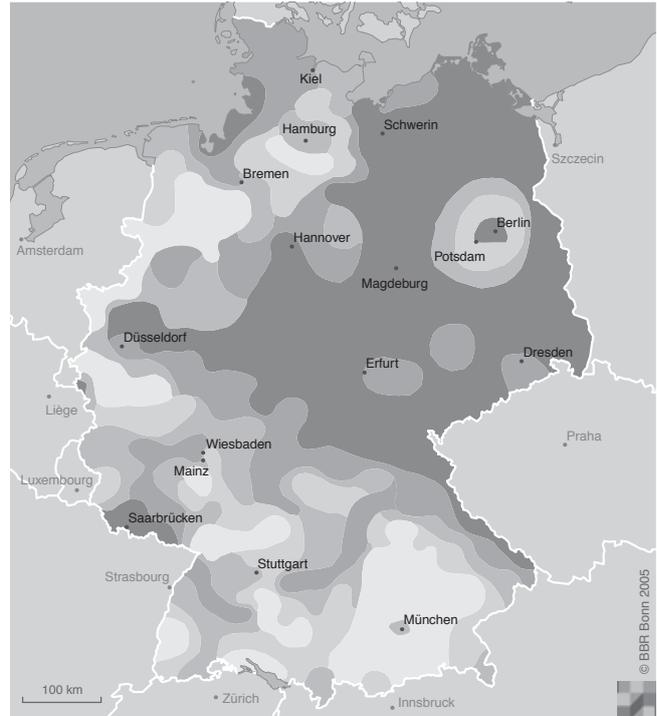
Die in vielen Regionen erwartete Bevölkerungsabnahme führt vor allem in dünn besiedelten ländlichen Räumen zu Problemen und Herausforderungen bei der Gewährleistung einer angemessenen Infrastrukturversorgung. Besonders hohe Bevölkerungsverluste weisen die

peripheren ländlichen Räume Ostdeutschlands auf; hier ist auch in Zukunft weiterhin mit überdurchschnittlichen Abnahmen zu rechnen. Gleichzeitig wird die Zahl älterer Bewohner stark zunehmen. Da die Siedlungsdichten dort bereits jetzt für Deutschland dünn sind, werden beim Infrastrukturanangebot schnell Tragfähigkeitsgrenzen erreicht – insbesondere, wenn man bisher geltende Maßstäbe und Standards der Leistungserbringung zugrunde legt. Verstärkt durch die sinkende Finanzkraft der öffentlichen Hand wird es immer schwieriger, Leistungen der Daseinsvorsorge im bisherigen Maße bereitzustellen.

Somit besteht die Gefahr, dass sich in diesen Räumen die Abwanderungen mit zunehmenden Versorgungsdefiziten verstärken und eine negative Entwicklungsspirale einsetzt. Der Trend in eine alternde Gesellschaft ist der gesamtgesellschaftlich und gesamtwirtschaftlich bedeutendste Prozess des demografischen Wandels und verursacht den größten Handlungsdruck. Die rasche und hohe Alterung der Bevölkerung macht in allen Städten und Regionen zügige Anpassungsleistungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge erforderlich. Offenkundig und für jeden nachvollziehbar sind die Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme. Wichtig für die Regionen und Städte als konkrete Wirtschafts- und Lebensräume aber ist das infrastrukturelle Leistungsangebot. Dies gilt es zu sichern – besser noch, qualitativ weiterzuentwickeln. Auf die Fragen, wer künftig



Dynamik der Bevölkerung bis 2020



Dynamik der Bevölkerung bis 2050

Veränderung der Bevölkerungszahl zwischen 2002 und 2020/2050

- stark abnehmend
 stabil
 stark zunehmend
- leicht abnehmend
 leicht zunehmend

Quelle: BBR-Bevölkerungsprognose 2002-2050/Exp

Gesundheitsdienst- und Pflegeleistungen in welcher Form erbringen wird und was altersgerechtes Wohnen, altersgerechte soziale Infrastrukturen und Mobilitätsangebote sind, müssen zukunftsfähige Antworten gefunden werden.

Die Alterung muss aber auch als eine Chance für Wachstum, Beschäftigung und gesellschaftliche Entwicklung gesehen und gestaltet werden. Es gilt Wege aufzuzeigen, wie die Potenziale älterer Menschen für Wirtschaft und Gesellschaft besser genutzt werden können. Die alternde Bevölkerung wird zu gesamtwirtschaftlich spürbaren Veränderungen der Nachfragestrukturen führen, und ältere Menschen werden als Konsumentengruppe eine zunehmend größere Rolle spielen. Wirtschaftliche

Gewinner können dabei Bereiche wie Tourismus, Gesundheit und Wellness sowie der Kulturbereich sein. Auch Dienstleistungen zur Erhaltung der Wohn- und Lebensqualität von älteren Menschen werden eine steigende Nachfrage erfahren.

Ziele

Der demografische und wirtschaftsstrukturelle Wandel erfordert eine langfristig angelegte Reformpolitik. Ein wichtiger Bestandteil davon ist der raum- und stadtentwicklungspolitische Paradigmenwechsel vom „gesteuerten Wachstum“ zum „gestaltenden Umbau“ der Regionen und Städte in Deutschland. Die Akzeptanz und der Erfolg von Strategien und Konzepten des Umbaus werden umso größer sein, je mehr sie sich an folgenden Zielen orientieren:

Das wichtigste Ziel der Raumentwicklungspolitik bleibt auch unter den Bedingungen einer abnehmenden und alternden Bevölkerung, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen Deutschlands herzustellen. Durch den demografischen Wandel wird sich das Leben in den Städten und Regionen ändern, doch soll die Lebensqualität auf einem angemessenen Niveau erhalten bleiben. Bei enger werdenden finanziellen Spielräumen zwingt dies zu Kosteneinsparungen bei öffentlichen Dienstleistungen und zu mehr Wirtschaftlichkeit durch Effizienzsteigerungen. Die Angebote müssen überdacht und neu organisiert werden – möglichst mit dem Ziel, dezentrale wohnortnahe Versorgungsstrukturen aufrechtzuerhalten. Sie sind familien- und altenfreundlich, in der Regel auch ökologisch nachhaltiger. Dies

bedeutet allerdings nicht, dass überall die gleichen Versorgungsstandards und Leistungsangebote gelten müssen. Viel mehr geht es um ein angepasstes und zumutbares Niveau der Daseinsvorsorge, das den jeweiligen Nachfrage- und Auslastungsverhältnissen entspricht. Das kann eine Diskussion über räumlich differenzierte Mindeststandards einschließen.

Gleichwohl erfordert die Ausrichtung auf Schrumpfungsbedingungen, dass die Infrastrukturen und Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge auf weniger räumliche Schwerpunkte konzentriert werden, als dies noch unter den Wachstumserwartungen der 90er Jahre der Fall war. Das wichtigste Grundgerüst für die räumliche Organisation der Daseinsvorsorge bildet nach wie vor das System der zentralen Orte, das von der Landesplanung in Raumordnungsplänen festgelegt wird. Es bedarf der Straffung und Flexibilisierung. Um der niedrigen Geburtenhäufigkeit, der primären Ursache von Bevölkerungsabnahme und Alterung, entgegenzuwirken, muss es darüber hinaus Ziel von Städten und Regionen sein, die Wohn- und Lebensqualität speziell für Kinder und Familien zu verbessern. Auch muss ein generationenübergreifendes Arbeiten und Wohnen ermöglicht werden.

Handlungsgrundsätze

Aus der Sicht der Raumentwicklung können diese Ziele erreicht werden, wenn das politische Handeln sich an folgenden Grundsätzen orientiert:

- Die notwendigen Anpassungsprozesse in den Regionen und Städten müssen zu einem wirklichen und ernsthaft diskutierten öffentlichen Thema werden, denn sie werden sich nicht von al-

lein einstellen. Dafür ist es wichtig, den demografischen Wandel und seine räumlichen Folgen umfassend und laufend zu beobachten und zu bewerten und vor allem auch darüber zu informieren. Die Probleme der von diesem Wandel besonders betroffenen Regionen, Städte und Gemeinden gehören auf die politische Agenda von Bund und Ländern.

- Zudem gilt es, die Bevölkerung aktiv zu beteiligen. Sie muss in die Diskussion über die Notwendigkeit und die Art von Veränderungen frühzeitig miteinbezogen werden. Neue Infrastrukturangebote zum Beispiel erfordern eine Umstellung nicht nur auf der Nutzerseite. Vielmehr muss insgesamt in den Regionen – bei Nutzern wie Anbietern – deutlich gemacht und verstanden werden, dass der Zweck von Angebotsreduzierungen über finanzielle Einsparungen hinausgeht

Generell sind keine Einheitslösungen für alle Räume möglich und gibt es keinen Königsweg zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Gestaltung zukunftsfähiger Angebote. Die Unterschiede in den Siedlungsstrukturen und Erreichbarkeitsverhältnissen, die verschiedenen bereits vollzogenen Modernisierungen bei den Angeboten ebenso wie die unterschiedlichen Ansprüche und Präferenzen der Bevölkerung machen es erforderlich, dass zunehmend Regelungen und Lösungen auf regionaler

und lokaler Ebene gesucht werden. Dort können die Handlungserfordernisse am verlässlichsten erkannt und am besten gebündelt werden.

Unter den Bedingungen des demografischen Wandels und der sinkenden Finanzkraft der öffentlichen Hand sind Kosteneinsparungen bei der öffentlichen Infrastrukturversorgung notwendig. Ihnen muss verstärkt Rechnung getragen werden. Dabei ist zu prüfen, inwieweit alternative Angebotsformen möglich sind, zum Beispiel durch private geführte Angebote oder in Selbsthilfe durch die öffentliche Hand unterstützt. Statt Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge selbst wahrzunehmen – also im Wege der sog. Erfüllungsverantwortung – muss sich die öffentliche Hand künftig zunehmend auf die Gewährleistungsverantwortung konzentrieren.

Viele Regionen und Städte haben mittlerweile erkannt, dass gerade knapper werdende Ressourcen und Schrumpfungsprozesse zu einer integrierten Planung und Gestaltung der zukünftigen Entwicklung zwingen. Zudem erfordern die öffentliche Haushaltssituation und die immer komplexeren regionalen und städtischen Problemlagen eine stärkere fachliche Ressourcenbündelung. Das bedeutet: Stärker als bisher müssen die verschiedenen Ressorts ihr Handeln koordinieren und muss der Einsatz von finanziellen Ressourcen aus unterschiedlichen Politikfeldern abgestimmt werden. Die Basis hierfür liefern integrierte regionale Handlungskonzepte.

Text und Grafiken aus: *Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel*, Hrsg.: BMVBW/BBR, Bonn 2005 (www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2005undaelter/OeffentlicheDaseinsvorsorge.html). Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Niedersachsen im demografischen Wandel 2030

Zahlen und Fakten zur schrumpfenden Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerung in Niedersachsen schrumpft. Nach der aktuellen Bevölkerungsprognose der Bertelsmann Stiftung geht entsprechend dem bundesweiten Abwärtstrend auch in den 439 Kommunen in Niedersachsen die Einwohnerzahl bis 2030 zurück. 7,54 Millionen Menschen werden das zweitgrößte Bundesland dann besiedeln. Dies entspricht einem Rückgang von 4,8% (378.160 Menschen). Insgesamt zeigt Niedersachsen somit eine ungünstigere Entwicklung als der Bundesdurchschnitt (-3,7%).

Die heterogene demografische Entwicklung der Kommunen zeigt sich exemplarisch in den Kreisen und kreisfreien Städten. Einen starken Rückgang in der Bevölkerungszahl haben z.B. die Landkreise Osterode am Harz (-21,0%) und Goslar (-20,3%) zu erwarten. Größere Zuwächse in der Bevölkerung wird es mit 5,7% in Cloppenburg und 4,5% in Vechta geben. In den kreisfreien Städte ist nur in Oldenburg (+3,5%) mit einem positivem Bevölkerungszuwachs zu rechnen. In Salzgitter (-19,1%) und Wolfsburg (-10,6%) wird die Einwohnerzahl deutlich zurückgehen.

Alterung

Die Veränderungen in den Bevölkerungszahlen gehen mit deutlichen Verschiebungen in der Altersstruktur einher, d.h. auch die Kommunen in Niedersachsen altern. 2030 liegt das Medianalter in Niedersachsen bei 50 Jahren (2009 bei 44 Jahren). Das Medianalter teilt die

nach Alter sortierte Bevölkerung Niedersachsens in zwei gleich große Hälften. Eine Hälfte der Bevölkerung ist jünger, die andere Hälfte älter als das Medianalter.

Eine Betrachtung der Altersgruppen zeigt, dass die Zahl der Hochbetagten in der Gruppe der über 80-Jährigen in allen Landesteilen mit einem Wachstum von 58% deutlich zunimmt, wobei auch hier die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen stark ausgeprägt sind. Zum Vergleich: In Osnabrück ist der Anstieg mit 20,8% vergleichsweise gering. Osterholt (+108,5%) und Ammerland (+101,8%) hingegen werden die Zuwächse der Generation 80 plus besonders stark verspüren. Insgesamt wird der Anteil der über 80-jährigen Männer und Frauen an der Gesamtbevölkerung in Niedersachsen 2030 bei 8,6% liegen, das entspricht in etwa dem Wert für Deutschland (8,3%). Generell überwiegt der Anteil der Frauen in dieser Altersgruppe dem der Männer.

Auch die Altersgruppe der 65- bis 79-Jährigen wird in Niedersachsen um 24,7% ansteigen. Der Landkreis Cloppenburg wird mit 54,4% in dieser Altersgruppe einen besonders starken Anstieg zu ver-

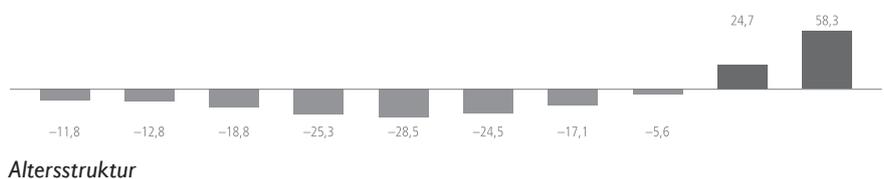
zeichnen haben. Eine rückläufige Entwicklung in dieser Altersgruppe ist mit -6,5% nur in der Stadt Wolfsburg zu erwarten.

Insgesamt lässt sich aus diesen Zahlen ableiten, dass das Thema der Überalterung und vor allem der starke Anstieg der Zahl der Hochbetagten in den meisten Landkreisen und kreisfreien Städten Niedersachsens eine zentrale Rolle spielen wird. Ein steigender Bedarf an Pflegekräften, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf oder das Erfordernis einer kommunalen Seniorenpolitik sind nur einzelne Herausforderungen, die auf die Kommunen zukommen werden.

Erwerbstätige

Die Altersgruppen der potenziellen Erwerbstätigen lassen sich zum einen in die Gruppe jüngerer Erwerbstätiger im Alter von 25 bis 44 Jahren und zum anderen in ältere Erwerbstätige im Alter von 45 bis 64 Jahre aufgliedern. Für beide Gruppen wird auch in Niedersachsen ein Rückgang prognostiziert. Die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 25 bis 44 Jahren schrumpft dabei bis 2030 stärker (-17,1%) als die Altersgruppe der 45- bis 64-Jährigen (-5,6%).

0–2	3–5	6–9	10–15	16–18	19–24	25–44	45–64	65–79	ab 80
-22.800	-26.400	-57.600	-131.400	-78.800	-134.400	-349.400	-121.800	304.500	240.100



Der Trend zeigt sich bei den jüngeren Erwerbstätigen in allen Kommunen. Starke Rückgänge wird es z.B. im Landkreis Osterode (-33,4%) sowie in der Stadt Salzgitter (-26,9) geben. Weniger stark schrumpft mit -7,1% der Anteil jüngerer Erwerbstätiger in Cloppenburg.

Die Entwicklung der Zahl der potenziellen Erwerbstätigen zeigt, dass

sich Kommunen in den nächsten Jahren zum einen der Herausforderung des Fachkräftemangels stellen

Die Bertelsmann Stiftung stellt auf der Homepage www.wegweiser-kommune.de Daten und Fakten zu den Auswirkungen des demografischen Wandels für Niedersachsen sowie für deutschlandweit alle Kommunen ab 5.000 Einwohnern zur Verfügung.

*Carsten Große Starmann
Bertelsmann Stiftung*

müssen. Zum anderen werden die älteren Erwerbstätigen für die Betriebe immer wichtiger werden.

„Wer einmal weg ist, kommt nie wieder“

Ortsbesuch im Landkreis Goslar:

Eine Reise durch den „schrumpfenden“ Westharz

Der Landkreis Goslar im Harz gehört zu den niedersächsischen Regionen, die schon jetzt mit am stärksten vom demografischen Wandel betroffen sind. Die Bevölkerung schrumpft seit Jahrzehnten, und auch die Aussichten sind alles andere als rosig: Die Bertelsmann Stiftung geht für den Zeitraum 31.12.2007 (148.091 Einwohner) bis 2020 (135.692) von einer Bevölkerungsveränderung um -12.399 (-8,4%) aus. Noch pessimistischer stimmen die Zahlen des Landesbetriebs für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen, die dem Landkreis für den 1.1.2031 eine Bevölkerung von nur noch 108.691 und somit eine Abnahme um rund 27,4% prognostizieren.

Sankt Andreasberg, bis vor zwei Jahren noch kleinste selbstständige Stadt in Niedersachsen, gehört zu den Orten, die mit am schlimmsten betroffen sind. Um gut die Hälfte ist die Einwohnerzahl in den vergangenen 40 Jahren gesunken, knapp 1700 Menschen leben

noch in dem Luftkurort, der am 1.11.2011 mit Braunlage fusionierte. Das Straßenbild wird geprägt von älteren und betagten Menschen, junge Familien oder gar Kinder sieht man hier kaum (pro Jahr werden maximal zehn, eher sechs, Kinder neu eingeschult). Mitten drin steht eine Brandruine: 2007 fackelte das ehemalige Eiscafé im Ortskern ab, die Folgen sind noch heute sichtbar. Eine Querstraße weiter stehen weitere, eindeutig unbewohnte Häuser, der Verfall hat an vielen Gebäuden bereits eingesetzt. Was ist passiert? Und was kann getan werden, um die Entwicklung aufzuhalten, wenn sie schon nicht umkehrbar ist?

Fehlende Arbeitsplätze vor allem für Fachkräfte, Fehl- oder mangelnde Investitionen im touristischen Bereich und eine allgemein zu negative, fast schon resignierte Grundhaltung der Bewohner seien die Hauptgründe für die Tristesse im Oberharz, meint Bernd-Peter Rath. Der 63-jährige ist

„Ur-Harzer“ und ein leidenschaftlicher Verfechter der Vorzüge seiner Heimatstadt Sankt Andreasberg. Diese Leidenschaft bringt der Pensionär auf vielfältige Weise ins Stadtgeschehen ein, unter anderem ist er CDU-Ratsherr und Vorsitzender des Friedhofvereins. Die Fehler, die dazu geführt haben, dass der Luftkurort so besonders stark und früh unter dem demografischen Wandel und Abwanderung leidet, seien altbekannt und hausgemacht, sagt er.

Rath ist in Sankt Andreasberg aufgewachsen, seine Eltern führten einst eines der beiden Lebensmittelgeschäfte im Ort. „Schon zu meiner Schulzeit gab es wenig Lehrstellen“, erinnert er sich. Von den drei großen Arbeitgebern ist nur noch einer übrig geblieben, die Zeiten des Bergbaus sind lange vorbei. Und die große Trumpfkarte des Oberharzes, die idyllische Lage, warum sticht die nicht mehr? „Der Tourismus hat zu sehr nachgelassen, es wurde zu wenig

investiert“, berichtet Rath. „Man hat sich zu lange auf dem Charme der 60er Jahre ausgeruht. Aber die Gäste erwarten heute in einer Ferienanlage mindestens den Standard, den sie von zu Hause kennen.“

Doch es gibt Menschen, die dagegen angehen, sagt Rath, und erzählt von Investorengruppen aus den Niederlanden und Dänemark, die im Harz große, neue, top moderne Ferienanlagen bauen. Auch in Sankt Andreasberg entsteht gerade so eine Siedlung mit 54 Ferienhäusern, dort, wo bis vor kurzem noch das marode gewordene Panoramabad stand. Die Einwohner sind skeptisch und bleiben selbst angesichts solcher Vorhaben eher pessimistisch. „Sankt Andreasberg hat Potenzial“, sagt Rath. „Nur der Harzer selbst sieht das nicht. Es ist eine schlechte Botschaft, die hier immer und immer weiter verbreitet wird, die nur noch weiter zur negativen Grundstimmung beiträgt und umgekehrt.“

Man müsse sich eben von bestimmten Vorstellungen verabschieden, der Vergangenheit nicht länger nachtrauern und akzeptieren, dass sich manche Umstände geändert haben. Stattdessen solle man nach vorne schauen, den Ist-Zustand annehmen und das noch Vorhandene bewahren, meint Rath: „Sankt Andreasberg wird nie wieder ein eigenes Schuhgeschäft haben, das ist nun einmal so. Aber solange es hier noch einen Facharzt gibt, müssen wir ihn unterstützen und nicht extra zur Untersuchung nach Braunlage fahren. Und wer Medikamente im Internet bestellt, darf sich dann auch nicht wundern, wenn die Apotheke im Ort dicht machen muss.“



Idyllisch: Wo in Sankt Andreasberg bis vor kurzem noch das Panoramabad stand, entsteht momentan eine neue, moderne Feriensiedlung.

In Goslar, der Stadt, die dem Landkreis ihren Namen gibt, wohnen mit über 40.000 Einwohner zwar noch vergleichsweise viele Menschen, doch der Trend zur Schrumpfung ist auch hier deutlich, sagt Gudrun Ribbe. Die 63-jährige ist 2. Vorsitzende der örtlichen Alzheimergesellschaft und auch sonst ehrenamtlich sehr präsent in der Seniorenarbeit der Stadt. Sie wohnt in einer der „überalterten“ Gegenden Goslars. „Ich finde es persönlich natürlich sehr schön, von so vielen Gleichaltrigen umgeben zu sein“, sagt sie. „Aber ich stelle auch fest, dass es teilweise schon exotisch wirkt, bei uns im Viertel ein Kind zu sehen.“

Gudrun Ribbe kennt die Zahlen und Statistiken, sie weiß, dass ihre Heimat stark vom demografischen Wandel betroffen ist. „Rein statistisch und ohne Emotionen muss man sagen, dass wir ein aussterbender Landkreis sind“, stellt sie sachlich fest. In der Umgebung kann einzig Bad Harzburg

mit seinem Konzept, das voll auf Wellness und „Altersruhesitz der Nation“ abzielt, noch halbwegs punkten. Auch Clausthal Zellerfeld wird gerne als Vorzeigeort genannt, denn hier sorgt die Uni für viele junge Bewohner – zumindest bis zu deren Abschluss. „Spätestens nach dem Studium ziehen die Studenten dann weiter, denn der Landkreis bietet ihnen keine hoch qualifizierten Arbeitsplätze“, sagt Gudrun Ribbe, „und wer einmal weg ist, kommt nie wieder.“

Die meisten derer, die bleiben, sind alt, wenig mobil und voller Sorge, dass die Infrastruktur vor Ort immer schlechter wird, bis eines Tages bestimmte Region ganz von der Nahversorgung abgeschnitten sind. Gudrun Ribbe hat daher mit weiteren Ehrenamtlichen eine Bestandsaufnahme der Angebote im Landkreis gemacht. Das Ergebnis: Fast alle Dörfer haben sich zurück entwickelt, dafür aber oft neue Ideen und Kooperationen für die Nah-

versorgung umgesetzt. Lebensmittelbusse und der „Eiermann“ machen nun dort regelmäßig Station, wo es kein ständiges Geschäft mehr gibt. Fast alle größeren Nahversorger bieten – gegen Aufpreis – eigene Bringdienste an. Fachärzte kommen zu regelmäßigen Sprechstunden in die Krankenhäuser oder Praxen der Kollegen. „Es ist nicht mehr so wie früher und sicher ein bisschen teurer. Aber hier muss niemand verhungern“, sagt Gudrun Ribbe. Als nächstes will sie mit ihrer Helfergruppe untersuchen, wie seniorenfreundlich und barrierefrei Cafés und Restaurants in Goslar wirklich sind – schon das viele Kopfsteinpflaster in der Altstadt wird für viele Senioren mit Rollator oder Gehhilfe schnell zur Stolperfalle.

Was im Harz besonders fehlt, sind weitere Angebote, die dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ entsprechen. Auch in Goslar, Sankt Andreasberg, Bad Harzburg und Co. wollen alte und hochbetagte Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben, versorgt und gegebenen-



Marode: Die Brandruine inmitten Sankt Andreasberg rottet vor sich hin.

falls gepflegt werden. „Altenpflegeheime haben wir genug. Was wir brauchen, sind mehr Angebote für Tagespflege oder betreutes Wohnen für den Ottonormalverbraucher, der sich keinen Platz in einem der schicken, aber sehr teuren Heime leisten kann, oder ehrenamtliche Helfer, die beispielsweise Wohnberatung bieten oder

als Formularlotsen unterstützen“, sagt Gudrun Ribbe. Sie wäre daher sehr erfreut, wenn der Paritätische Goslar in seinen Räumen eine Tagespflege-Einrichtung schaffen würde.

Anika Falke
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e. V.

Zugang für Rollatoren und Kinderwagen

Gegen den demografischen Wandel: Beispielhafte Projekte in Seesen

Die Stadt Seesen im Landkreis Goslar hat rund 20.000 Einwohner – noch. Die Bertelsmann Stiftung sagt Seesen bis 2020 Bevölkerungsverluste im zweistelligen Prozentbereich voraus, die örtliche Zeitung „Beobachter“ berichtet gar von einer Prognose der Regierungsvertretung Braun-

schweig, laut der Seesen im Jahr 2030 nur noch 14.094 Einwohner zählen soll. Um dem negativen Trend entgegen zu steuern, haben die Stadt sowie Vereine, Verbände und Gesellschaften verschiedene Projekte entwickelt, von denen wir einige beispielhaft vorstellen möchten.

Rückbau ist nicht gleich Rückschritt!

Rückbau bedeutet nichts anderes als Abriss und stellt im Kopf vieler Menschen noch immer einen letzten, verzweifelten Ausweg dar. Doch dem ist nicht so, sagt Carsten Burkart, Abteilungsleiter Wohnungsver-

waltung der Baugenossenschaft „Wiederaufbau“. Von den rund 700 Wohnungen, die die Genossenschaft in Seesen unterhält, stehen gut 100 leer. „Die Stadt ist in den letzten Jahren massiv geschrumpft, das Durchschnittsalter unserer Mieter liegt bei über 50 Jahren, da müssen wir uns natürlich entsprechend anpassen“, sagt Carsten Burkart. Bei der Baugenossenschaft arbeitet man mit unterschiedlichen Methoden, um dem Leerstand entgegen zu wirken und die Viertel wieder zu beleben. Einige Einheiten werden komplett, andere teil saniert. Barrierefreiheit ist ein großes Thema: Wo es möglich ist, werden Fahrstühle angebaut, Schwellen entfernt und Erdgeschosswohnungen mit Rampen versehen. Alte Häuser, die fast komplett leer stehen und den Aufwand nicht mehr lohnen, werden dann schon mal „rückgebaut“ – also abgerissen. „Wir nutzen den so entstanden Platz dann passender, etwa für betreutes Wohnen. Darüber hinaus setzen wir uns auch mit neuen Wohnformen im Alter, z.B. Demenz-WGs, auseinander“, berichtet der Abteilungsleiter.

LeNa – Lebendige Nachbarschaft

„LeNa – Lebendige Nachbarschaft“ heißt das erst kürzlich gestartete Projekt, mit dem der Paritätische Seesen im Viertel rund um die Straße „An der Ziegelei“ Quartiersmanagement betreiben will. Mit Unterstützung des Deutschen Hilfswerks, der Volksbank und der Bauge-

nossenschaft „Wiederaufbau“, die als „Hauptquartier“ des Projekts eine Wohnung mitten im Quartier zur Verfügung stellt, will „LeNa“ die Attraktivität des Viertels steigern und ihm neues Leben einhauchen. Angeboten werden verschiedene Projek-



Mittendrin: In diesem Haus im Quartier findet sich die Anlaufstelle für das Projekt „LeNa“.

te wie Schülerhilfe, Kurse, Beratungen, Nachbarschaftstreffs und andere gesellige Veranstaltungen. Ein erstes Bürgerforum, bei dem Wünsche der Anwohner abgefragt wurden, ergab „Sicherheit“ und „Verkehr“ als weitere künftige Themenschwerpunkte. „Die Umfrage hat ergeben, dass sich die meisten Anwohner hier wohl fühlen, es aber eher wenige Kontakte untereinander gibt“, sagt Projektleiterin Christiane Berndt vom Paritätischen Seesen. „Das Ziel sollte es sein, dass sich alle Menschen, die hier leben, mehr gegenseitig unterstützen.“ Um

dies zu erreichen, sind u.a. weitere Kooperation zwischen LeNa und anderen Projekten und Einrichtungen angedacht.

Werbung für die Stadt Seesen

In der Stadtmarketing Seesen eG sind über 150 Mitglieder organisiert, um Ideen und Maßnahmen für die Stadt umzusetzen. Eines davon ist das Projekt „Generationenfreundlich Einkaufen“, bei dem Einzelhändler ausgezeichnet werden. „30 Geschäfte in Seesen haben mitgemacht und erhielten das Qualitätszeichen“, berichtet Mandy Graul vom Stadtmarketing. Die Geschäfte wurden anhand bundesweit einheitlicher Kriterien wie Leistungsangebot, Zugangsmöglichkeiten, Ausstattung der Geschäftsräume und Service sowie Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft überprüft. „Die Läden mussten beispielsweise barrierefrei sein, so dass der Zugang mit Rollator, aber auch Kinderwagen gut möglich ist“, erklärt Mandy Graul. Nach außen wirbt Stadtmarketing Seesen mit den Vorzügen der Infrastruktur wie der guten Verkehrsanbindung und der Klinik als großem Arbeitgeber. Woran es der Stadt noch fehlt, sind Angebote für die Freizeitgestaltung junger Menschen außerhalb von Vereinen, Verbänden oder privaten Veranstaltungen: Ein Kino oder gar eine Diskothek sucht man in Seesen vergebens.

Anika Falke
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e. V.

Geringe Lebenskosten, hohe Lebensqualität

Ortsbesuch in Meppen: Ein Tag im „wachsenden“ Emsland

Demografischer Wandel hin, schrumpfende Bevölkerung her – es gibt sie noch, die Gegenden, die sich diesen negativen Entwicklungen entgegen setzen, auch im Flächenland Niedersachsen. Das Emsland ist so ein Landkreis, in dem die Bevölkerung wächst: Während die Bertelsmann Stiftung dem Land Niedersachsen bis zum Jahr 2030 einen durchschnittlichen Bevölkerungsschwund um -4,8 Prozent voraussagt, prognostiziert sie dem Emsland ein Wachstum um 4,2 Prozent, der Stadt Meppen gar um glatte 5 Prozent. Natürlich ist auch das Emsland vom demografischen Wandel betroffen, auch in Meppen, Papenburg, Lingen und den Regionen zwischen den drei den Landkreis prägenden Städten wird die Bevölkerung allgemein älter, nur eben nicht ganz so schnell. Im Emsland lag der Anteil der Menschen, die älter als 65 Jahre sind, im Jahr 2009 bei 17,5 % (Niedersachsen: 20,8 %), bis zum Jahr 2030 wird diese Gruppe auf 26,7 % der Bevölkerung anwachsen (Niedersachsen: 29 %). Doch woran liegt es, dass das Emsland mit einem Durchschnittsalter von 42 Jahren (Niedersachsen: 43,3 Jahre) noch relativ jung ist und hier noch deutlich mehr Kinder als in den meisten anderen Regionen geboren werden?

Vieles von dem, was den Landkreis Emsland heute so gut dastehen lässt, liegt in seiner Historie begründet, erklärt Franz Holtgreve, Vorsitzender der Seniorenvereinigung der Stadt Meppen e.V., einem unabhängigen Verein, dem die



Der „Seniorenwohnpark am Heideweg“ in Meppen, ein Wohngebiet ausschließlich für über 60-Jährige.

Stadt, die Kirchengemeinden sowie zahlreiche Vereine, Verbände und Organisationen angehören und der sich der Seniorenarbeit und -hilfe verschrieben hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg galt das Emsland wegen seiner Rückständigkeit als „Armenhaus der Republik“, so dass im Jahr 1950 der sogenannte Emslandplan beschlossen wurde, um die Region dem Lebensstandard der restlichen Republik anzupassen. Neue landwirtschaftliche Nutzflächen wurden erschlossen, die Infrastruktur stark ausgebaut, zahlreiche Unternehmen und Betriebe siedelten sich an und schufen viele Arbeitsplätze. „Wir haben uns damals aus einer sehr schwierigen Situation selbst herausmanövriert“, sagt Franz Holtgreve.

Es sind Umstände wie diese, von denen das Emsland heute noch zehrt und die der Region und seinen Bewohnern „ein paar Besonderheiten“ verleihen, meint Holtgreve, der während seines Be-

rufslebens in verschiedenen Regionen in Deutschland gelebt hat und Vergleiche zwischen seiner Heimat und anderen Orten zieht: „Im Emsland beträgt die Arbeitslosenquote gerade einmal drei Prozent. Wir verfügen über Finanzmittel, die andere Gemeinden nicht haben. Im Emsland sitzen sehr viele mittelständische Unternehmen, die für eine gute Wirtschaftskraft sorgen und den Standort und die Mitarbeiter schätzen, denn die Emsländer sind bodenständige, mit der Heimat verwurzelte, sehr fleißige Menschen, und auch der Krankenstand ist geringer als anderswo.“

Ein anderer Grund dafür, dass der demografische Wandel im Emsland später und langsamer als in anderen Regionen eintritt, sei in den starken Familienbanden und dem nach wie vor großem Einfluss der katholischen Kirche begründet. 70 Prozent der rund 34.000 Einwohner von Meppen sind römisch-katholischen Glaubens. Im

Straßenbild verdeutlichen die vielen Kreuzfixe an den Hauswänden und Jesusfiguren in den Vorgärten, welche große Rolle katholische Wertvorstellungen bei der Lebensplanung und -führung spielen.

Junge Familien fühlen sich wohl im Emsland, berichtet Claudia Maaß, Leiterin der paritätischen Mitgliedsorganisation Waldorf Kita Michael in Meppen. Die Voraussetzungen seien gut: „In vielen Familien ist es völlig normal, dass beide Eltern arbeiten und die Kinder ganztägig und verlässlich betreut werden.“ Die Stadt würde sich stets bemühen, ausreichende Krippen- und Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen, doch oft seien es auch familieneigene oder nachbarschaftliche Netzwerke, die greifen. Die Kitas der Stadt sind untereinander organisiert und halten regelmäßige Netzwerktreffen ab, um Ideen, Wünsche und Bedarfe der Eltern stets im Blick zu haben und gemeinsam kurzfristig reagieren zu können.

Auf die Frage, warum sie ins Emsland gezogen oder stets dort geblieben sind, loben junge Eltern ne-

ben dem Betreuungsangebot auch die kulturellen Aktivitäten der Region, die bezahlbaren Mieten und die vielfältige Natur. „Es ist eine schöne Umgebung, um Kinder aufzuziehen, es ist ländlich und grün und trotzdem sind nette Städte in der Umgebung“, meint eine Mutter. „Die Lebenskosten sind gering, die Lebensqualität umso höher“, erklärt ein Vater, und eine weitere Mutter fasst zusammen, was viele der Einheimischen so bestätigen: „Ich bin hier geboren und aufgewachsen. Meine Familie lebt hier, meine Freunde sind hier und mein Mann hat Arbeit. Warum sollte ich das Emsland verlassen?“

Die starken Familienbande bieten nicht nur Betreuungsmöglichkeiten für die ganz Kleinen, sondern fangen auch die ältere Generation auf. Eine junge Mutter erzählt, sie sei ins Emsland zurückgekehrt, „damit wir als Kinder für unsere Eltern im Alter da sein können“. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ ist auch im Landkreis Emsland das Ziel. „Die Menschen wollen so lange wie möglich zu Hause wohnen“, bestätigt Franz Holt-

greve. Dabei helfen nicht nur die engen Kontakte zur Familie und den Nachbarn, im Emsland denkt man durchaus auch über strukturelle Veränderungen nach und probiert neue Ideen aus, wie das deutschlandweit einmalige Projekt „Seniorenwohnpark am Heideweg“ in Meppen, ein Wohngebiet ausschließlich für über 60-Jährige mit 45 Wohneinheiten. „Solange die älteren Menschen in derartigen Gebieten räumlich nicht zu stark vom Rest der Bevölkerung getrennt sind, kann das eine interessante Alternative sein“, meint Franz Holtgreve.

Wovon der Vorsitzende der Seniorenvereinigung hingegen gar nichts hält, ist es, „Meppen mit Pflegeheimen zuzupflastern“. Denn so gut es dem Landkreis Emsland im Vergleich mit anderen Regionen auch geht – er leidet ebenso unter dem Fachkräftemangel in der Pflege wie der Rest des Landes.

Anika Falke
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Ideen aus Lingen, Papenburg und Meppen

Wie die Städte im Landkreis Emsland den demografischen Wandel angehen

Was macht den Landkreis Emsland so besonders und wie gehen die drei größten Städte Lingen (knapp 55.000 Einwohner), Papenburg (knapp 36.000 Einwohner) und Meppen (knapp 34.000 Einwohner) die Herausforderung demografischer Wandel gezielt an? Die Städte haben

uns dankenswerterweise sehr detaillierte Auskünfte erteilt, die wir an dieser Stelle auszugsweise wiedergeben.

Nina Kleene, Pressereferat der Stadt Lingen:

„Über 3.400 Unternehmen unterschiedlichster Branchen prä-

gen die Wirtschaftsstruktur, sorgen für eine solide Finanzkraft der Kommune und bieten viele Arbeitsplätze für die Bürger. Das führt dazu, dass wir quasi Vollbeschäftigung haben. In Lingen gibt es gute Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie die Familienzentren in der

Stadt Lingen, eine Betreuungsquote für unter 3-Jährige von fast 50 % und flächendeckend Ganztagschulen. Lingen ist vom Bundesfamilienministerium als eine der familien- und kinderfreundlichsten Städte Deutschlands ausgezeichnet worden. Familien erhalten z.B. über den Familienpass verschiedene finanzielle Erleichterungen und werden beim Bau eines Eigenheims oder beim Erwerb eines Altbaus unterstützt. Projekte für Senioren und ältere Menschen sind u.a. der LiLi-Bus (Stadtbusssystem, das hohe Mobilität gerade für ältere Menschen ermöglicht), die Seniorenversammlung oder die 2013 erstmals stattfindende Seniorenmesse. Zu den Angeboten für Kinder und Jugendliche gehören Kinder- und Jugendparlament, Ferienpassaktionen und Jugendzentren.“

Heiko Abbas, Pressesprecher der Stadt Papenburg:

„Die Stadt Papenburg setzt sich in den Fragen des demografischen Wandels an mehreren Stellen mit den Partnern aus der Bürgerschaft zusammen. So gibt es einen aktiven Seniorenbeirat,

der zahlreiche akute Probleme des Älterwerdens in der Stadt benennt und mit der Verwaltung an Lösungen arbeitet. Familien werden bei der Vergabe von Bauplätzen durch die Stadt entsprechend bevorzugt (wenn sie noch kein eigenes Wohneigentum haben), die Betreuungsquote der Kinder im Krippenalter in Papenburg liegt bei über 40 Prozent, bei der Versorgung mit schulischen Angeboten kann Papenburg alle gefragten Formen vorhalten. Außerdem engagiert sich insbesondere die Jugendförderung mit dem Jugendzentrum, der Medienwerkstatt und überregional bekannten Projekten (z.B. die Spielstadt „Pappstadt“) für die Attraktivität Papenburgs für Familien und junge Leute. Viel Einsatz zeigen zahlreiche Einrichtungen, die von der Stadt unterstützt werden, wie die historisch-ökologische Bildungsstätte mit ihrem Zentrum für Generationen.“

Jeannine Suero-Bettenstaedt, Pressesprecherin der Stadt Meppen:

„Die Stadt ist u.a. Gründungsmitglied der Seniorenvereinigung

der Stadt Meppen e.V. und unterhält auf freiwilliger Basis eine Rentenauskunftsstelle. Es gibt eine Vielzahl von betreuten Seniorenwohnungen (aktuell 323), dazu 291 Langzeitpflegeplätze sowie zehn Tagespflege- und 21 Kurzzeitpflegeplätze. U.a. durch den Eurohafen in Hüntel und die Ansiedlung der Firma Enercon sind attraktive Arbeitsplätze entstanden. Die Stadt hat in den vergangenen Jahren gezielt die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ausgebaut und verfügt über insgesamt 192 Krippenplätze für die unter 3-Jährigen. Darüber hinaus wurden die drei Horte zwischenzeitlich in den Schulen untergebracht und bieten dort eine verlässliche Anschlussbetreuung nach der offenen Ganztagschule. In Meppen können somit optimale Betreuungsangebote für junge Familien zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt weist attraktive Baugebiete mit einer guten Durchmischung von Jung und Alt aus. Der Erwerb eines städtischen Grundstückes wird durch das Familienprogramm der Stadt gezielt gefördert.“

Familienplanung im Emsland

Eine junge berufstätige Mutter aus Meppen berichtet

„Das Emsland ist sehr katholisch, heiraten, Haus bauen und Kinder kriegen (in dieser Reihenfolge!) ist hier Standard. Die meisten Frauen haben eine Leh-

re gemacht, geheiratet, ein Haus gebaut und Kinder bekommen. Das wurde ihnen erleichtert durch eine unbefristete Arbeitsstelle. Sie können in Ruhe in

Elternzeit gehen, in der Regel zwei Jahre, danach kommt das nächste Kind. Die Großeltern wohnen nicht weit weg und können sich an der Betreuung der

Enkel beteiligen. Sie können sicher sein, dass ihnen nach der Elternzeit der Arbeitsplatz wieder zur Verfügung steht.

Anders ist das, wenn man studiert hat, so wie ich. Ich bin seit 2010 mit dem Studium fertig, hatte vorher eine Ausbildung gemacht. Somit war ich 26 und musste erst einmal ein paar Jahre arbeiten, damit wir unser Haus abbezahlen konnten, das wir 2008 gebaut hatten. Ich habe dann einen dreijährigen, projektbezogenen Arbeitsvertrag erhalten. Während dieser drei Jahre bin ich schwanger geworden, habe einen Sohn zur Welt gebracht und nur ein Jahr Elternzeit genommen, damit ich das Projekt wenigstens noch zu Ende bringen konnte. Schließlich fühlt man sich ja auch irgendwie in der Verantwortung ge-

genüber dem Arbeitgeber. Mein Sohn geht jetzt in die Krippe, da die einen Großeltern noch vormittags auf dem Bauernhof arbeiten müssen und die andere Oma ihren schwerstpflegebedürftigen Mann pflegen muss. Im Übrigen hatte ich keinerlei Schwierigkeiten, einen Krippenplatz zu bekommen.

Ab März 2014 stehe ich dann arbeitstechnisch auf der Straße. Kein Arbeitgeber stellt eine junge Frau ein, die ein fast zweijähriges Kleinkind zu Hause hat. Die gehen davon aus, dass demnächst das zweite Kind kommt. Die Arbeitgeber spielen also eine sehr große Rolle in der Familienplanung. Wer eine Familie gründen will, braucht Sicherheit, dass ausreichend Geld für eine Familie da ist, auch wenn nur der Mann arbeiten geht

bzw. die Frau dann Elterngeld bekommt. In der Regel ist das hier im Emsland gegeben. Aber wie heißt es so schön: Ausnahmen bestätigen die Regel! Meine Freundin ist Grundschullehrerin, fast 30 Jahre alt, hat ein Haus gebaut, aber kann mit der Familienplanung noch nicht beginnen, da sie erst drei Jahre Anwartschaft auf Verbeamtung abwarten muss. Bis das erste Kind dann kommen kann, ist sie 31 oder 32, was schon wirklich spät hier im Emsland ist. Auch hier spielt die Sicherheit wieder eine Rolle. Ich behaupte, dass bei studierten Frauen das Kinder kriegen in den Zeitplan und in den richtigen Lebenslauf passen muss.“

Wiebke Niers
Meppen

Jedes Kind muss gleich viel wert sein!

Überlegungen zu Grundbedingungen für ein Leben mit Kindern

Familienpolitik ist Politik für Kinder! Als Landesverband des Deutschen Kinderschutzbundes in Niedersachsen e.V. stehen für uns die Rechte von Kindern im Vordergrund. Natürlich leben Kinder zunächst einmal in ihrer Familie und somit beeinflussen deren Lebensumstände entscheidend das Aufwachen von Kindern und Jugendlichen. Derzeit wird viel und vehement über Familienpolitik diskutiert. Dabei geht es immer wieder um den „demografischen Wandel“ und hierbei insbesondere

um den Rückgang der Geburtenzahl in Deutschland. Da liegt die Frage nahe, welche Bedingungen Familien eigentlich brauchen, um sich für ein Leben mit Kindern zu entscheiden?

Oder einfacher formuliert: Wann ist eine Gesellschaft eigentlich „kinderfreundlich“? Die gesamte kindliche Lebenswelt hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert: Gemeint sind die Alltagsabläufe, die Familienstruktur und die Freizeitaktivitäten. Darüber hinaus sei

auch der Blick auf ihr Umfeld gerichtet: Wie leben Kinder heute in ihrem Quartier – können sie sich frei bewegen im öffentlichen Raum? Haben sie wahrhaftig „Platz“? Beklagt wird immer wieder die Tendenz zur Vereinzelung und Medialisierung – der Rückzug aus dem Außenraum hin zum „Binnenraum“ – inwieweit haben wir die Möglichkeiten und die Verantwortung (!), hier eine kindgerechte Lebenswelt zu kreieren? Kinderfreundlichkeit – das ist kein hohler Begriff, der bloß unsere „Freundlichkeit“ gegenüber

dem gesellschaftlichen Nachwuchs zum Ausdruck bringen soll.

Kein Kind darf von Armut betroffen sein!

Armut von Kindern nimmt zu und produziert zugleich schwindende Chancen auf Bildung und Gesundheit. Deutschlandweit leben heute 2,6 Millionen Kinder auf oder unter dem Sozialhilfeniveau, also jedes sechste. In Niedersachsen sind es rund 225.000 Kinder. Ein Rückgang der Armutsquote in Niedersachsen von durchschnittlich 19,4 auf 18,2% unter den Kleinkindern 2011 im Vergleich zum Vorjahr (Quelle: Bertelsmann Stiftung 2011) zeigt keine grundlegende Wende.

Für familienpolitische Entscheidungen heißt dies, dass es häufig (auch) um die wirtschaftliche Situation von Familien geht: Auch der neueste UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland (2013) hebt hervor, dass es den Kindern in Deutschland zwar im internationalen Vergleich recht gut geht, es aber eine gleichbleibend große Gruppe gibt, die von der gesellschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen ist. Wir fordern daher Maßnahmen, die Familien materiell absichern und – wenn nötig – explizite Unterstützung für Familien und Kinder ermöglichen. Aus unserer Sicht liefern hierzu weder das Bildungs- und Teilhabepaket noch das Betreuungsgeld sinnvolle Ansätze.

Deshalb fordert der Deutsche Kinderschutzbund bundesweit, das Kindergeld zu einer sozial gerechten Kindergrundsicherung von 536 Euro pro Monat auszubauen, die sozial gerecht und transparent ist. Sie orientiert sich am steuerlichen Existenzminimum und spart



Der Kinderschutzbund fragt: Wann ist eine Gesellschaft eigentlich „kinderfreundlich“?

Foto: DKSB/Susanne Tessa Müller

gewaltige Bürokratiekosten ein. Durch die Besteuerung schmilzt die Kindergrundsicherung je nach Einkommen der Eltern langsam ab. Familien mit keinem oder nur geringen Einkommen erhalten so mehr Geld, welches für die Versorgung der Kinder nötig ist. Familien mit hohem Einkommen werden dagegen wie bisher entlastet.

Soziale Benachteiligung zu kompensieren, ist ein wichtiger Baustein, damit betroffene Kinder besser ihre Lebenssituation bewältigen und ihre Persönlichkeit positiv entwickeln können. Dazu gehört es unbedingt auch, Institutionen zu stärken, die für Kinder da sind – von Krippe und Kindergarten über die Schule bis zu Freizeit- und Beratungsangeboten. Neben einer Kindergrundsicherung ist der qualitative und quan-

titative Ausbau der Kinderbetreuung notwendig. Geldtransfers und Infrastruktur dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden: Familien und Kinder brauchen beides.

Und wenn es zu Schwierigkeiten kommt? Der Kinderschutzbund plädiert dafür, bei den Jugendämtern eine umfassende und konkrete Fallbetreuung (wieder) einzuführen. Dazu zählt auch, dass Anträge auf Beihilfen nicht länger von der ARGE – also abgekoppelt von der öffentlichen Jugendhilfe – bearbeitet werden. Die Erfahrung zeigt deutlich, dass eine Betreuung, die möglichst viele Lebensbereiche integriert, eher zum Erfolg führt.

Barbara Kreikenberg
Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen e. V.

Migranten im Pflegesystem

Neue Herausforderungen für die deutsche ambulante Pflege

Migranten bilden in Deutschland eine sehr heterogene Gruppe. Die einzelnen Migrantengruppen in Deutschland haben jeweils ihre eigene Kultur und somit unterschiedliche Bedürfnisse, Verhaltensweisen und andere Kommunikationsarten. In den kommenden Jahrzehnten werden ältere Menschen die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Zugleich wird auch der Anteil der älteren Menschen mit Migrationshintergrund weiter zunehmen. Weder die deutsche Gesellschaft noch die Migranten selbst sind darauf vorbereitet. Der ursprüngliche Plan von vor fünfzig Jahren, nach einigen Jahren wieder in die Herkunftsländer zurückzukehren, ist nicht aufgegangen. Die Menschen sind stattdessen in Deutschland geblieben. Einige von ihnen sind Pflegefälle geworden oder werden es in den nächsten Jahren.

Ältere Menschen mit Migrationshintergrund im deutschen Gesundheitssystem

Derzeit leben mehr als 16 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland (Bundesministerium des Innern: Migration und Integration. Berlin 2011). Die Tendenz ist steigend, weil die Migrantenbevölkerung im Verhältnis zur deutschen Bevölkerung mehr Nachkommen pro Kopf hat. Nach den Deutschen stellt die Gruppe der türkischstämmigen Migranten die zweitgrößte, Bürger aus der ehemaligen Sowjetunion die nächst größere Bevölkerungsgruppe dar. Von den Menschen mit Migrationshintergrund sind mehr

als 9 % 65 Jahre oder älter (Statistisches Bundesamt 2009). Menschen mit Migrationshintergrund haben kaum Kenntnisse über das deutsche Versorgungssystem. Ursachen dafür sind Sprachprobleme, fehlende Informationen und kulturelle Hindernisse wie z.B. die Erwartung der Eltern, von ihren Kindern gepflegt zu werden. Gleichzeitig bewirken die verbesserte wirtschaftliche Situation der Familien, die kulturelle Anpassung an die deutsche Gesellschaft, die vermehrte Arbeitsaufnahme von Frauen und der Rückgang der Geburtenrate, dass die Mehrzahl der Menschen nicht mehr in größeren Haushalten leben, sondern sich die Zahl der Kleinfamilien erhöht.

Die ambulante Pflege als Bestandteil der Altenhilfe in Deutschland

Die ambulante Pflege hat in den letzten Jahren im Zuge des demografischen Wandels an Bedeutung gewonnen. Über die pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund gibt es leider keine aktuellen Zahlen. Wir gehen davon aus, dass viele Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte zu Hause von ihren eigenen Kindern und Verwandten versorgt werden. Nur ein ganz kleiner Teil von ihnen nimmt Sach- und Kombinationsleistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz in Anspruch. Eine Heimunterbringung stößt in vielen Familien mit einer Zuwanderungsgeschichte auf Vorbehalte und Kritik der anderen Familienangehörigen. Pflegebedürftige mit Migrationshintergrund bleiben oft

so lange zu Hause, bis es gar nicht mehr geht.

Angesichts der eingeschränkten Inanspruchnahme formeller Angebote durch ältere Menschen mit Migrationshintergrund ist zu befürchten, dass das Risiko einer Überforderung der sozialen Beziehungen ansteigt, die Pflegenden psychologisch überfordert sind und dabei die eigene Gesundheit gefährden. Um diese Überforderung zu verhindern, bedarf es einer entlastenden Unterstützungsform für die Gepflegten und pflegenden Angehörigen, beispielsweise durch gezielte Beratung, Aufklärung und Informationen.

Pflegerische Versorgung von Migranten

Bei der pflegerischen Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund können besondere Herausforderungen entstehen. Aspekte, die die pflegerische Versorgung beeinflussen, sind häufig Sprach- und Kommunikationsprobleme zwischen Pflegepersonal und Pflegenden sowie kulturelle und religiöse Unterschiede. Fehlende Kenntnisse der kulturellen Werte können zwischen Pflegepersonal und Pflegenden Konflikte verursachen. Besonders bei der ambulanten pflegerischen Versorgung von Migranten gehört die Kenntnis und Akzeptanz der Kulturen zu den wichtigsten Voraussetzungen einer guten Pflege.

Pflegedienstleister mit interkultureller Kompetenz

Die pflegebedürftigen Migranten

werden überwiegend von ambulanten Pflegediensten versorgt. Somit bleiben die Großeltern in ihrer gewohnten Umgebung und die Familienangehörigen werden entlastet. Bewährt haben sich dabei Pflegedienste mit interkultureller Kompetenz. Diese Unternehmen werben mit Pflegern, die selbst Migrationshintergrund haben, mehrere Sprachen sprechen und das richtige Begrüßungsritual kennen oder wissen, dass man in manchen Wohnungen die Schuhe vor der Haustür ausziehen soll. Diese kleinen, aber wichtigen Gesten erleichtern den Familien, dem Fremden die Haustür zu öffnen. Rücksicht auf den kulturellen Hintergrund zu nehmen, ist ein Teil der interkulturellen Kompetenz (Kulturwahrnehmung).

Fazit

Wir müssen davon ausgehen, dass die zugewanderten Menschen in Zukunft verstärkt ambulante Pflege und Heime in Anspruch nehmen werden. Die Familienstrukturen haben sich geändert und werden sich weiter ändern, auch wenn im-

mer noch Hoffnungen und Erwartungen an das soziale und pflegerische Unterstützungspotenzial der Familien geknüpft werden.

In Deutschland sind ausgebildete Pflegefachkräfte knapp. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales spricht in diesem Zusammenhang aktuell von 10.000 offenen Stellen für Altenpflegerinnen und Altenpfleger. Statt die vorhandenen sozial schwachen Schüler für diesen Beruf zu gewinnen und bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung zu schaffen, hat die Bundesregierung den deutschen Arbeitsmarkt für diese Berufe für Fachkräfte aus Spanien und den Philippinen geöffnet.

In Pflegefall stellen die Sprachdefizite die größten Barrieren zur Informationsbeschaffung über die bestehenden Angebote in der Versorgungslandschaft dar. Deshalb sollten die Pflege- und Versorgungsmöglichkeiten auch in der Muttersprache der Migranten bekannt gemacht werden, weitere Zugangsbarrieren abgebaut und

die Versorgungsstrukturen sowohl ambulant als auch stationär auch auf Kunden mit Migrationshintergrund zugeschnitten werden. In Deutschland wird nicht nur die Aufnahmegesellschaft, sondern auch die Migrantengesellschaft älter. Darauf sollten sich die Pflegedienste durch eine kultursensible Ausbildung ihrer Mitarbeiter vorbereiten. Darüber hinaus gilt es, mehr Mitarbeiter mit Migrationshintergrund einzustellen:

- Migranten haben Ressourcen, die sie in pflegerischen Berufen einsetzen können, wie Wissen über Baderegeln und Ramadan.
- Migranten haben gute Problemlösungskompetenzen aufgrund bewältigter schwieriger Lebenssituationen.
- Migranten haben kulturelle Hintergründe und Kenntnisse mehrerer Kulturen oder Sprachen, die in den sozialen/pflegerischen Berufen sehr wichtig sind.

*Dr. Feyzullah Gökdemir
Integrationsbeauftragter
beim Paritätischen Hameln*

Nur Anwerben reicht nicht aus!

Spanisches Pflegepersonal in Deutschland

Die Krise in seinem Heimatland hat Jesus G. M. von Madrid nach Deutschland verschlagen. Der 24-Jährige ist studierter Krankenpfleger. Als er in seiner Heimat keine Arbeit fand, packte er seine Koffer und zog mit Hilfe einer spanisch-deutschen Personalvermittlung von Madrid nach Hannover. Zurzeit lernt er dort Deutsch und arbeitet in einem christlichen

Pflegeheim als Pflegehilfskraft. Das Interview mit dem jungen Spanier, der seit Februar 2013 in Deutschland ist, fand am 03.08.2013 in Hannover Linden in einem Café statt.

Jesus, vielen Dank, dass Sie sich zu einem Interview mit uns bereit erklärt haben. Wie sind Sie nach Deutschland gekommen?

Durch das Inserat einer Vermittlungsfirma in einer spanischen Zeitung, in dem die Vermittlung von Arbeitsplätzen in Deutschland angeboten wurde. Bei einem Treffen erzählten sie mir, dass in Deutschland dringend Pflegepersonal gesucht wird. Da ich in Spanien arbeitslos war, bin ich nach Deutschland gekommen. Natürlich habe ich hier angefangen, Deutsch zu lernen.

Haben Sie für diese Vermittlung etwas bezahlen müssen?

Ja, mit der Vermittlungsfirma musste ich einen Vertrag abschließen. Zuerst wurden Verarbeitungsgebühren und später Gebühren für den Deutschkurs erhoben.

Sprechen Sie Deutsch?

Wenig. Ich bin in einer sozialen Einrichtung als Pflegehelfer tätig und arbeite 25 Stunden in der Woche. Gleichzeitig mache ich einen Sprachkurs und will das Sprachniveau B1 erreichen, damit ich zumindest als „Pfleger“ arbeiten kann.

Welchen Beruf haben Sie erlernt?

Studierter Gesundheits- und Krankenpfleger. Bei uns ist die Ausbildung in Form eines Studiums geregelt und dauert vier Jahre. Ich habe den Abschluss „grado en enfermeria“ erreicht*.

Ist Ihr Abschluss in Deutschland anerkannt worden?

Ich habe den Antrag auf Anerkennung gestellt und warte auf eine positive Rückmeldung, dass ich in Deutschland als Pfleger arbeiten kann.

Wurden Sie über die Pflegesysteme in Deutschland informiert?

Ja, wir haben eine kurze Einführung in das deutsche Pflegesystem bekommen. Wenn ich richtig Deutsch sprechen kann, möchte ich gerne in einer Pflegestation arbeiten und mich über das deutsche Pflegesystem informieren und fortbilden.

Was würden Sie anderen Neukömmlingen empfehlen?

Wenn sie nach Deutschland kommen wollen, sollten sie sich zuerst in Spanien über das Pflegesystem in Deutschland informieren und den Antrag auf Anerkennung des Abschlusses beim deutschen Konsulat stellen, weil in Deutschland die Antragsgebühren und die Übersetzungskosten zu hoch sind. Sie sollten außerdem in Spanien anfangen, einen berufsbezogenen Sprachkurs zu besuchen, weil man ohne Sprachkenntnisse verloren ist. In einem Pflegeberuf ist die Sprache sehr wichtig. Nur durch

sprachliche Kommunikation kann zwischen dem Pfleger und dem Pflegebedürftigen eine Vertrauensbasis aufgebaut werden. Diese ist auch ein wichtiger Bestandteil für den Heilungsprozess.

Was würden Sie aus Ihrer Sicht als verbesserungswürdig betrachten?

Dass soziale Einrichtungen, die ausländische PflegerInnen einstellen möchten, berufsbezogene Sprachkurse und ein gutes Arbeitsklima anbieten. Außerdem sollten sie Neulinge fortbilden lassen. Wenn neue MitarbeiterInnen sich nicht wohlfühlen, werden sie sich einen neuen Arbeitsplatz suchen. Außerdem könnten soziale Einrichtungen die Bildungskosten/Sprachkursgebühren übernehmen.

Das Interview führte Dr. Feyzullah Gökdemir, Integrationsbeauftragter beim Paritätischen Hameln.

* Die spanische Ausbildung zur/zum Gesundheits- und KrankenpflegerInnen ist vollständig akademisiert und hat bis 2008 drei Jahre gedauert, mit einem Hochschulabschluss: „diplomado en enfermeria“. Im Zuge des Bologna-Prozesses zur Schaffung des einheitlichen Europäischen Hochschulraums ist die Studienzeit auf vier Jahre angehoben worden und trägt seitdem den Titel „grado en enfermeria“. Laut der Länder-Info beinhaltet das spanische Studium die gleichen Lernfelder wie in der deutschen Ausbildung mit durchschnittlich 3862,5 Stunden. Durch den höheren Stundenanteil und Professionalisierungsgrad sind beide Titel „diplomado en enfermeria“ und „grado en enfermeria“ dem deutschen Abschluss Gesundheits- und KrankenpflegerInnen funktional gleichgestellt (Länder-Info Spanien 2012).

Von der richtigen Zuwanderungsstrategie profitieren alle

Eilenriedestift e.V. in Hannover stellt sich der demografischen Herausforderung

Derzeit sind etwa 2,4 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig, 2030 sollen es nach Schätzungen bereits 3,4 Millionen sein. Die alternde deutsche Gesell-

schaft sucht händeringend nach zusätzlichen Pflegekräften, denn der steigende Bedarf an professioneller Pflege und Betreuung kann in Zukunft nicht mehr allein durch ein-

heimische Arbeitskräfte aus EU-Mitgliedsstaaten gedeckt werden.

Als ein Lösungsansatz wird daher die Gewinnung von Pflegekräf-

ten aus Drittstaaten angesehen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) in Berlin hat, in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), im Rahmen eines Pilotprojektes 100 junge Vietnamesen für eine Ausbildung in Deutschland zum Altenpfleger gewinnen können. 24 von ihnen arbeiten seit dem 1. September 2013 in niedersächsischen Einrichtungen. Die Teilnehmer mussten bereits eine abgeschlossene Pflege-Ausbildung in ihrer Heimat nachweisen. Im Sommer haben sie am Goethe-Institut in Hanoi eine Sprachprüfung abgelegt. Mit Grundkenntnissen der deutschen Sprache und viel Motivation und Freude haben vier von ihnen am 1. September ihre Ausbildung in der paritätischen Mitgliedsorganisation Eilenriedestift e.V. in Hannover begonnen.

Die Vorbereitungen für dieses Pilotprojekt liefen reibungslos ab.

Das BMWi und die GIZ arbeiteten eng mit den ausgewählten Einrichtungen zusammen. Alle notwendigen Dokumente für die Einreise und eine Beschäftigungsgenehmigung lagen bei der Einreise nach Deutschland bereits vor. Die Anna-Siemsen-Schule in Hannover konnte als Kooperationspartner gewonnen werden und auch ein weiterführender Deutschkurs wurde zeitnah organisiert. Dennoch waren die ersten beiden Wochen für alle Beteiligten anstrengend und aufregend. Zahlreiche Behördengänge, unzählige neue Eindrücke und viele Einladungen standen auf dem Programm.

Von den Bewohnern im Eilenriedestift wurden die neuen Auszubildenden mit viel Freude und Neugierde empfangen. Viele von ihnen hatten bereits im Vorfeld Einrichtungsgegenstände und andere nützliche Dinge, wie z.B. Fahrräder oder Fernseher, für die Neankömmlinge zur Verfügung ge-

stellt. Tagelang war die Ankunft der neuen Mitarbeiter das Gesprächsthema Nr. 1 und jeder wollte sie kennenlernen. Sprachdefizite überspielten die jungen Vietnamesen mit ihrem stets freundlichen und höflichen Auftritt. Auch von den Mitarbeitenden des Stifts wurden die neuen Kollegen mit viel Herzlichkeit aufgenommen. Seit Mitte September absolvieren sie den praktischen Teil ihrer Ausbildung in verschiedenen Bereichen im Eilenriedestift.

Altenpflege nach westlichem Muster existiert in Vietnam nicht. Das südostasiatische Land hat kein „Pflege-Problem“: Die älteren Menschen wohnen in der Familie und werden dort selbstverständlich betreut und gepflegt. Vielleicht ist dies gerade der Grund, warum die neuen Mitarbeitenden ihren Dienst vom ersten Tag an mit viel Engagement und Erfolg ausführen. Zurzeit laufen sie noch viel mit, unterstützen die Bewohner beim Waschen und Ankleiden, reichen das Essen an und sorgen für Zeitvertreib in der Tagespflege. Sie sind sehr interessiert und können das neu Gelernte schnell umsetzen. Medizinische Pflege, Medikamentenvergabe und Dokumentation sind ihnen aufgrund ihrer bereits absolvierten Ausbildung als Krankenpfleger nicht fremd. Und so zeichnet sich bereits nach wenigen Wochen ab, dass die verkürzte Ausbildung zum Altenpfleger für die jungen Teilnehmer nicht problematisch sein wird. Lediglich die fehlenden Sprachkenntnisse werden in der Berufsbildenden Schule beim theoretischen Teil der Ausbildung eine hohe Herausforderung darstellen. Um möglichst rasch die Deutschkenntnisse aus-



Willkommen in Niedersachsen: 24 Vietnamesen trafen am 1. September in Hannover ein, um eine Ausbildung zum Altenpfleger zu beginnen.

zubauen, nehmen die Auszubildenden zusätzlich zu ihrer Ausbildung zweimal wöchentlich an einem Sprachkurs teil. Insgesamt nehmen sie eine große Belastung auf sich, um ihrem Traum von einem besseren Leben in Deutschland näher zu kommen.

Nach der Ausbildung in Deutschland wollen alle Teilnehmer weiter hier arbeiten und leben. Sie fühlen

sich sehr wohl in Hannover und in ihrer knappen Freizeit erkunden sie die Stadt und die nähere Umgebung. Die Entscheidung, ihr Heimatland zu verlassen und bei uns einen neuen Start zu wagen, betrachten die jungen Auszubildenden nach wie vor als große Chance.

Das Projekt macht deutlich, dass von der richtigen Zuwanderungsstrategie alle Akteure profitieren

können. Durch die individuelle sprachliche und fachliche Vorbereitung sowie die Integration der Auszubildenden, nicht nur in den Arbeitsmarkt, sondern auch in das gesellschaftliche Umfeld. Gut vorbereitet und begleitet führt es zu einer Win-Win Situation für alle Beteiligten.

Susanne Hartsuiker
Eilenriedestift e. V.

Wenn die Sucht ins Alter kommt

Erkenntnisse und Initiativen der STEP gGmbH

Der demografische Wandel führt bei einer zunehmend alternden Gesellschaft dazu, dass Probleme älterer Menschen mehr ins öffentliche Bewusstsein treten. Eine vom Bundesgesundheitsministerium in Auftrag gegebene Studie dokumentiert, dass 400.000 der über 60-Jährigen unter einem Alkoholproblem leiden, der Anteil der Personen mit einem Alkohol- oder Medikamentenproblem in ambulanten Pflegediensten und stationären Einrichtungen wird auf 14% geschätzt, fünf bis 10% der über 60-Jährigen sind laut der Deutschen Hauptstelle medikamentenabhängig.

Schon heute sind in der Fachstelle für Alkohol und Medikamente (FAM) der STEP Paritätische Gesellschaft für Sozialtherapie und Pädagogik mbH in Hannover 30% der Patient/-innen älter als 50 Jahre. Die schon bestehende Gruppe 50+ wird verstärkt aufgesucht. Risikofaktoren für diese Altersgruppe können sein:

- Beendigung des Berufslebens,
- soziale Isolation,

- Verluste von Partner/-in, Freunden,
- eingeschränkte Mobilität,
- Veränderungen der körperlichen und psychischen Gesundheit.

Der Verlauf einer Suchterkrankung im Alter ist meist ein schleicher Prozess, der von den Betroffenen und dem sozialen Umfeld erst spät wahrgenommen wird. Das Erkennen einer Substanzabhängigkeit wird zusätzlich erschwert durch altersbedingte Prozesse, deren Symptomatik oft denen der Sucht ähnlich ist.

Der von der STEP durchgeführte 8. Suchthilfetag am 6. November 2013 verdeutlichte, dass die Kooperation von Altenpflege und Suchthilfe ein erfolgsversprechender Weg ist. Norbert Schmelter, Geschäftsführer des Netzwerks Pflege LebensNah, veranschaulichte die Schwierigkeiten, im Pflegealltag aufgrund mangelnder Kapazitäten und fehlender Fachkompetenz dem Thema Sucht nachhaltig zu begegnen. Eine Vernetzung mit der Suchthil-

fe ist nur rudimentär vorhanden. Doch wären Arbeitskreise genauso erforderlich wie Aus- und Fortbildungen für das Pflegepersonal. Hierfür müssten aber Strukturen verändert werden, um Pflegepersonal tatsächlich die Möglichkeit der Fortbildung zu geben.

Ulrike Haberer, Leiterin der FAM Fachambulanz der STEP in Hannover, erklärte, die Auseinandersetzung mit dem Thema Sucht im Alter sei relativ neu und so wäre auch die Weiterbildung von Mitarbeitern in der Sucht notwendig. Informationen zu Auswirkungen von Alterungsprozessen und die Entwicklung von altersspezifischen Therapien sind Bereiche, die noch weiter vermittelt werden können. Kooperationen mit Ärzten sind besonders wichtig, da zum Beispiel die Gruppe der Medikamentenabhängigen nur schwer zu erreichen sei. In der FAM werden seit 2008 ältere Hilfesuchende erfolgreich versorgt. Der Bedarf der ambulanten Versorgung steigt auch in der Region merkbar an. Auch die

Suchtberatungsstelle Barsinghausen bestätigt, vermehrt Frauen über 60 in der Behandlung zu haben.

Carsten Fortmann, Dipl. Psychologe in der Fachklinik Fredeburg, schilderte die langjährigen Erfahrungen der stationären Entwöhnungsbehandlung bei älteren Patienten. Die hohe Erfolgsquote der Behandlung führte er auf die hohe Motivation der älteren Patientinnen und Patienten zurück, wenn sie sich erst mal für eine Behandlung entschieden hätten. Der familiäre Druck ist häufig vorrangig bei dieser Entscheidung. Übergeordnetes Behandlungsziel ist die Erhaltung oder Wiedererlangung der Unabhängigkeit und der Genussfähigkeit, auch unter den veränderten Le-

bensbedingungen. Bewältigung von Schuld und Scham ist die häufigste Thematik bei den Therapiezielen.

Gerd Glaeske, Pharmakologe und Professor an der Universität Bremen, warnte vor pharmakologischen Lösungsansätzen bei älteren Menschen. Medikamentenabhängigkeit wird noch immer unterschätzt. Nicht selten werden von Ärzten vier bis fünf verschiedene Medikamente verschrieben, deren Zusammenspiel nicht abgeklärt ist, die aber innerhalb weniger Monate eine Abhängigkeit entstehen lassen können. Neue Versorgungskonzepte und ein Mix aus unterschiedlichen Professionen sind ebenso dringend erforderlich bei der Behandlung, wie die Einführung einer

Arznei-Liste mit ungeeigneten Präparaten für ältere Menschen.

Abschließende Arbeitsgruppen der TeilnehmerInnen bestätigten: Der Wunsch nach Kooperationsvereinbarungen und das Bereitstellen von Mitteln und Ressourcen waren die vordringlichen Ergebnisse des Tages.

Die STEP wird das Angebot der bestehenden Gruppe 50+ im Jahr 2014 weiter ausbauen und neue Strukturen in Kooperation mit der Altenhilfe erarbeiten.

*Stephanie Schünemann
STEP gGmbH
Paritätische Gesellschaft für
Sozialtherapie und Pädagogik mbH*

Auf Nummer sicher mit neuen Technologien?

Forschungsprojekt für altersgerechte Assistenzsysteme ging zu Ende

Das Forschungsprojekt aal@home, an dem sich der Paritätische Lüneburg beteiligt hat, ist im September 2013 zu Ende gegangen. Das Projekt gehörte zu dem Förderprogramm „Altersgerechte Assistenzsysteme für ein gesundes und unabhängiges Leben“, in dem bundesweit Wissenschaftler in 18 Forschungsprojekten daran arbeiteten, die Sicherheit und damit die Unabhängigkeit älterer, allein lebender Menschen zu gewährleisten. Der technologische Ansatz, der in Lüneburg verfolgt wurde, nannte sich „Ambient Assistent Living“, kurz „aal“, und sollte über Datenerfassung und lernfähige Systeme im alltäglichen Leben unterstützen. Als konkrete Beispiele wurde etwa ein Sensor entwickelt, der erkennt,

wenn eine Person stürzt, und in einem solchen Fall Hilfe rufen soll. Auch ein Sessel, der Vitaldaten wie Blutdruck und Gewicht sozusagen „nebenbei“ misst und protokolliert, während sich die Person entspannt und vielleicht Musik hört oder liest, gehörte zu den Prototypen, an denen in Lüneburg gearbeitet wurde.

Das Projekt aal@home zielte also darauf, ein Assistenzsystem zu schaffen, das ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit ermöglicht. Gleichzeitig sollte es unauffällig in den Alltag integriert werden, automatisch Notfälle erkennen und Vitaldaten sammeln und auswerten. Dabei soll stets ein optimaler Datenschutz gewährleistet sein.

Am Projekt haben sich die Universitäten Lüneburg, Ilmenau und Kassel sowie das Klinikum Lüneburg beteiligt. Von Seiten der Wirtschaft waren die Unternehmen Panasonic, CompuGroup/teled.net, und Kieback&Peter beteiligt.

Neben der Koordinierung des Gesamtprojekts hatte der Paritätische Lüneburg die Aufgabe übernommen, das Assistenzsystems aal@home, welches im Projektverbund entwickelt wurde, in der Praxis zu testen. Im Mittelpunkt stand für den Paritätischen die Frage, inwiefern aal@home als nützlich von den Seniorinnen und Senioren erfahren wird. Um darauf Antworten zu bekommen, begleitete der Paritätische Lüneburg verschiedene

Testpersonen, die sowohl die Sensoren, die Stürze erkennen sollen, als auch das gesamte Assistenzsystem über einen längeren Zeitraum dem Alltagstest unterzogen.

Für die Tests der sogenannten UWB-Sensoren wurden jeweils drei Sensoren, die ähnlich wie Lautsprecher aussehen, in drei Ecken der Wohnzimmer untergebracht. Sie hatten die Aufgabe, die Position der zu betreuenden Menschen im Raum zu bestimmen und Stürze zu erkennen.

Die befragten Personen erklärten, dass sie die Technik durchaus nutzen würden, wenn die Verkabelung der Sensoren sie nicht beeinträchtigen würde: „Vor lauter Kabeln könnte ich dann ja nicht mehr durchs Haus gehen“, erklärte eine Seniorin. Ein anderer Tester bemängelte ebenfalls die Optik der Geräte. „Bei der Testphase ist es egal, wie es aussieht. Aber nachher müsste das so sein, dass es vielleicht nicht nur drei, sondern mehrere, aber kleinere Sensoren sind, die unauffällig eingebaut werden können.“ Besonders die Senioren, die schon einmal in ihrer Wohnung gestürzt sind und nicht mehr in der Lage waren, selbst Hilfe anzufragen, zeigten großes Interesse an der Nutzung eines solchen Systems.

Im Feldtest war die Möglichkeit, im Fall eines Sturzes sofort Hilfe zu rufen, allerdings nur eine theoretische. Denn da die Situationserkennung in dieser Projektphase noch nicht stabil funktionierte, konnte aal@home noch keine sicherheitsrelevanten Funktionen übernehmen. Die Befragungen ergaben allerdings, dass diese Funktion als



Ein UWB-Sensor (der weiße Kasten auf einem Ständer rechts neben dem Fernseher) im Wohnzimmer einer Testperson.

die Wichtigste und Nützlichste von den Probanden bewertet wird und sie darin den Sinn des Assistenzsystems sehen.

Das Gesundheitsmonitoring konnte im Feldtest bereits genutzt werden. Bei den Probanden wurden regelmäßig Gewicht und Blutdruck gemessen und anschließend vom Hausarzt ausgewertet. Diese präventive Funktion wurde positiv von den Probanden bewertet.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., Kreisverband Lüneburg, konnte über das Projekt Einblicke in den sich entwickelten Markt von Ambient Assisted Living gewinnen. Im Projektverlauf ergaben sich sowohl innerverbandlich als auch im Kundenkontakt anregende Diskussionen über die Nutzung von moderner Technologie in der Pflege, im Service-Wohnen und als Erweiterung des Hausnotrufs.

Von einer Marktreife ist aal@home noch entfernt. Hier waren

die Hoffnungen, während der Projektlaufzeit die technischen Entwicklungen soweit voranzutreiben, dass diese in der Praxis eingesetzt werden können, leider zu groß. Allerdings gibt es mittlerweile verschiedene Anbieter von automatischen Hausnotrufsystemen, die bereits Marktreife erreichen konnten. Derartige technische Systeme können „mit Sicherheit“ älteren Menschen ein längeres Leben in der eigenen Wohnung ermöglichen.

Wer allerdings den demografischen Wandel nur als Argument sieht, Kosten zu senken, wird sich enttäuscht sehen: Auch die neuen Technologien wollen bezahlt werden, und es ist dabei auch eine Aufgabe des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, dafür einzutreten, dass die technischen Möglichkeiten auch allen zur Verfügung stehen, die diese nutzen möchten.

Markus Lauenroth
Projektkoordination aal@home
Paritätischer Lüneburg

Niederländer informieren sich über Versorgung im Quartier

Innovative Formen einer bürger-nahen pflegerischen Versorgung von älteren und behinderten Menschen kennenzulernen, das war das Ziel einer dreitägigen Reise von 38 niederländischen Bürgermeistern, Sozialdezernenten, Vorständen von Pflege- und Patientenorganisationen sowie Krankenversicherungsgesellschaften, die vom 23. bis 25. Oktober 2013 in Hamburg zu Gast waren. Ein Teil der Gruppe besuchte dabei auch Lüneburg: Hier stand das PARLÜ des Paritätischen Kreisverbandes Lüneburg, eine quartiersbezogenen Service- und Begegnungsstätte für Senioren, auf dem Programm.

Und so empfing der Geschäftsführer des Paritätischen Lüneburg, Ralf Gremmel, zusammen mit der stellvertretenden Pflegedienstleitung niederländischer Abstammung, Mariken Hell, am Freitag, 25.10., eine kleine Delegation von sechs Teilnehmerinnen und Teilnehmern, während sich die übrigen in Hamburg mit Vertretern der AOK, der Selbsthilfeorganisation „wir pflegen e.V.“ sowie dem Elternverein – Leben mit Behinderung trafen. Die Fachleute aus den Niederlanden wollten sich in Lüneburg schlau machen, wie der Paritätische seine eigenen sozialen Dienstleistungen sinnvoll und zugleich synergetisch mit den Angeboten seiner regionalen Mitgliedsorganisationen vernetzt.

Insbesondere interessierte die Gäste aus den Niederlande der



Mit großem Interesse ließ sich die Delegation niederländischer Fachleute das Konzept einer quartiersnahen Versorgung von älteren und pflegebedürftigen Menschen von dem Geschäftsführer des Paritätischen Lüneburg, Ralf Gremmel (r.) sowie der stellv. Pflegedienstleitung niederländischer Abstammung, Mariken Hell (l.) erklären.

Ansatz einer quartiersbezogenen pflegerischen Versorgung von älteren Menschen. Welche Voraussetzungen müssen hierfür gegeben sein? Wie lässt sich ein solches Angebot in das Quartier hinein entwickeln? Und welche Akteure und Netzwerke sind dabei von besonderer Bedeutung, wenn ein solches Angebot erfolgreich implementiert werden soll?

Anhand konkreter Beispiele konnte Ralf Gremmel im Rahmen seines Vortrages deutlich machen, was es bedeuten kann, paritätische Vielfalt in die eigenen Angebote hinein zu integrieren. Und was damit konzeptionell gemeint ist, wenn der Paritätische Lüneburg beispielsweise vom Service Wohnen spricht, einem Angebot, das es in dieser Form so in den Nie-

derlanden bisher noch nicht gibt. Aber auch die Gastgeber aus Lüneburg konnten von den engagierten Gesprächen und Vergleichen zwischen Deutschland und den Niederlanden profitieren. Am Ende der fast vierstündigen Begegnung war der Erkenntnisgewinn auf beiden Seiten gewachsen. Bevor die Delegation sich dann wieder auf den Weg nach Hamburg zur Heimreise machte, hatte sie Gelegenheit, noch einen kurzen Abstecher ins Seniorenservicebüro der Hansestadt Lüneburg zu machen, wo sie sich aus kommunaler Sicht die Versorgung und Begleitung älterer und pflegebedürftiger Menschen darstellen ließ.

Ralf Gremmel
Paritätischer Lüneburg

„Landpartie“ der Hildesheimer AIDS-Hilfe ein voller Erfolg

Hilfsorganisation betreibt Aufklärungsarbeit auf dem Land

Unter dem Motto „HIV und Aids gibt's auch auf dem Land“ wandte sich die Hildesheimer AIDS-Hilfe e.V. mit einer neuen Aufklärungskampagne an die Bevölkerung im Landkreis Hildesheim. Ihre Mitarbeiter/-innen besuchten im September 2013 fünf Wochenmärkte sowie zum Abschluss den großen Bauernmarkt in Hildesheim und boten dort in kleinen Täschen im Kuhfell-Design Aufklärung zu HIV und Aids an. Die Kampagne wurde von den örtlichen und überregionalen Medien begleitet, und der Infostand auf dem Bauernmarkt kam durch die Unterstützung des Landvolks Hildesheim beim Kreisbauernverband e.V. zustande.

Ziel der Aktion war es, im Landkreis Präsenz zu zeigen, um die Aufklärungsarbeit dort zu intensivieren und auf die Angebote der AIDS-Hilfe aufmerksam zu machen. „Aufgrund unserer Arbeit wissen wir, dass ein hoher Anteil unserer Klient/-innen in Kleinstädten und Dörfern lebt. Somit sind nicht nur Frauen und Männer aus großen Städten von dieser Krankheit betroffen, wie häufig vermutet wird“, erklärt Marian Künzel, Mitarbeiter der Hildesheimer AIDS-Hilfe. Die Erkenntnis wird durch statistische Auswertungen des Robert-Koch-Instituts bestärkt, wonach besonders homo- und bisexuelle Männer „in kleinstädtischen Regionen [...] einen steigenden Anteil der HIV-Neudiagnosen“ stellen (Epidemiologisches Bulletin Nr. 24/2013 RKI, Berlin).

Der demografische Wandel und die damit verbundenen Herausforderungen wie schwindende Versorgungs- und Beratungsstrukturen im ländlichen Bereich sind ein weiterer Grund für das Projekt. „Unser Wunsch, als AIDS-Hilfe mehr auf dem Land präsent zu sein, hat sicher auch damit zu tun, dass wir möchten, dass auch die Bevölkerung in dünn besiedelten Gebieten über Aids und ein Leben mit Aids informiert wird“, sagt Karin Cohrs, Geschäftsführerin der Hildesheimer AIDS-Hilfe. „In kleinen Orten gibt es ja nicht nur keine Einkaufsmöglichkeiten mehr, auch Beratungsstellen sind gar nicht mehr vorhanden oder nur noch stundenweise geöffnet, so dass die Möglichkeiten, sich bei einem kompetenten Gesprächspartner zu informieren, meist auf Hildesheim konzentriert sind.“

Dauerhafte Beratung im ländlichen Bereich anzubieten, sei aus Mangel an entsprechenden Mitteln gar nicht möglich, erklärt die Geschäftsführerin: „Uns stehen als Beratungsstelle und Hilfsorganisation gar nicht genug finanzielle Mittel zur Verfügung, um in dem großen Landkreis, für den wir als AIDS-Hilfe zuständig sind, persönlich ansprechbar zu sein. So gar Hausbesuche machen wir nur noch in dringenden Fällen.“

Umso wichtiger also, dass es Projekte wie die „Landpartie“ gibt, mit denen Gebiete erreicht werden, die sonst eher vernachlässigt werden. Während der Aktionen verteilten die Mitarbeiter/-innen die Kuh-Täschchen der AIDS-Hilfe mit Kondom und Aufklärungsbroschüre nach persönlicher Ansprache an die Händler und Be-



„Landpartie“ in Elze (von links): Karin Cohrs, Marian Künzel und Stefanie Kurpiela von der AIDS-Hilfe überreichen Jan Terwort ein Kuh-Täschchen und Infomaterial.

Foto: Rolf Kuhlemann, Leine-Deister-Zeitung

sucher der Wochenmärkte in Alfeld, Bockenem, Elze und Sarstedt. Die Kuh sollte dabei – augenzwinkernd – als Symbol für das Leben auf dem Land stehen und erregte in der Bevölkerung Aufmerksamkeit für die Aktion, bei der knapp 500 Frauen und Männer direkt erreicht wurden.

„Wir sind mit dem Erfolg der ‚Landpartie‘, die wir zum ersten Mal durchgeführt haben, im Großen und Ganzen zufrieden“, sagt Karin Cohrs. Auch wenn es anfangs gelegentlich skeptische Blicke gegeben habe, sei die Ansprache durch die Mitarbeiter/-innen durchweg freundlich aufgenommen worden. Die Angst vor Diskriminierung sei auf dem Dorf noch größer als in der Stadt. „Mit-

hilfe von Kampagnen wie der ‚Landpartie‘ möchten wir dazu beitragen, das Thema Aids von seinem negativen Image von Schuld und Scham zu befreien und in den Alltag zu integrieren.“

Die Hildesheimer AIDS-Hilfe e.V. versteht sich als Anlaufstelle für Menschen, die sich aus unterschiedlichen Gründen mit dem Thema Aids beschäftigen wollen oder müssen. Daraus ergeben sich die Aufgabenfelder Prävention, Vernetzung, Bildung und Information. Die AIDS-Hilfe arbeitet parteilich und akzeptierend und orientiert sich dabei an den Bedürfnissen und Lebenssituationen der jeweiligen Zielgruppe. Im Zentrum der Arbeit steht die Beratung und Betreuung von HIV-in-

fizierten und an Aids erkrankten Menschen und ihren Zugehörigen. Daneben bemüht sich die AIDS-Hilfe darum, die Zahl der Neuinfektionen mit HIV zu senken. Dabei geht sie insbesondere auf Menschen zu, die aufgrund gesellschaftlicher Ungleichverhältnisse einem besonderen Infektionsrisiko ausgesetzt sind.

Weitere Informationen zum Projekt sind bei Marian Künzel, Mitarbeiter der Hildesheimer AIDS-Hilfe, per E-Mail an info@hildesheimer-aids-hilfe.de und telefonisch unter 0 51 21 / 13 31 27 erhältlich.

*Karin Cohrs
Hildesheimer AIDS-Hilfe e.V.*

Ein ungewöhnliches Projekt etabliert sich

DIE!!! Weihnachtsfeier für Obdachlose und Bedürftige in Hannover

Wie es begann:

Vorweihnachtszeit. Es wird geplant, geschmückt und gewünscht. Familien planen ihr „großes Fest“. Bettler mehren sich in den Straßen, es wird immer kälter – doch nur wenn ein Erfrierungsopfer in die Schlagzeilen rückt, wird kurz wirklich bewusst, dass es Menschen gibt, die Tag und Nacht auf der Straße leben. Allein, bedürftig und mit wenig Respekt geduldet. Wir, die Projektgruppe DIE!!! Weihnachtsfeier, eine kleine, seit Ende 2011 bestehende Gruppe von engagierten Privatleuten aus dem Kulturkreis Hannovers, wollten etwas Konkretes dagegen tun und kontaktierten Frank Zander, der seit 19 Jahren ein Obdachlosenfest

mit rund 3.000 Personen in Berlin organisiert. Schnell wurde klar, dass wir etwas Vergleichbares auf die Beine stellen wollten.

Das Projekt „DIE!!! Weihnachtsfeier für Obdachlose und Bedürftige in Hannover“ in Trägerschaft des Kunst- und Kulturvereins KrAssUnARTig Verein autodidaktischer Künstler in Deutschland e.V. (seit kurzem auch Mitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.) nahm so immer mehr Form an. Mit dem Hannover Congress Centrum (HCC) als Partner plante und organisierte die bunte Gruppe aus Musikern, Verlegern, Filmleuten, Künstlern und anderen Engagierten fast ein

Jahr lang, akquirierte Sponsoren, Unterstützer und insgesamt 120 freiwillige Helfer, ohne die die Feier unmöglich gewesen wäre.

Am 16.12.2012 konnten dann rund 450 Gäste und 60 bedürftige Kinder der Kindertafel Mühlenberg ein erstklassiges Fest in der Glashalle und im Foyer des HCC genießen. Diese Feier hatte den Zweck, Erwachsene und Kinder aus verschiedenen sozialen Schichten, Kulturen und Altersgruppen zu integrieren und ihnen einen unvergleichlichen Tag zum Geschenk zu machen. Unsere Gäste, die aus sozialen Einrichtungen mit ihren Betreuern eingeladen wurden, erwartete in der festlich geschmück-

ten Glashalle ein exquisites Weihnachtsmenü mit einem tollen Bühnenprogramm (mit Auftritten der Band Fury in the Slaughterhouse in einmaliger Reunion, Comedian Dietmar Wischmeyer u.a.). Abgerundet mit einem separatem Kinderprogramm und -menü haben ausschließlich Ehrenamtliche dieses Projekt möglich gemacht und ein Dreivierteljahr Spendengelder und Sachgeschenke eingesammelt. Die rund 120 freiwilligen Helfer packten tagelang mit an, um Geschenke nach Altersgruppen zu sortieren, den Saal zu schmücken und das Foyer der Glashalle zu einem Kinderspielplatz umzufunktionieren. Auch in diesem Jahr wird am 15.12.2013 (und zukünftig immer am 3. Advent) im Hannover Congress Centrum „DIE!!! Weihnachtsfeier“ stattfinden. Die gewachsene Veranstaltung bewirbt in diesem Jahr rund 600 Erwachsene aus sozialen Einrichtungen Hannovers sowie 250 Kinder der hannoverschen Tafeln.

Besonders wichtig ist es dem Projektträger KrAssUnARTig e.V., dass die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen – auch und gerade durch die mediale Aufmerksamkeit – gefördert wird. „Je mehr Aufmerksamkeit die Themen Bedürftigkeit und Obdachlosigkeit bekommen, desto besser. Wir wollen nicht nur für, sondern auch mit den Menschen, denen geholfen werden soll, in Kontakt kommen“, so Kristin Heike vom Vorstand des Trägervereins. Es gilt, den Dialog zwischen den sozialen Milieus zu intensivieren und durch das Miteinander neben Obdachlosen und Wohnungssuchenden auch bedürftige Kinder und



Unter anderem 60 bedürftige Kinder der Kindertafel Mühlenberg kamen in den Genuss eines stimmungsvollen Weihnachtsfestes.

Familien in den Prozess mit einzubeziehen. Der Verein KrAssUnARTig e.V. und dessen Projektgruppe „DIE!!! Weihnachtsfeier“ möchte allen diesen Menschen durch das besondere Miteinander in genau dieser gewählten Veranstaltungsform einen außergewöhnlichen öffentlichen Raum jenseits sozialer, religiöser und kultureller Schranken und Ausgrenzungen geben.

Das „danach“ – und das Stichwort demografischer Wandel:

Weitere Aktivitäten, die weit über das kulinarisch Festliche hinausgehen sollen, sind bereits in der Planung für 2014: Der Trägerverein KrAssUnARTig Verein autodidaktischer Künstler in Deutschland e.V. wird u.a. ein gemeinnütziges Projekt zur Integration und Kunst-/Kulturförderung im hannoverschen Stadtteil Nordstadt beginnen. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Integration von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund, die aus finanziell schwachen Familienverhältnissen kommen, sowie der gleichzeitigen

Miteinbeziehung von Senior/-innen in Kleingruppen. Hierbei wollen wir den Blick auf die Themen des Alters mit der Förderung von bedürftigen Kindern realistisch zu verbinden versuchen und Freundschaften herstellen.

Weiten wir diesen Blick hinsichtlich der Altersverteilung unter dem Stichwort demografischer Wandel auf das Projekt „DIE!!! Weihnachtsfeier“ aus, so stellen die Projektleiter – zu denen Kristin Heike und Andrea Schwarz vom Vorstand des Vereins sowie Initiator Manfred Ilsemann (Phantastische Zeiten) gehören – fest, dass immer mehr ältere Menschen von Obdachlosigkeit, Armut und Bedürftigkeit betroffen zu sein scheinen.

Die Zahl bedürftiger Kinder ist bekanntermaßen in Deutschland und auch Hannover groß und wächst stetig. Gleichzeitig nimmt die Geburtenzahl aber ab. Und noch zu unerforscht oder als Randthema behandelt scheinen bedürftige

Senior/-innen, die selten pflegebedürftig oder krank sind – die, die keine Familie haben, die unterhalb der Armutsgrenze oftmals allein leben, sind „die, die man nicht sieht“. Fakt ist, wir leben aufgrund der steigenden Lebenserwartung länger, werden aber zahlenmäßig weniger und durch Zuwanderungen kulturell weitaus vielfältiger. Tatsächlich gibt es in der Folge auch Probleme – politisch-gesellschaftlicher, familiärer und individueller Art; etwa mit den Sozialsystemen, sozialer Ungleichheit (auch im Alter), Armut (auch im Alter), den Gesundheitskosten etc.

Was es über das Altern zu wissen gibt, glauben wir zu wissen. Vielleicht sollten wir uns auch fragen, welches Entwicklungspotenzial mit alten Menschen verbunden ist und

wie sich der demografische Wandel in neue Visionen eines gelebten Alltags integrieren lassen kann, in die Art, wie wir arbeiten, lieben, leben und auch das Alter vielleicht sogar gestaltbar erleben können. Wir sozial Engagierten, Ehrenamtlichen und Freiwilligen können und möchten unseren Teil dazu beitragen.

Die Lücke in Politik und Gesellschaft, die mit Vorurteilen (und Vorverurteilungen) über Jugend, Alter, Armut, Krankheit, Behinderung etc. gefüllt ist, gilt es, so flexibel wie möglich zu schließen und das Leben in jeder Altersphase respektvoll lebenswert zu machen: Dort die starren Altersmythen aufweichen, junge, jugendliche und alte Menschen zusammenbringen, wo der Politik der nötige, grundlegende Wertewandel und Ansporn

zu neuen Visionen zu unbequem ist. Nur zu gern werden Innovationspotenziale, die vorhandenen Kompetenzen und die Bedeutung des aktiven Alters für die Gesellschaft oftmals ausgeblendet. Genau hier möchte der Verein KrAssUnARTig e.V. ansetzen, um gemeinsam diese Visionen zu entwickeln und umzusetzen. Aus den demografischen Spannungsverhältnissen lassen sich neue Chancen in Hinblick auf kulturellen und intellektuellen Wissensaustausch sowie neue Formen altersübergreifenden Zusammenlebens entwickeln. Und diese Entwicklung beginnt in unserem Fall genau jetzt bereits bei „DIE!!! Weihnachtsfeier“.

*Andrea Schwarz
KrAssUnARTig Verein autodidaktischer Künstler in Deutschland e.V.*

Sozialverband VdK fordert mehr Ärzte in ländlichen Gebieten

Ute Borchers-Siebrecht: „Wohnortnah fehlen Haus- und Fachärzte“

Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V. setzt sich nachdrücklich für eine bedarfsgerechte Fachärzterversorgung in ländlichen Gebieten ein. „Wohnortnah fehlen neben Hausärzten insbesondere Augenärzte, Hautärzte, Frauenärzte und Orthopäden“, kritisiert VdK-Landesvorsitzende Ute Borchers-Siebrecht die mangelnde Ärzterversorgung auf dem Land.

Betroffen sind vor allem Gebiete mit einer schwachen Infrastruktur und einem hohen Anteil älterer Menschen. Borchers-Siebrecht verweist dazu auf das Beispiel Gan-

derkese im Oldenburger Land. Hier ist bereits eine VdK-Unterschriftensammlung für eine bessere Facharztversorgung angelaufen. Die örtlichen Forderungen sollen auch an einem „Runden Tisch“ mit Vertretern der Gemeinde, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Ärzte eingebracht werden. „Die von den zuständigen Verwaltungsgremien im Gesundheitswesen vorgeschlagenen Maßnahmen wie Stipendienprogramme sowie eine verbesserte Aus-, Fort- und Weiterbildung müssen zügig umgesetzt werden“, fordert die VdK-Landesvorsitzende.

Die weiteren VdK-Forderungen:

- Für mobilitätsbehinderte, pflegebedürftige oder hochbetagte Menschen müssen Haus- und Heimbesuche von Ärzten, Fachärzten und Therapeuten der Heilberufe sichergestellt werden.
- Die fachärztliche Versorgung muss besser geplant und verteilt werden. Dazu muss auch die Vergütung für die Behandlung gesetzlich und privat Versicherter angeglichen werden.
- Im Bereich der ambulanten Rehabilitation und bei der spezialisierten ambulanten Palliativversor-

gung müssen die Krankenkassen ihren Leistungsauftrag erfüllen.

„Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen fordert die Auf-

sichtsbehörden auf einzuschreiten, damit die Krankenkassen die Versorgung ihrer Versicherten sicherstellen“, fasst Ute Borchers-Siebrecht abschließend zusammen.

Hans-Gerd Finke

Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e. V.

Gemeinsam kreativ sein

Lions Malstudio will ältere Menschen aus der Isolation holen

Das Lions Malstudio Hannover ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der seit über 35 Jahren Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. ist. Mit über 100 aktiven Mitgliedern, die alle das 50. Lebensjahr überschritten haben „müssen“, gehören wir zu den größeren Gruppierungen in Hannover und der Region.

Von Anfang an haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, ältere Menschen auf ihre kreativen Fähigkeiten anzusprechen und sie ein Stück aus ihrer Isolation heraus zu holen. Dabei stellen wir auch heute fest, dass bei vielen unserer Mitglieder das Interesse am Malen und Zeichnen zwar sehr groß ist, Vorbehalte und eine gewisse Scheu vor neuen Gruppen und Themen es ihnen aber oft schwer machen, den ersten Schritt zu tun. So versuchen wir, in persönlichen Gesprächen oder Telefonaten auf unsere vielfältigen kreativen Freizeitangebote aufmerksam zu machen. Spätestens beim Hinweis, dass alle Interessenten sich durch ein mehrmaliges kostenloses Schnuppern persönlich ein Bild von unseren Kursen sowie den Dozenten und Dozentinnen machen können, ist oft das Eis gebrochen. Die Tür zu unserem zentral in der Innenstadt

von Hannover gelegenen Malstudio ist weit geöffnet und die Kursleiter und Kursleiterinnen freuen sich über jedes neue Gesicht. Da in allen Kursen Anfänger und Fortgeschrittene zusammen arbeiten,



ergeben sich meist schnell Kontakte. Über die Antwort auf die klassische Frage: „Wie lange malen Sie schon im Lions Malstudio?“ kommt man auch leicht in ein Gespräch mit der neuen Nachbarin.

Auf diese Weise sind viele Freundschaften entstanden, die über das gemeinsame Malen und Zeichnen hinausgehen. Es bleibt der Gruppe nicht verborgen, wenn eine Kurs Teilnehmerin – und die „Weiblichkeit“ ist auch in unserem Verein

in der Überzahl – mehrmals fehlt. Dann erkundigt sich jemand aus dem Kurs telefonisch oder per E-Mail nach dem Befinden. Die Menschlichkeit wird bei aller Kreativität nicht vergessen. Es tut uns allen gut, zu erfahren, dass der Einzelne wichtig ist. Wir lernen nicht nur vom Können der anderen Teilnehmer, sondern bringen uns auch in die Gruppe ein.

Die Möglichkeit, neue Menschen kennen zu lernen, bieten nicht nur die Mal- und Zeichenkurse, sondern auch unsere gemeinsamen Unternehmungen. So organisieren wir eigene Ausstellungen mit den Arbeiten unserer Mitglieder, planen den Besuch von Galerien und Museen sowie Stadtführungen mit besonderen Themen – und das nicht nur auf Hannover und die Region beschränkt. In diesem Jahr haben wir uns z.B. in Berlin der Museumsinsel gewidmet.

Die Erfahrung des Älterwerdens ist uns allgegenwärtig. Einige Mitglieder sind seit über 20 oder gar 30 Jahren dabei und können sich gut an ihre Anfänge erinnern. Sätze, die mit „Weißt Du noch...“ anfangen, sind bei Veranstaltungen und Reisen oft zu hören. Das bedeutet aber auch, dass es vielen unserer Mitglieder aufgrund ihres Alters in-

zwischen schwer fällt, sich auf den Weg zu machen – auch wenn das Interesse am Malen unverändert vorhanden ist. Die Unzulänglichkeiten des Alters und zunehmende häusliche Verpflichtungen führen leider zu dem Entschluss, aus dem Verein auszutreten. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Manchmal werden auch eine gewisse Müdigkeit und eine deutliche Abnahme der kreativen Inspiration genannt. In der Tat fällt es auch den jüngeren Mitgliedern – gemeint sind die 50- und 60-Jährigen – manchmal schwer, sich den familiären Verpflichtungen zu entziehen, und sei es nur für einige Stunden.

Unserer Zielgruppe der über 50-Jährigen gilt im Verein das Hauptaugenmerk. Aber auch jüngere Kreative stehen in unserem Fokus. Und das sind unsere Dozenten und Dozentinnen, die alle über ein abgeschlossenes Kunst- und Grafik-Studium, teilweise an der Hochschule Hannover, verfügen. Damit können wir auf ein hohes künstlerisches Niveau der Lehrenden zurückgreifen. Teilweise sind auch die Dozentinnen und Dozenten mit uns älter geworden; der Altersunterschied zu den Mitgliedern ist aber nach wie vor vorhanden. Dies ist für alle von Vorteil. Die Älteren, die meist nicht mehr im Berufsleben stehen, lernen von den Jüngeren nicht nur das technische Rüstzeug, sondern auch etwas aus dem heutigen Berufsalltag mit seinen Besonderheiten. Und die Jüngeren profitieren von den Lebenserfahrungen der älteren Mitglieder.

Bei allen positiven Erfahrungen müssen wir feststellen, dass uns der Generationswechsel mächtig



zu schaffen macht. Die Kündigungswelle der um die 80-Jährigen ist angelaufen und der Nachwuchs der über 50-Jährigen steht nicht unbedingt Schlange vor unserer Tür. Gerade in den letzten Jahren haben wir unsere Öffentlichkeitsarbeit verstärkt und werben in Zeitungen, Magazinen, auf Veranstaltungen und natürlich auch im Internet für unseren Verein. Wir bieten zur Zeit zwölf feste Kurse an, die jeweils einmal in der Woche in unserem Studio stattfinden und sich mit unterschiedlichen Themen und Techniken befassen. Und im Sommer malen wir im Freien an den schönsten Plätzen in Hannover und der näheren Umgebung.

Der veränderten Nachfrage versuchen wir Rechnung zu tragen. So bieten wir verstärkt Kompaktkurse an, die sich einem bestimmten Thema widmen und nur über einen begrenzten Zeitraum, z. B. über vier oder sechs Wochen, laufen. Auch Tageskurse, z. B. Malen am Steinhuder Meer, stoßen auf gro-

ßes Interesse. Das ist noch nicht alles! Seit 2010 befassen wir uns auch mit der digitalen Technik. An mit moderner Technik ausgestatteten Computer-Arbeitsplätzen werden die künstlerischen Möglichkeiten am PC vermittelt.

Vielleicht stellen Sie sich die Frage nach dem Namen unseres Vereins. Auf Initiative des Lions Clubs Hannover ist seinerzeit das Malstudio gegründet worden; der Club steht uns auch heute noch mit Rat und Tat zur Seite. Und dafür sind wir sehr dankbar. Allerdings ist das Lions Malstudio ein rechtlich selbstständiger und unabhängiger Verein. Unsere Mitglieder kommen aus allen Gesellschaftsschichten; die Kreativität und das Interesse an der Kunst verbinden uns. Weitere Informationen erhalten Sie telefonisch unter 05 11 / 88 45 19 und 051 03 / 1489 oder im Internet unter www.lc-hannover.de.

*Christine Wartenberg
Lions Malstudio Hannover e. V.*

Ziele wurden bisher nicht erreicht

Niedersächsisches Heimgesetz vor notwendiger Reform

Schon kurz nach dem Inkrafttreten des Niedersächsischen Heimgesetzes (NHeimG) im Sommer 2011 stellten Träger ambulanter Dienste im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., die in Wohngemeinschaften lebende Menschen pflegen und versorgen, fest, dass das Gesetz zwar zwischen verschiedenen Formen von „Heimen“, nicht aber an den an sie zu stellenden Anforderungen unterscheidet. Die das Heimgesetz flankierenden Verordnungen orientieren sich an vollstationären Pflegeeinrichtungen und werden damit nicht selbst bestimmten Pflege-WGs nicht gerecht.

Menschen, die sich für das Leben in einer (Pflege)-Wohngemeinschaft entscheiden, wählen ganz gezielt eine Einrichtung, die sich in Philosophie und entsprechendem Pflege- und Betreuungsangebot bewusst von großen Pflegeheimen abgrenzt. Wenn diese Pflege-WGs aber letztlich wie vollstationäre Heime gestaltet sein sollen, verlieren sie zum einen ihren besonderen Charakter, zum anderen können sie aber auch bestimmte Aufgaben gar nicht leisten.

Viele der Forderungen des NHeimG widersprechen schon dem Grundgedanken der alternativen Wohnform: In einer Pflege-WG wollen die Bewohner in einer häuslichen, möglichst familiären Umgebung leben. Dazu gehört beispielsweise oft eine Wohnküche als großer, geselliger Gemeinschaftsraum, die aber den strengen Hygienevorschriften eines Heimes nicht genügt.

Andere Probleme ergeben sich aus räumlichen Bedingungen. Viele der Pflege-WGs sind in privaten Häusern mitten in den Städten untergebracht, in den teils älteren Gebäuden lassen sich bauliche Vorschriften, die für große Heime gelten, kaum bis gar nicht umsetzen. „Die strengen Vorschriften des NHeimG waren also auf die Bedürfnisse großer Heime zugeschnitten und hätten praktisch das Aus für die nicht selbst bestimmten Pflege-WGs bedeutet“, sagt Birgit Eckhardt vom Vorstand des Paritätischen Niedersachsen.

Der Paritätische Niedersachsen hat sich daher schon 2011 sehr engagiert dieser Problematik angenommen. Gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen aus dem Fachbereich Pflege führte er wiederholt Gespräche mit Sozialpolitikern, in den Jahren 2011 und 2012 zunächst mit Vertretern der Regierungspartner CDU und FDP. Nach dem Regierungswechsel im Januar 2013 erkannte die neue rot-grüne Landesregierung Handlungsbedarf und initiierte einen Fachdialog zur Reform des NHeimG, auch hier war der Paritätische Niedersachsen wieder maßgeblich beteiligt.

Nach zwei konstruktiven Sitzungen ist der Fachdialog nun mit Erkenntnissen zu Ende gegangen, die erfreulich sind und eine deutliche Sprache sprechen: „Das aktuelle NHeimG hat seine Ziele, Rechtssicherheit zu schaffen und neue Wohnformen zu unterstützen, nicht erreicht“, heißt es in dem zusammenfassenden Schreiben des

Niedersächsischen Sozialministeriums. Damit sind die Kritikpunkte, auf die der Paritätische Niedersachsen seit Inkrafttreten des Gesetzes wiederholt hingewiesen hatte, anerkannt.

Mit der Anerkennung vier verschiedener Wohnformen und einer sich daraus ergebenden stärkeren Differenzierung des NHeimG ist nicht nur der Forderung des Paritätischen Niedersachsen Rechnung getragen, sondern auch Einigkeit unter allen Beteiligten des Fachdialogs (darunter andere Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, Vertreter von Pflegekassen und Wohnungswirtschaft sowie Alzheimergesellschaft und anderen Vereinigungen) erzielt worden.

„Wir begrüßen es außerordentlich, dass nun als Ergebnis dieses Prozesses eigene, passende Regelungen für alternative Wohnformen wie nicht selbst bestimmte Pflege-WGs gefunden werden sollen“, sagt Birgit Eckhardt.

*Anika Falke
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Zwangsbehandlung – ein lösbares Dilemma?

Fachtag des Paritätischen Arbeitskreises Betreuungsvereine

Gesetzliche Betreuer sehen sich nicht selten mit dem Dilemma konfrontiert, einerseits ärztliche Anordnungen zur Behandlung gegen den Willen der Patienten befolgen zu müssen, andererseits sollen sie die Interessen ihrer Betreuten vertreten. Hinzu kommen teils neue Gesetze und Regelungen, die gesetzliche Betreuer beachten müssen, wie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den Rechten von (psychiatrischen) Patienten bei Zwangsbehandlungen und das im Februar 2013 in Kraft getretene Gesetz zur Regelung der betreuungsrechtlichen Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme. Um die aktuelle Rechtslage vorzustellen und unterschiedliche Aspekte dieses Themas zu erläutern und zu diskutieren, hat der Paritätische Arbeitskreis Betreuungsvereine unter Leitung von Christiane Schumacher in Kooperation mit den Betreuungsvereinen BUBIS e.V. und Freundeskreis Betreuungsverein Wunstorf e.V. am 15.08.2013 zum Fachtag „Zwangsbehandlung – Voraussetzungen, Auswirkungen, Alternativen“ in den Stephansstift nach Hannover eingeladen.

Die rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Betreuungsvereinen und den Fachbereichen Pflege und Soziale Psychiatrie wurden nach der Begrüßung durch Christian Boenisch, Vorsitzendem des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., von Dirk Weber-Reichwald, Geschäftsführer des Freundeskreises Betreuungsverein Wunstorf e.V., über den

Arbeitsalltag und die damit verbundenen Herausforderungen der Betreuer informiert und auf die Thematik eingestimmt. Anhand einiger Beispiele wurde die Problematik der Zustimmung zu ärztlichen Zwangsbehandlungen aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet. Richterin Annette Loer vom Amtsgericht Hannover erläuterte im Anschluss ausführlich die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen und unterstrich die Pflicht und das Recht des gesetzlichen Betreuers, sich ein eigenes Bild zur Entscheidungsfindung zu machen und ggf. alternative Maßnahmen zur Zwangsbehandlung vorzuschlagen.

Nach der Mittagspause standen Erfahrungsberichte Betroffener auf der Tagesordnung. Christa Reichwaldt, die als Mitglied der Besuchscommission für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung und Psychiatrieerfahrene eindringlich die Situation des machtlosen, verängstigten Psychiatrie-Patienten beschrieb, setzte sich ebenso wie Gudrun Tissler-Berndt als Angehörige für deeskalierende Strategien, behutsame Erforschung der Wünsche Betroffener und die Achtung dieser Gestaltungsvorstellungen zur eigenen Behandlung ein.

Wie tragisch das gelegentlich notwendige Eingreifen der Ordnungsbehörden auch enden kann, verdeutlichte Prof. Dr. Asmus Finzen mit seinem Verweis auf zwei tödliche Ausgänge von Polizeiaktionen „gegen“ psychisch erkrankte Personen in den letzten Monaten. Er kri-

tisierte die Landesvertreter der DGPPN (Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde) wegen ihrer anfänglich grundsätzlichen Ablehnung der neuen Rechtslage und der daraus resultierenden Entlassung von Psychiatriepatienten, die z.B. medikamentöse Behandlung ablehnten. Gleichzeitig warb er für die Haltung des Bundesverfassungsgerichts, die Zwangsbehandlung grundsätzlich zuzulassen, sie aber streng zu reglementieren.

An eindrucksvollen Beispielen aus seiner eigenen Praxis führte er aus, dass die Behandlung gegen den Willen der Betroffenen in wenigen Fällen klar indiziert ist, weil die Einsichtsfähigkeit in die Notwendigkeit der Behandlung krankheitsbedingt nicht gegeben ist und weniger eingreifende Alternativen nicht zu Verfügung stehen. In den meisten Situationen können Zwangsbehandlungen vermieden werden, sei es durch Verhandlung mit dem Betroffenen oder durch das „Zugeständnis“ eines behandlungsfreien Aufenthalts in einer Klinik. Dafür sei allerdings etwas erforderlich, was durch die geltenden Abrechnungssysteme gerade nicht mehr zu Verfügung steht: dem Einzelnen Zeit für seine individuellen Wege zur Genesung einzuräumen.

Gesetzliche Betreuer sollten nach Empfehlung von Prof. Dr. Finzen möglichst frühzeitig mit dem Betreuten eine Strategie entwickeln, wie in Krisensituationen verfahren werden soll. Dazu können Behandlungsvereinbarungen oder Pa-

tientenverfügungen die geeigneten Mittel sein, um stigmatisierende und traumatisierende Situationen zu vermeiden. Dabei dürfen die handelnden Personen nicht außer Acht lassen, dass Symptome auch „lebensnotwendige Begleiter“ sein können, deren „Weg-Behandlung“ nicht immer zur Verbesserung der Lebensqualität der Betroffenen führen müssen.

Im abschließenden Statement von Andreas Landmann, Geschäftsführer der Hof Windheim gGmbH, wurde die Notwendigkeit der Kontrolle von Zwangsmaßnahmen auch in Heimen durch die

Besuchskommissionen des Nds. Ausschusses für psychiatrische Krankenangelegenheiten deutlich. Als stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses konnte er von der Arbeit an einem neuen Unterbringungsrecht für Niedersachsen berichten. Das novellierte PsychKG wird aber voraussichtlich erst 2014 verabschiedet werden können.

Statt den Betroffenen mehr Zeit für ihre Genesung einzuräumen, wird gerade ein neues pauschales Entgeltsystem für psychiatrische Krankenhäuser probeweise eingeführt. Die jugendlich frische

Abkürzung PEPP soll wohl Beschleunigungsmöglichkeiten der Behandlung suggerieren, die von der gesamten Fachwelt als absurd eingeschätzt werden. Ob in der unter den zukünftigen Rahmenbedingungen zu befürchtenden „Drehtür-Psychiatrie“ der achtsame Umgang mit dem Betroffenenwillen umgesetzt werden kann, wird nicht zuletzt vom Eingreifen der gesetzlichen Betreuer und anderer Vertrauenspersonen abhängen.

*Bernhard Döring
Fachberater Soziale Psychiatrie*

Anerkennung von Vielfalt

Herausforderungen der Kinder- und Jugendhilfe in der Migrationsgesellschaft

„Die Mehrheit in Deutschland schrumpft und weicht der Vielfalt“, mit diesen Worten hat Birgit Eckhardt, stellvertretende Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V., den Fachtag „Anerkennung von Vielfalt – Herausforderungen der Kinder- und Jugendhilfe in der Migrationsgesellschaft“ eröffnet, zu dem das Paritätische Jugendwerk am 29.10.2013 nach Hannover geladen hatte. Rund 60 Fachkräfte aus der Jugendarbeit sowie Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden und MigrantInnenSelbstOrganisationen hatten sich im Stadtteilzentrum KroKuS versammelt, um über diese Herausforderungen zu diskutieren.

Die Entwicklung zeige, so Birgit Eckhardt weiter, dass Differenz und Vielfalt zunehmend prägende Merkmale unserer Gesellschaft sei-

en und hierdurch nicht nur die Kinder- und Jugendhilfe vor der Herausforderung stehe, sich auf diese gesellschaftliche Realität von Pluralität einzustellen. Um eine gleichberechtigte Teilhabe aller jungen Menschen zu ermöglichen, so ergänzte Tina Hellmann, Vorsitzende des Paritätischen Jugendwerks, in ihrem Grußwort, müssten sich alle ehrenamtlich und hauptamtlich Aktiven mit den Privilegien und Benachteiligungen auseinandersetzen, die im Zusammenhang mit Zugehörigkeitsverhältnissen wirken, mit Zugangsbarrieren zu Angeboten und Organisationen sowie mit Diskriminierung und Rassismus – auch im eigenen Denken und Handeln.

Prof. Dr. Paul Mecheril (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) erläuterte in seinem Vortrag den Begriff Migrationsgesellschaft, in-



Birgit Eckhardt vom Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V. eröffnete den Fachtag des Paritätischen Jugendwerks.

dem er darauf hinwies, dass „Einwanderung“ oder „Zuwanderung“ lediglich einen Typ des Migrationsgeschehens in Deutschland darstellten. Die gesellschaftliche Wirk-

lichkeit sei jedoch geprägt durch Ein- und Auswanderung sowie der Pendelmigration. So hätten wir es heute zum Beispiel mit transnationalen Familienstrukturen und Netzwerken sowie mit Zwischenwelten und hybriden Identitäten zu tun.

Der zweite Vortrag des Tages beschäftigte sich mit einem Bereich, der in Integrationsplänen und -räten in der Regel ausgeklammert wird, so Referent Volker Maria Hügel von der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. Unter dem Titel „Die Integrationsschere – wie das deutsche Einwanderungsrecht die Integration be- und verhindert“ informierte er umfassend über rechtliche Regelungen, die die Teilhabechancen vieler junger Menschen in Deutschland beeinträchtigen. Hierbei plädierte er u.a. für eine generelle deutsche Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder und Jugendliche, die Umsetzung der Schulpflicht auch für alle Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die Einrichtung von Sprachkur-

sen für junge Flüchtlinge, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen, sowie die Öffnung des Ausbildungsmarktes für alle junge Menschen (Abschaffung von Arbeitsverboten).

Nach dem Mittagessen trafen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in vier Workshops. Hier wurden unterschiedliche Konzepte vorgestellt und diskutiert, mit denen Kinder- und Jugendhilfe auf die gesellschaftlichen Herausforderungen reagieren kann. Im Workshop „Diversitätsbewusste Jugend(bildungs)arbeit stelle Alexej Urev den Anti-Bias-Ansatz vor, dessen Ziele u.a. darin liegen, einen konstruktiven Umgang mit Heterogenität und Komplexität zu etablieren, ohne kulturelle Differenzen festzuschreiben. Im Workshop „Deutsch als Zweitsprache“ sensibilisierten Deike Weckenbrock und Kristina Urbanovic vom Verein zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwanderungsfamilien (VPAK e.V.) die TeilnehmerInnen bezüglich der Knackpunkte beim Erlernen von Deutsch als Zweitsprache.

Im Workshop „Aktivitätspotenziale nichtprivilegierter Jugendlicher in der Jugendarbeit“ stellte Karsten Maul, Jugendbildungsreferent des Paritätischen Jugendwerks, die Ergebnisse zweier Studien über benachteiligte junge Menschen vor, die sich im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit freiwillig engagieren. Der letzte Workshop beschäftigte sich mit dem Thema „Partizipation und Selbstorganisation junger Flüchtlinge“. Hier stellten Nevroz Duman und Nurjana Arslanova die Arbeit der bundesweiten Initiative „Jugendliche ohne Grenzen“ (JOG) vor.

Im abschließenden Plenum waren sich die Teilnehmer/-innen einig dass es noch ein weiter Weg ist, bis eine gleichberechtigte Teilhabe aller jungen Menschen in Deutschland erreicht ist.

*Kirsten Laging-Yilmaz
Jugendbildungsreferentin
Paritätisches Jugendwerk*

Unsere Gemeinschaft macht Sie stark.

- Wir beraten und vertreten unsere Mitglieder bei Fragen zur Rente, Pflege, Gesundheit, Hartz IV, Behinderung und mehr!
- Wir bieten unseren Mitgliedern ein geselliges Vereinsleben mit Vorträgen, Fahrten und ehrenamtlichem Engagement vor Ort.
- Wir machen der Politik Druck!



SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31 | 30159 Hannover | Tel. 05 11 / 70 148 - 0
Weitere Informationen im Internet unter: www.sovd-nds.de

SoVD
Sozialverband
Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.

Gesetzeslage wird praktischen Ansprüchen nicht gerecht

Fachtagung des Arbeitskreises Straffälligenhilfe

Die Diskussion zu einem Thema, das sonst oft untergeht, wollte der Arbeitskreis Straffälligenhilfe des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. mit seiner jüngsten Fachtagung in Gang bringen: Wie gewährleistet man eine sachgerechte Betreuung jugendlicher Straffälliger, vor allem von jungen Haftentlassenen, die zwar nominell schon als Erwachsene gelten, faktisch aber einen starken Bedarf an erzieherischen und pädagogischen Maßnahmen haben? „Gefangen im Netz oder aufgefangen in vorbildlichen Netzwerken – Das Zusammenspiel von Gesetzen, Institutionen und unterschiedlichen Handlungslogiken im Jugendstrafrecht“ hieß die Veranstaltung, zu der sich der Arbeitskreis am 26.8.2013 in Hannover traf. Herausgearbeitet wurde, dass die Gruppe der Betroffenen nicht nur die Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren betrifft, sondern durchaus auch junge Menschen bis 25 und älter.

In den Fachvorträgen wurden die unterschiedlichen Blickwinkel auf das Thema dargestellt. Jugendrichter Jens Buck vom Amtsgericht Hannover beschrieb die Ziele des Jugendstrafrechts, die sich von den Maßgaben des Erwachsenenstrafrechts durchaus unterscheiden: Die Anwendung des Jugendstrafrechts solle vor allem erneuten Straftaten eines Jugendlichen oder Heranwachsenden entgegenwirken. Um dieses Ziel zu erreichen, seien die Rechtsfolgen und – unter Beachtung des elterlichen Erziehungsrechts – auch das Verfahren vorrangig am



Die Referenten und Landtagspolitiker bei der Podiumsdiskussion.

Erziehungsgedanken auszurichten. Heranwachsende könnten im Einzelfall auch wegen Entwicklungsverzögerungen als Jugendliche und damit nach Jugendstrafrecht behandelt und verurteilt werden, für junge Erwachsene gelte dies aber nach der aktuellen Gesetzeslage nicht.

Prof. Dr. Theresa Höynck von der Universität Kassel stellte in ihrem Referat klar, dass die Straffälligenhilfe sich traditionell schwerpunktmäßig eher mit älteren Erwachsenen befasse, deren Lebenslagen andere sein als die der aus dem Jugendvollzug Entlassenen. Die typischen Problemlagen der letzteren Gruppe seien vor allem solche des Übergangs vom Jugend- ins Erwachsenenalter wie die Klärung des Verhältnisses zur Herkunftsfamilie, der Einstieg in das Berufsleben und/oder der Aufbau einer stabilen Beziehung. Hier sei der politische Wille notwendig, wirklich ein unterstützendes Netzwerk für alle Jugendlichen und Heranwachsenden, die mit dem Strafrecht in Kontakt kommen, zu schaffen. Reinhard Teuber aus dem Sozialministerium stellte heraus,

wie erfolgreich in Niedersachsen im Vergleich zum Bund das Mittel der ambulanten Maßnahmen eingesetzt werde und Thomas Tugendheim von der paritätischen Mitgliedsorganisation KWABSOS e.V. rundete die Vorträge mit seinen Eindrücken aus der Praxis ab. Anhand von Beispielen zeigte er unter anderem auf, wie notwendig eine sozialpädagogische Unterstützung auch bei jungen Erwachsenen ist, dass funktionierende Netzwerke aber auch kreative Lösungen für diese Zielgruppen schaffen können, wenn der Wille auf Seiten aller Beteiligten vorhanden ist.

Unter dem Eindruck der Vorträge diskutierten im Anschluss Politiker der im Landtag vertretenen Parteien. Das Publikum, das sich vor allem aus Teilnehmenden aus dem Bereich der Arbeit mit jugendlichen Straffälligen zusammensetzte, nutzte die Gelegenheit und wies wiederholt darauf hin, wie unbefriedigend die Lage für die Praktiker sei: Junge Erwachsene müssten weggeschickt oder in unzureichender Weise betreut werden, im Alltag fühle man sich von den Jugend-

ämtern häufig im Stich gelassen, die Gesetzeslage werde den praktischen Ansprüchen nicht gerecht. Der Arbeitskreis Straffälligenhilfe beim Paritätischen Niedersachsen wird sich daher auf die Fahne

schreiben, auch diesen Missstand in den politischen Gesprächen, die mit Ministerien und Fraktionen geführt werden, immer wieder anzusprechen. Die Fachvorträge stehen zum Download bereit unter:

http://www.paritaetischer.de/landesverband/top/fachbereiche_arbeitskreise/straffaelligenhilfe/aktuelles.

Annette von Pogrell
Fachreferentin Straffälligenhilfe

Multimedial gegen Vorurteile

Internetseite der Informations-Offensive „draußen“ geht ans Netz

Die Botschaften auf den Aufklebern sind unmissverständlich. „Keiner will mit dir reden!“ steht auf einem, „Alle haben Angst vor dir!“ auf einem anderen. Es sind Vorurteile wie diese, geprägt von Skepsis und Misstrauen, mit denen ehemalige Strafgefangene im Alltag konfrontiert werden. „Es gibt so viele Beispiele, auf welche Art die Medien Straftäter stigmatisieren“, sagt Andreas Walenzyk von der paritätischen Mitgliedsorganisation Lüneburger Straffälligen- und Bewährungshilfe e.V. Um auf diese Probleme aufmerksam zu machen und ihnen etwas entgegen zu setzen, rief der Verein vor rund drei Jahren das Projekt Informations-Offensive ins Leben. Die Ergebnisse der daraus entstandenen Kampagne „draußen – Für ein freies Leben muss mehr als eine Tür aufgehen“ wurden den Mitgliedern des Arbeitskreises Straffälligenhilfe auf dem Fachtag am 26.08.2013 vorgestellt.

„Wir wollten eine möglichst breite gesellschaftliche Schicht ansprechen, um für einen menschlicheren Empfang für Haftentlassene zu werben“, erklärt Marian Goiny vom Lüne-

burger Straffälligen- und Bewährungshilfe e.V. die Idee der Informations-Offensive. Mit der Fakultät Gestaltung der Hochschule für Angewandte Wissen-



Auf Knopfdruck: Abteilungsleiterin Lara Sebo vom Paritätischen Niedersachsen schaltet mit Andreas Walenzyk (von links), Marian Goiny und Torsten Tetzlaff von der Lüneburger Straffälligen- und Bewährungshilfe e.V. den Internetauftritt der Info-Offensive „draußen“ frei.

schaft und Kunst (HAWK) in Hildesheim gewann das Projekt einen kreativen Partner. 24 Studentinnen und Studenten griffen das Thema im Wintersemester 2011/2012 auf und entwickelten eindrucksvolle Kampagnen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. ermöglichte mit seiner finanziellen Förderung die Umsetzung des Projekts.

Am Ende überzeugten die Arbeiten der Gruppen „draußen“ und „Initiative frei sein“ gleichermaßen, so dass das schließlich umgesetzte Konzept „zweigleisig“ fährt: Neben den Texten, die auf Aufklebern und Postkarten verteilt werden, gehören Poster zur Kampagne, die vor allem von der Kraft der Bildbotschaft leben. Die Plakate zeigen Sinnesorgane, die wortwörtlich verschlossen sind – ein mit einem Vorhängeschloss gesicherter Mund etwa, oder ein Ohr, in dessen Muschel ein Sicherheitsschloss eingelassen ist. Außerdem gehören Buttons und ein Videofilm, in dem Schauspieler ehemalige Strafgefangene darstellen, die T-Shirts mit ihrer jeweiligen Haftzeit tragen, zur Kampagne.

Als Klammer dient die Internetseite www.info-draussen.de, die auf dem Fachtag des Arbeitskreises offiziell frei geschaltet wurde. Dort sind nicht nur alle Kampagnenmotive hinterlegt, es werden auch weitere Infos und Hintergründe zur Entstehung der Informations-Offensive angeboten.

Anika Falke
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Informeller Austausch

Straffälligenhilfe im Gespräch mit Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz

Welche Schwerpunkte wird die neue Landesregierung im Bereich Straffälligenhilfe setzen und wie wird zukünftig die finanzielle Ausstattung von Anlaufstellen und ambulanten Maßnahmen aussehen? Das waren die Fragen, mit denen sich die Vertreter des Arbeitskreises Straffälligenhilfe des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. im Oktober 2013 mit Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz und weiteren hochrangigen Vertretern des Justizministeriums zu einem informellen Austausch trafen.

Nach einem kurzen Überblick über Historie und Strukturen der Straffälligenhilfe in Niedersachsen wiesen die Vertreter/-innen des Paritätischen Niedersachsen auf die schwierige finanzielle Lage der Angebote hin. Insbesondere wurde deutlich gemacht, dass es seit 2010 keine Tarifanpassungen oder sonstige Erhöhungen gegeben hat, obwohl gleichzeitig der Aufwand für stetig wachsende Aufgaben, wie z.B. das Projekt „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen“ ansteige. Gerade dieses sehr erfolgreiche Projekt sorgt nach den Worten von Marian Goiny von der paritätischen Mitgliedsorganisation Lüneburger Straffälligen- und Bewährungshilfe e.V. für eine weitgehende Entlastung der Staatskasse, nicht nur durch die Realisierung von Geldstrafen, sondern insbesondere durch die Einsparung von Haftplätzen/Hafttagen sowie die Vermeidung hoher Folgekosten z.B. bei der Unterbringung von Kindern Alleinerzie-



Offen und gesprächsbereit, von links: Ministerin Antje Niewisch-Lennartz mit den Vertreter/-innen des Paritätischen Niedersachsen Frido Ebeling, Marian Goiny, Thomas Tugendheim, Lara Sebo und Henning Voß.

hender. „Die Erträge übersteigen hier die Kosten bei weitem und wir würden uns freuen, wenn davon etwas wieder an unsere Anlaufstellen zurückflösse“, sagte Goiny. In der Opposition hätten sich SPD und Grüne stets dafür ausgesprochen, die Förderung von Anlaufstellen und ambulanten Maßnahmen zu institutionalisieren, darauf warte man nun.

Für den Bereich der straffälligen Jugendlichen sei dabei unter dem Kostendruck eine Entwicklung zu beobachten, die Sorgen bereite. Die Finanzierung sei regional sehr unterschiedlich, in verschiedenen Projekten sei die Unterfinanzierung so massiv, dass die Träger über die Einstellung ihrer Angebote nachdächten. „Dann müssen wir uns von dem flächendeckenden und landesweiten Angebotsnetz, das wir seit 30 Jahren etabliert haben, verabschieden. Und das, obwohl die Nachfrage nach unseren Angeboten steigt,“ bedauert Frido Ebeling, Albert-Schweitzer-Familienwerk, die Entwicklung. Die Justizministerin nahm das auf, wies

aber auf die angespannte Haushaltslage hin. Das Thema sei allerdings sehr aktuell, es gäbe viele Medienanfragen dazu. Sie halte eine Evaluation der Wirkung ambulanter Maßnahmen für sinnvoll, schon um den Ängsten der Bürger in diesen Bereich mit Fakten zu begegnen.

Weitere Themen waren die Aufnahmesituation bei Inhaftierung, Übergangsmanagement, die geplante Novellierung des niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes insbesondere hinsichtlich der Lockerungspraxis, das Resozialisierungsgesetz und die Frage einer durchgehenden Krankenversicherung Straffälliger. Die Justizministerin zeigte sich im Gespräch sehr offen und gesprächsbereit. Ihre Anregung, dieses Gespräch in regelmäßigen Abständen fortzusetzen, nahmen die Vertreter/-innen des Paritätischen Niedersachsen natürlich gerne auf und werden hier am „Ball bleiben“.

*Annette von Pogrell
Fachreferentin Straffälligenhilfe*

Wo kommen wir her – wo geht es hin?

40 Jahre Frauen- und Familienpolitik für Alleinerziehende

Jahrestage regen immer wieder an zur Bestandsaufnahme, zum Rückblick, zum Einordnen und auch zur Zielbestimmung für die Zukunft. Dieses hat der Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Niedersachsen e.V. (VAMV) anlässlich seines 40-jährigen Bestehens getan: Zusammen mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., der den VAMV seit seiner Gründung 1973 als Dachverband unterstützt, lud er für den 07.09.2013 nach Hannover zu einem Fachtag unter dem Motto „40 Jahre Frauen- und Familienpolitik für Alleinerziehende: Wo kommen wir her – wo geht es hin?“ ein.

Birgit Eckhardt vom Vorstand des Paritätischen Niedersachsen und Gabriele Neuling, Vorsitzende des VAMV Niedersachsen, begrüßten die zahlreichen Gäste. Gabriele Neuling gab unter anderem einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des niedersächsischen VAMV, der sich vom Selbsthilfe- zum Fachverband für Einelternfamilien entwickelt hat und seit 30 Jahren von Geschäftsführerin Monika Placke „am Laufen gehalten“ wird. Birgit Eckhardt ging auf die vom VAMV bearbeiteten familienpolitischen Themen und Forderungen wie Bildungspolitik, Kindergrundsicherung, Steuergerechtigkeit, Armut von Alleinerziehenden mit ihren strukturellen Ursachen ein und zog ein Zwischenfazit: „Seit der Gründung vor 40 Jahren hat sich vieles auch durch den VAMV verändert, dennoch bleibt noch vieles zu tun!“, sagte sie und wünsch-

te dem VAMV weiterhin viel Kraft und Mut.

Der Zeitpunkt für den Fachtag war gut gewählt. Der im Januar 2013 vollzogene Politikwechsel auf Landesebene eröffnet Neuorientierungen. Die neue Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, Cornelia Rundt, nahm in ihrer Ansprache eine Positionsbestimmung vor. Sie umriss fachkundig die Zielgruppe, benannte die Baustellen wie mangelnde Existenzsicherung, unzureichende Arbeitsmarktintegration und Betreuungsgengpässe. Es folgte die Vorstellung von Projekten und Initiativen des Landes, die dazu dienen sollen, Problemlagen zu überwinden und Gleichstellung zu erreichen. Geburtstagsgeschenke, wie die seit 20 Jahren ausstehende Anhebung der VAMV-Landesförderung, brachte die Ministerin leider nicht mit.

Dr. Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin, Historikerin und langjähri-

ge Begleiterin des VAMV, spannte dann in lebhafter, engagierter Form einen noch weiteren geschichtlichen Bogen. Das Bürgerliche Gesetzbuch setzte ab 1900 einen Rahmen für die bürgerliche Familie. Alleinstehende Frauen mit Kindern waren die Abweichung von der Norm und der Anerkennung und des Schutzes nicht wert – als ledige Mutter moralisch verfeimt, als geschiedene Frau meistens schuldig, nur als Witwe leidlich akzeptiert. Zwei Weltkriege, eine Diktatur und der Zugang für Frauen zu Bildung und Erwerbsarbeit sollten zwar vieles verändern, doch das Nachkriegsdeutschland setzte auf die bürgerliche Ehe und Familie, fernab der Realität von vielen Kriegswitwen, Scheidungen von seelisch zerbrochenen Kriegsheimkehrern und durch Männermangel entstandene ledige Mutterschaft. Das Familienrecht und die Sozialgesetzgebung waren auf diesem Auge blind bis sanktionierend. Der Nährboden für eine Widerstandsbewegung war bereitet. 1967 wurde



Blick ins Plenum des Fachtages.

der Verband alleinstehender Mütter gegründet. 40 Jahre später gibt es Familienselbsthilfe, Alleinerziehendenberatung, ein gleichberechtigtes Kindschaftsrecht, „allein erziehend“ als Lebensform, weitgehend befreit von persönlichem Makel.

Nachdem das Improtheater „Knall auf Fall“ die Mittagsmüdigkeit vertrieben hatte, rundete eine lebhaft Podiumsdiskussion den Tag ab. Moderiert von Inge Michels (Famili-entext) arbeiteten die Vorsitzende des Landesfrauenrates Mechthild Schramme-Haack, die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Fa-

milienverbände Monika Placke, die VAMV-Landesvorsitzende Gabriele Neuling und Dr. Gisela Notz verschiedene Blickwinkel und Schwerpunkte heraus: Frauen haben sich gleiche Bildungsabschlüsse erstritten, ihre Gehälter liegen aber um 23 % unter denen der Männer. Sie baden die Schwankungen am Arbeitsmarkt mit unterqualifizierten, unterbezahlten Minijobs und unbefriedigenden Teilzeitstellen aus. Sie werden heute nicht mehr „schuldig“ geschieden, aber das neue Unterhaltsrecht tut so, als wenn sie nach den ersten drei Jahren keine Kinder mehr zu betreuen hät-

ten. Die politischen Parteien sprechen von Wahlfreiheit für Frauen, aber keiner sagt, dass 44,2 % der Alleinerziehenden in Niedersachsen von Armut bedroht sind. Da kommt das Jobcenter ins Spiel, welches konsequent fordert (Arbeitsaufnahme) und selten fördert (Teilzeitausbildung). Gespickt mit vielen Einzelaussagen aus dem Publikum ging der Tag zu Ende. Der VAMV macht weiter!

*Monika Placke
Verband alleinerziehender
Mütter und Väter Landesverband
Niedersachsen e. V.*

Drei Tage im Zeichen von Multipler Sklerose

MS World Conference als Treffpunkt für MS-Erkrankte und

MS-Experten aus aller Welt

„Die Zukunft gemeinsam gestalten – Perspektiven für Menschen mit MS“, unter diesem Motto haben die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, Bundesverband e.V. (DMSG), und die Multiple Sclerosis International Federation (MSIF) vom 4. bis 6. Oktober 2013 zur MS World Conference eingeladen und damit nicht nur MS-Erkrankten die Chance eröffnet, Expertenmeinungen zu brennenden Fragen rund um die Autoimmunkrankheit einzuholen und mit namhaften nationalen und internationalen MS-Forschern und Klinikern zu diskutieren. Die Resonanz war überwältigend: Über 550 Teilnehmer aus Norwegen, Schweden, Finnland, Dänemark, England, Irland, Österreich, der Schweiz, Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland, Türkei, Tunesien, Algerien, Belgien, den Nie-

derlanden, Ungarn, Rumänien, Polen, Lettland, Estland, Tschechien, der Slowakei, Russland, Ägypten, dem Jemen, den Arabischen Emiraten, dem Libanon, Palästina, den USA, Cuba, Kolumbien, Argentinien, Australien, Japan und Namibia kamen nach Berlin.

Noch ist Multiple Sklerose unheilbar. Doch im Bereich Therapie und Forschung ist aktuell viel in Bewegung. Orientierung und neue Erkenntnisse brachte die MS World Conference, zu der die DMSG anlässlich ihres 60-jährigen Bestehens als Interessenvertretung für Menschen mit MS und ihre Angehörigen renommierte MS-Experten aus aller Welt und Vertreter der MS-Gesellschaften an einen Tisch geholt hat. Neue Therapieformen, aussichtsreiche Forschungsansätze,

Strategien zum Behandlungsbeginn und innovative Konzepte der nationalen MS-Gesellschaften zur Unterstützung von MS-Erkrankten und ihren Angehörigen wurden im Rahmen des Weltkongresses präsentiert und in Workshops mit internationalen Referenten vertieft.

Längst kooperieren Forscher über Ländergrenzen hinweg und die Arbeit trägt Früchte. Im wissenschaftlichen Programm des Kongresses informierten hochkarätige internationale renommierte MS-Experten über Fortschritte und Ergebnisse der Immunmodulatorischen und Symptomatischen Therapie. Insgesamt 17 Referenten aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, der Schweiz, den Niederlanden und den USA gaben in Vorträgen und Workshops Einblicke in aktu-

elle Entwicklungen aus ihrem Fachgebiet. Diskutiert wurden unter anderem die Gegenwart und Zukunft von MS-Medikamenten, der Weg der Immunmodulation bei MS, die Rolle der monoklonalen Antikörper in der MS-Therapie und therapeutische Ausblicke zu Schutz und Reparatur. Der Tenor der Experten und der Ausblick in die Zukunft waren positiv: „Viel ist erreicht worden in den letzten Jahren, viel bleibt noch zu tun“, erklärte Prof. Dr. med. Alastair Compston, Universität Cambridge, Großbritannien, in seinem Leitvortrag „MS-Medikamente Gegenwart und Zukunft“.



Internationale Fachveranstaltung: Zum MS World Conference reisten 550 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus fast 40 Ländern nach Berlin. Foto: DMSG Bundesverband e. V.

In über 20 Workshops wurden zwei Tage lang die Lebenssituationen von MS-Erkrankten in aller Welt beleuchtet. Renommierte Experten aus Deutschland, den Niederlanden, den USA, Frankreich, der Schweiz und Großbritannien informierten über die Möglichkeiten zur Behandlung von MS-Symptomen, aber auch über die Wirkung von Sport bei MS und die Serviceangebote im Bereich Berufsberatung und Selbsthilfe. Programme zur Fortbildung und Einbindung von Familienmitgliedern waren ebenso Thema wie die Bedeutung von Palliativ-Versorgung. Aber auch innovative Projekte der nationalen MS-Gesellschaften zu Fundraising, Patientenberatung und

Interessenvertretung regten zum Erfahrungsaustausch an.

Einen inspirierenden Blick über den nationalen Tellerrand ermöglichte der europäische Ansatz zur Fortbildung von MS-Schwestern und -Pflegerinnen, der auch bei Gästen aus dem arabischen Raum auf großes Interesse stieß. Hunderte nutzten zwei Tage lang die Möglichkeit im Gespräch mit den Vertretern der MS-Gesellschaften aus Japan, Russland, Australien, den USA, Argentinien, Italien, Großbritannien, Irland, Belgien, Österreich, Schweden, Tschechien und Deutschland persönliche Kontakte zu knüpfen und Anregungen für eigene Aktivitäten mitzunehmen.

60 Jahre DMSG

Gemeinsam gegen MS: Nach dem Empfang im Roten Rathaus war für die internationalen Gäste der von TV-Journalist Ludger Abeln moderierte Jubiläums-Festakt am 5. Oktober mit dem interaktiven Konzertevent „Dirigieren und Führen“ unter der Leitung des international anerkannten Dirigenten Prof. Gernot Schulz ein weiterer Höhepunkt. Ein Rückblick auf 60 Jahre DMSG zeichnete den Werdegang der DMSG von einer Laienvereinigung zur modernen Patientenorganisation nach.

Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, Bundesverband e. V.

ACHTUNG

Für die Ausgabe 01/2014 des Parität Report ist **Redaktionsschluss** am

Montag, 10. Februar 2014

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge und Bilder in druckfähiger Größe (ab 1 MB, Einzeldatei) an presse@paritaetischer.de

Start des neuen landesweiten Netzwerks „Aids, Kinder und Familie“

Hilfe zur Selbsthilfe: Niedersächsische AIDS-Hilfe bietet neues Projekt

Seit September 2013 baut die Landeskoordinatorin des Projektes „Aids, Kinder und Familie“, Ingrid Mumm, zusammen mit der Niedersächsischen AIDS-Hilfe Landesverband e.V. (NAH) ein landesweites Netzwerk aus Institutionen auf, um eine optimale Betreuung und Unterstützung von Familien mit HIV zu gewährleisten. Das Projekt soll Hilfe zur Selbsthilfe leisten um nicht nur Kindern, sondern auch Jugendlichen Selbstwertgefühl und Eigenverantwortung zu ermöglichen. Viele betroffene Familien benötigen neben der medizinischen Versorgung weitere unterstützende Hilfe im psychosozialen Bereich, um die vielfältigen Probleme, die eine HIV-Infektion mit sich bringt, zu bewältigen. Auch nach 30 Jahren intensiver Aufklärungsarbeit ist es noch immer nicht gelungen, Vorurteile bezüglich der Übertragungswege in der Gesellschaft abzubauen. Deswegen sehen sich HIV-Infizierte oder Verwandte von Infizierten oftmals mit sozialer Ausgrenzung konfrontiert.

Aus diesem Grunde soll die öffentliche Aufmerksamkeit auf Diskriminierung und Integration von betroffenen Familien gelenkt werden, damit vor allem den Kindern mit mehr Toleranz begegnet wird und sie frei von Vorurteilen aufwachsen können. Um gesammel-

te Erfahrungen zu bündeln und eine optimale Unterstützung der von HIV-betroffenen Familien zu ermöglichen, baut die Niedersächsische AIDS-Hilfe ein landes-



weites kompetentes Netzwerk für Personen und Institutionen auf, die mit den Zielgruppen in Berührung kommen und eine Anlaufstelle suchen. Dabei werden die Kontakte zu regionalen Aids-hilfen, medizinischem Fachpersonal und Einrichtungen aus dem Jugendbereich als Fundament einer

ziel- und lösungsorientierten Arbeit dienen. Ein Angebot an Beratung und Informationsveranstaltungen für Multiplikatoren (z.B. ErzieherInnen) soll helfen, die Probleme in der Fläche zu bewältigen.

Die Landeskoordinatorin des Projektes, Ingrid Mumm, äußert sich voller Optimismus: „Zu meiner großen Freude ist es endlich gelungen, mit einer Fördersumme der AOK Niedersachsen mit der Arbeit für das Netzwerk zu beginnen. Mir ist es besonders wichtig, betroffenen Familien, die in ländlichen Gebieten leben, Hilfsangebote zugänglich zu machen, die in der Großstadt selbstverständlich sind. Wir wollen perspektivisch Freizeitangebote für die betroffenen Kinder und Jugendlichen planen und durchführen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, für kurze Zeit ihre Sorgen und Nöte zu vergessen.“

Für weitere Informationen und Kontaktaufnahme ist Ingrid Mumm, Landeskoordination des Netzwerkes „Aids, Kinder und Familie“, telefonisch unter den Rufnummern 05 11 / 306 87 87 sowie mobil 0176 / 50 94 16 21 oder per E-Mail an mumm@niedersachsen.aidshilfe.de erreichbar.

*Imke Schmieta
Niedersächsische AIDS-Hilfe
Landesverband e.V. (NAH)*

„Leitfaden: Interkulturelle Öffnung“

Neue Broschüre des Fachbereiches Migration und Integration

In Zusammenarbeit mit Vertreter/innen des Fachbereiches Migration und Integration und in Absprache mit anderen Fachbereichen (z.B. Pflege, Behindertenhilfe, Frauen und Familie) wurde im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. ein Leitfaden zur Interkulturellen Öffnung entwickelt. Wir wollen damit unsere Mitgliedsorganisationen bei der Weiterentwicklung ihrer fachlichen Arbeit unterstützen, was als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege und Dienstleister zu unseren wesentlichen Aufgaben gehört.

Im Paritätischen sind mittlerweile über 800 verbandliche Mitgliedsorganisationen zusammengeschlossen, die sich in den verschiedensten Bereichen der sozialen Arbeit um die Verbesserung der Lebenssituation der ihnen anvertrauten Menschen kümmern. Dazu gehören auch immer häufiger Menschen mit Migrationshintergrund, deren Bedürfnisse ernst genommen werden müssen. Gleichzeitig fehlen den Einrichtun-

gen vermehrt die Fachkräfte für ihre wichtige soziale Arbeit. Die interkulturelle Öffnung von Organisationen kann als Schlüssel verstanden werden, um Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt als potenzielle „Kunden“ anzusprechen und sie auch als Fachkräfte besser in die Einrichtungen der sozialen Arbeit zu integrieren.

Es ist uns wichtig, dass die bereits vorhandenen guten Ansätze unserer Mitgliedsorganisationen ausgebaut und der Prozess der interkulturellen Öffnung weiter fortgesetzt werden. Wir wollen deshalb mit der neuen Broschüre ermutigen, werben und sensibilisieren – für die interkulturelle Offenheit unserer Mitgliedsorganisationen und ihrer Einrichtungen, Dienste und Angebote.

Inhaltlich geht es in dem Leitfaden darum, Begrifflichkeiten, Ziele und Inhalte interkultureller Öffnung zu definieren. Darüber hinaus werden Organisationsentwicklung, Per-

sonalentwicklung und Qualitätsmanagement als Instrumente interkultureller Öffnungsprozesse dargestellt. Die verschiedenen Aspekte und Indikatoren werden zunächst ausführlich im Text beschrieben und dann – zur schnellen Orientierung und einfachen Handhabung – im Anhang noch mal überblicksartig zusammengefasst. Wir freuen uns, wenn der Leitfaden als praktische Hilfe für die interkulturelle Weiterentwicklung unserer Mitgliedsorganisationen nützlich ist.

Alle Mitgliedsorganisationen und Kreisverbände haben in den letzten Wochen den Leitfaden per Post erhalten. Zusätzlich kann dieser unter 0511 / 52 486 347 telefonisch bestellt oder im Internet heruntergeladen werden: <http://www.paritaetischer.de/landesverband/top/aktuelles/publikation/Publikation008.html>

*Regina Krome
Fachreferentin Migration und Integration*

Polnische Führungskräfte besuchen Niedersachsen

Austausch auf den Gebieten der Behinderten- und der Seniorenarbeit

EUROSOZIAL e.V., der Paritätische Verein für deutsch-polnische und europäische Zusammenarbeit, hat in den Monaten Oktober und November 2013 in Niedersachsen zwei Studienaufenthalte für Führungskräfte aus der polnischen Sozialverwaltung und polnischen sozialen Nichtregierungsorganisationen

organisiert. Im Fokus beider Besuche stand die Zusammenarbeit zwischen staatlichen beziehungsweise kommunalen Organisationen und der freien Wohlfahrtspflege bei der Erbringung sozialer Dienste.

Im Oktober kam zunächst eine Studiendelegation aus dem Arbeitsge-

biet der Behindertenhilfe nach Niedersachsen. Der Besuch fand im Rahmen des Projekts „Aufbau und Entwicklung von Dienstleistungsstandards der Sozialen Hilfe und Integration“ der Arbeitsgemeinschaft der Verbände Sozialer Organisationen e.V. WRZOS (Partnerverband des Paritätischen in Polen) statt.



Die Studiengruppe des Instituts der Entwicklung Sozialer Dienste aus Warschau besucht den Eilenriedestift.

Die zwölf Teilnehmer/-innen interessierten sich insbesondere für Organisation, Finanzierung, Management und Kooperation zwischen den freigemeinnützigen Trägern und den öffentlichen Institutionen sowie für die ggf. existierenden gesetzlichen, vertraglichen und sich aus der Praxis ergebenden Standards der Dienste für Menschen mit Behinderungen.

Die Delegation wurde am 22. Oktober 2013 von Birgit Eckhardt vom Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. begrüßt. Im Rahmen eines dreitägigen Programms wurden Fachgespräche absolviert, so zum Beispiel mit Erwin Drefs, Fachberater Behindertenhilfe und Eduard Schellenberg, Fachberater Eingliederungshilfe des Paritätischen Niedersachsen sowie mit Vera Neugebauer, Geschäftsführerin der Hannoverschen Werkstätten gGmbH. Als Beispiele für Best Practices wurden der Sprachheilkindergarten „Lummerland“ der Lebenshilfe Goslar in Bad Harzburg, die Hannoverschen Werkstätten sowie die Integrationsbetriebe des Deutschen Roten Kreuzes in Wolfenbüttel besichtigt.

Den Abschluss des Programms bildeten eine Diskussion mit Karl Finke, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen des Landes Niedersachsen, zum Thema „Herausforderung der Inklusion“ sowie ein intensives Fachgespräch mit Astrid Fennen und Gerhard Masurek, Referatsleiter im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration.

Eine zweite, 32-köpfige Studiengruppe reiste im Rahmen des Projekts „Koordination für aktive Integration“ des staatlichen Instituts der Entwicklung Sozialer Dienste IRSS aus Warschau nach Niedersachsen und absolvierte hier vom 4. bis 7. November 2013 einen Fachaufenthalt zur Altenhilfe und Seniorenarbeit. Auf dem Programm standen Vorträge, Fachgespräche und Diskussionen, u.a. mit Günter Famulla, Ehrenvorsitzender des Paritätischen Niedersachsen und Vorsitzender des Eilenriedestift e.V., Barbara Heidrich, Abteilungsleiterin des Paritätischen Niedersachsen, Susanne Hartsuiker, Direktorin des Eilenriedestift, Hans Golmann, Geschäftsführer des am-

bet e.V. in Braunschweig, Gregor Kaluza von der Wohnungsgenossenschaft Wiederaufbau sowie Rita Hagemann, Leiterin der Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich Hannover. Für zwei ganztägige Praxisbesuche stellten sich der Eilenriedestift in Hannover und ambet e.V. in Braunschweig mit verschiedenen Einrichtungen und Arbeitsbereichen zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund der geplanten Reform der Sozialhilfe und sozialer Dienste in Polen ist das Interesse, deutsche Lösungen kennenzulernen und zu diskutieren, in Polen derzeit besonders hoch. EUROSOSZIAL e.V. hat im Zeitraum Mai bis November 2013 insgesamt sechs verschiedene Studiendelegationen bzw. -gruppen aus Polen empfangen: zwei in Niedersachsen, zwei in Berlin, je eine in Brandenburg und in Thüringen in Kooperation mit Paritätischen Landesverbänden und dem Berliner Verband der Volkssolidarität. Alle Besuche werden aus in Polen beantragten Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Krzysztof Balon
EUROSOSZIAL e.V.

Lebendige Suchtprävention auf besondere Art

Planspiel Cannabis: ganz nah dran an der Realität

Das Planspiel Cannabis der Braunschweiger Jugend- und Drogenberatungsstelle DROBS verdeutlicht auf besonders lebendige und realitätsnahe Weise die Gefahren beim Konsum von Cannabis. Es soll Jugendliche zur kritischen Auseinandersetzung mit der Droge anregen. Im Rahmen des Projekts schlüpfen die Schülerinnen und Schüler für einen Tag in die Rolle von „Jessika“, „Kemal“ oder „Kevin“. Die drei Figuren sind fiktive Jugendliche mit unterschiedlichen Lebensgeschichten. Die Schülerinnen und Schüler erleben, mit welchen Problemen die Betroffenen zu kämpfen haben und welche Konsequenzen bei Cannabiskonsum oder -besitz drohen. Dabei werden auch – ganz real – verschiedene Institutionen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufgesucht.

Wie genau das alles funktioniert, konnten jetzt die Schülerinnen und Schüler einer neunten Klasse des Braunschweiger Wilhelm Gymnasiums hautnah erleben. Aufgeteilt in drei Gruppen erfuhren die Jugendlichen, was ihnen – hineinversetzt in die jeweiligen fiktiven Personen – passieren kann, wie sie sich fühlen, welche Probleme auf sie zukommen. Da ist beispielsweise die Figur des 17-jährigen Kevin zu spielen: Er ist cannabissüchtig, eine Vorladung bei der Polizei wartet bereits auf ihn. Kevin wird polizeilich vernommen und, da er in der Vergangenheit bei einer Polizeikontrolle mit seinem Roller beim Fahren unter Drogeneinfluss erwischt wurde, bleibt ihm der Gang zur Medizinisch Psychologi-



Realitätsnah: Im Rahmen des Planspiels erfahren die Jugendlichen unter anderem, wie sich eine Vorladung bei der Polizei anfühlen könnte.

sche Untersuchung (MPU) nicht erspart. Auf Anraten eines Freundes wendet er sich an die Drogenberatung für Jugendliche CLEAR.

Auch auf die Gruppe „Jessika“ warten eine Menge Probleme. Sie müssen sich hineinversetzen in das Leben eines 15-jährigen Mädchens, das vermutet, schwanger zu sein und sich möglicherweise mit Aids infiziert hat. Auf einer Party hat sie zusammen mit Freunden Cannabis konsumiert und wurde prompt erwischt. Hilfe von ihren Eltern kann Jessika nicht erwarten, denn das Verhältnis ist problembehaftet. Die Gruppe Jessika muss an diesem Tag einiges bewältigen: Sie hat einen Termin bei der Jugend- bzw. Erziehungsberatung bib sowie ein Beratungsgespräch bei pro familia im Gesundheitsamt. Und aufgrund des Cannabis-Konsums muss auch Jessika bei der Polizei vorstellig werden. Die drei Schülerinnen Elisa-

beth, Anna und Felicia aus Gruppe „Jessika“ haben eine Menge gelernt. „Wenn man den Prozess selbst einmal durchläuft, dann sieht, beurteilt und fühlt man ganz anders“, so die Meinung der Mädchen. Drogen zu nehmen fanden sie schon immer blöd, aber jetzt ist die Abneigung noch größer. Umso mehr beeindruckt hat sie die Erkenntnis, dass bereits der einmalige Konsum von Cannabis für eine strafrechtliche Verfolgung ausreicht.

Der fiktiven Person Kemal erging es nicht besser. Er wurde wegen Drogenmissbrauchs bei der Polizei vorgeladen und verhört. Bei der Jugendgerichtshilfe holte sich Kemal Hilfe und notwendige Informationen. Letztendlich wird er vom Amtsgericht zu Sozialstunden verurteilt. Die beiden 14-jährigen Schüler David und Ali schlüpfen in die Rolle Kemal. „Wenn man das alles so erlebt, wird einem

bewusst, wie schnell man Probleme bekommen kann“, meinte David und auch Ali war beeindruckt: „Man lernt, wie viele Strafen es gibt und wie schlecht man sich fühlen kann. Das bringt einen schon ins Grübeln und Nachdenken.“

Lehrreich war der Tag für alle Beteiligten. „Wir haben eine Menge gelernt. Und die vielen Folgen, die das Handeln von Jesika, Kemal und Kevin hat, wurden uns erst jetzt richtig klar und bewusst“, war die einhellige Mei-

nung der Schülerinnen und Schüler.

Anke Meyer

Gemeinnützige Gesellschaft
für Paritätische Sozialarbeit
Braunschweig mbH

„Unternehmen Gesundheit“

Gesundheitsmanagement in den Hannoverschen Werkstätten gem. GmbH

Die Arbeitsbedingungen im Sozialwesen sind häufig geprägt von einer hohen körperlichen und psychischen Belastung. Dies zeigen auch die von den Krankenkassen erhobenen Arbeitsunfähigkeitszeiten der Branche. Aus diesem Grund hat die paritätische Mitgliedsorganisation Hannoversche Werkstätten gem. GmbH bereits 2011 ein betriebliches Gesundheitsmanagement für ihre rund 210 Angestellten eingeführt.

Die Hannoverschen Werkstätten schaffen für rund 1000 Menschen mit Behinderungen Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsleben. Diese Aufgabe bringt für die Fachkräfte oft körperlich einseitige Belastungen und enorme mentale Anforderungen mit sich, die sich auf die Gesundheit jedes Einzelnen unterschiedlich auswirken. Im Rahmen eines dreijährigen Projekts, das mit Mitteln aus dem Programm „rückenwind“ des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert wird, haben die Hannoverschen Werkstätten ein nachhaltig im Unternehmen verankertes Gesundheitsmanagement aufgebaut.

Wo zwickt's?

Mit fünf weiteren Werkstätten als Kooperationspartner hat sich die

Einrichtung bereits Ende 2010 auf den Weg gemacht, die Vision eines „Gesundheitshauses“ Wirklichkeit werden zu lassen. Im Mai 2011 fiel dann, nach Bewilligung der Fördermittel, der offizielle Startschuss. Zunächst mussten Strukturen geschaffen werden: Unter Beteiligung der Mitarbeiter entstanden eine Steuergruppe sowie mehrere Gesundheitszirkel. Die Analysephase begann mit Hilfe einer Mitarbeiterbefragung. Als Instrument diente hier das Betriebsbarometer der Berufsgenossenschaft der Werkstätten (bgw), das seither Grundlage für jede Maßnahmenentwicklung ist. Parallel wurden

weitere Unternehmensdaten zu einem ersten Gesundheitsbericht zusammengeführt.

Maßgeschneiderte Angebote

Seit Mai 2012 haben die Hannoverschen Werkstätten fast 40 Einzelmaßnahmen angeboten, von Ergonomie am Arbeitsplatz über Stressbewältigung, Supervision, Zeit- und Selbstmanagement, Burnout-Prävention, Entspannungsangebote bis zu eher „schwierigen Themen“ wie Teamtraining, Mitarbeitergesprächen und Konfliktmanagement. Mittlerweile haben fast 130 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen daran teilgenommen.



Gesund und lecker: Auch Ernährungsberatung war ein Thema des Fachtags.

Mit einem Fachtag für Personalentwicklung und Gesundheitsförderung wurde am 26.8.2013 noch einmal ein kräftiger Impuls gesetzt. Die Belegschaft wurde für die Teilnahme am Fachtag freigestellt. Von 8 bis 13:30 Uhr konnte in unterschiedlichste Themen „hinein geschnuppert“ werden. Die 21 Angebote umfassten Themen wie Ernährungsberatung, medizinische Gesundheitschecks, Stressbewäl-

tigungs-, Entspannungs- und Bewegungsangebote sowie Massagen, Burnout-Prävention und Diskussionen zum Thema psychische Belastungen am Arbeitsplatz.

Nachhaltigkeit ist das Ziel

Auch das Firmenfitnessangebot „Hansefit“ ist inzwischen an den Start gegangen. So soll gewährleistet werden, dass das Thema Gesundheit auch über den Förder-

zeitraum hinaus in Unternehmen und Alltag verankert bleibt. Die erst zögernde Resonanz der Mitarbeiter zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement ist inzwischen einer hohen Akzeptanz gewichen. Das Ziel eines stabilen „Gesundheitshauses“ ist in Sichtweite.

*Christine Herbrig
Hannoversche Werkstätten
gem. GmbH*

Blickpunkt Auge – Rat und Hilfe bei Sehverlust

Ein Angebot des Blinden- und Sehbehindertenverbands Niedersachsen e.V.

Lässt das Sehvermögen infolge einer ernsthaften Augenerkrankung spürbar nach, stehen Betroffene und ihre Angehörigen vor einer ganz neuen Lebenssituation. Meist suchen sie zuerst nach Informationen über ihre Augenerkrankung und Behandlungsmöglichkeiten. Daneben sind viele Fragen zum Le-

ben mit einer Sehbeeinträchtigung zu beantworten. Das Patientenangebot „Blickpunkt Auge“ des Blinden- und Sehbehindertenverbands Niedersachsen e.V. (BVN) informiert, berät und unterstützt Augenpatienten und ihre Angehörigen unabhängig und kostenfrei zu Themen wie:

- Grundlegende Fragen zu den häufigsten Augenerkrankungen
- Sehhilfen und andere Hilfsmittel
- Rechtliche und finanzielle Ansprüche
- Tipps und Tricks zur Alltagsbewältigung und Schulung in lebenspraktischen Fähigkeiten
- Unterricht zur sicheren Orientierung im Straßenverkehr
- Erhalt des Arbeitsplatzes oder beruflichen Neuorientierung



Von links: Angelika Ostrowski, Blickpunkt Auge – Rat und Hilfe bei Sehverlust, Koordination, Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV), Eberhard Lemke, Gründungsmitglied der AMD-Gruppe in Hannover, Brigitte Parpart, Leiterin der AMD-Gruppe in Hannover und Gerd Schwesig, Ansprechpartner im Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V. (BVN).

Wir ermöglichen zudem den Austausch mit Gleichbetroffenen und vermitteln bei Bedarf an Experten verschiedener Fachrichtungen. Unsere Berater und Leiter von Patiententreffs leben meist selbst mit einer Seheinschränkung. Ihnen muss man die eigene Situation nicht lange erklären. Sie helfen, neue Wege zu finden und Probleme anzugehen. Unsere Partner sind Augenärzte, spezialisierte Augenoptiker, Hilfsmittelanbieter, andere Fachkräfte rund ums Sehen, Selbsthilfeorganisationen, Behörden etc. Der BVN bereitet zuerst Gruppentreffs für Informationen und Erfahrungsaus-

tausch vor, eine anschließende individuelle Beratung ist möglich.

Eberhard Lemke, Gründungsmitglied der AMD (Altersbedingte Makula-Degeneration)-Gruppe in Hannover: „Die AMD-Erkrankung meiner Frau stellte uns plötzlich vor eine völlig neue Lebenssituation. Wir suchten nach Hilfsmöglichkeiten und fanden keine. Dadurch angetrieben und motiviert, kämpfte ich seit Jahren für ein solches Angebot in Hannover, um Menschen mit Augenerkrankungen zu unterstützen und ihnen bei der Bewältigung von z.B. Anträgen behilflich zu sein. Die Gründung einer Selbsthilfegruppe war mein Ziel, umso mehr freue ich mich, dass wir die-

ses heute erreicht haben und es im Rahmen des Blickpunkt Auge Projektes unter dem Dach des BVN ein neues zu Hause gefunden hat.“

Brigitte Parpart hat inzwischen die AMD-Gruppe von Herrn Lemke ehrenamtlich übernommen. Sie sieht ihre vordringlichsten Aufgaben darin, Menschen mit Augenerkrankungen zu informieren und zu helfen. Auch der Erfahrungsaustausch bei den regelmäßigen Treffen und das Weitergeben von z.B. Forschungsergebnissen hilft den Betroffenen, ihren Lebensalltag besser zu bewältigen. Gerd Schwesig, der zuständige Ansprechpartner für „Blickpunkt Auge“ beim BVN, begrüßt die Zusammenar-

beit für die vielen betroffenen Menschen, für die bisher ein passendes Forum gefehlt hat: „Blickpunkt Auge erreicht Menschen, die bisher nicht angesprochen wurden. Denn Augenpatienten fühlen sich nicht blind, sondern sie leiden unter ihrer Augenerkrankung, fühlen sich also krank und nicht behindert.“

Diplom-Sozialpädagogin Gerd Schwesig steht für weitere Informationen unter der Telefonnummer 05 11 / 5 10 42 26 oder per E-Mail an g.schwesig@blickpunkt-auge.de zur Verfügung.

Heike Gronau

Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V.

„Verantwortung habe ich mir immer gewünscht“

Lebenshilfe Braunschweig qualifiziert zum Helfer in Kindertageseinrichtungen

Kinder haben keine Vorurteile. Genau deshalb ist es so wichtig, dieses Motto schon im Kindergarten umzusetzen. Ihr Lachen, ihre Offenheit, ihre Spontaneität, ihre Betroffenheit sucht man bei Erwachsenen oft vergebens. Die Kinder von heute werden zu Arbeitgebern und Kollegen von morgen, also liegt hier der Grundstein für eine neue Arbeitswelt. „Wir haben sehr gute Erfahrungen mit unseren Alltagshelfern in Senioreneinrichtungen gemacht“, erklärt Michael Schumann, Leiter des Fachdienstes Betriebliche Integration der paritätischen Mitgliedsorganisation Lebenshilfe Braunschweig gemeinnützige GmbH. „Jetzt gehen wir, ebenso erfolgreich, einen neuen Weg: Wir qualifizieren geeignete Beschäftigte aus dem Berufsbildungsbereich oder dem

Arbeitsbereich der Werkstatt als Helfer für Kindertageseinrichtungen.“

„Ümmü erledigt ihre Aufgaben ganz toll. Und vor allem: Sie macht sich selbst Gedanken, was getan wer-

den muss“, lobt Andrea Voge, Leiterin des Braunschweiger Kindergartens Schatzkiste, die zierliche junge Frau. Mit einem schnellen Blick auf ihren persönlichen Stundenplan weiß Ümmü Elbier (20) sofort, was sie wann und wo zu tun hat. „Ich



Ulrike Bruschke (links) und Linda Koch bei der Arbeit im Kindergarten St. Bernward in Salzgitter-Thiede.

Foto: Elke Franzen

helfe beim Mittagessen, kümmer mich um den Geschirrspüler und vieles mehr“, berichtet die Praktikantin und ist gleich wieder unterwegs, um nach dem Frühstück die Tische fürs Spielen herzurichten. Hauswirtschaftliches Arbeiten hat die aufmerksame Helferin im Berufsbildungsbereich der Lebenshilfe Braunschweig erlernt, der Umgang mit Kindern ist neu. Auf die Frage, ob es ein gutes Gefühl sei, Verantwortung zu übernehmen, kommt erst ein breites Grinsen, dann ein wohlklingendes „Ja“: „Das habe ich erwartet, aber ich habe es mir auch immer gewünscht.“

„Im Kindergarten ist jeder Tag ein Abenteuer. Umso wichtiger ist es, bestimmte Fähigkeiten, die auch in einem hausinternen Bewerbungsverfahren überprüft werden, mitzubringen – ganz gleich, ob es sich um die Qualifizierung, ein Praktikum, einen ausgelagerten Arbeitsplatz oder gar ein festes Arbeitsverhältnis für Menschen mit Beeinträchtigung handelt“, erklärt Janet Grüning vom Fachdienst Betriebliche Integration. Wer gute Chancen auf die Ausbildung, das Abschlusszertifikat und vielleicht einen passenden Arbeitgeber haben wolle, sollte möglichst schon ein angemessenes Sozialverhalten vorweisen, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit sowie zeitliche und räumliche Orientie-

rung mitbringen, Hygieneregeln einhalten sowie öffentliche Verkehrsmittel benutzen können.

Ein Jahr dauert die Ausbildung mit theoretischen und praktischen Elementen, die durch den Fachdienst strukturiert und begleitet wird. Zu den Inhalten gehören:

- Hauswirtschaftliche Grundkenntnisse
- Arbeitssicherheit
- Erste Hilfe am Kind
- Kommunikation mit Kindern
- Hebe- und Tragetechniken
- Gesellschaftsspiele und Bücher
- Stressbewältigung
- Kreativität mit Kindern
- Verkehrsschulung
- Kochen und Backen für Kinder
- Märchen und Geschichten
- Trennung, Tod und Scheidung

Auf Kinder zuzugehen, eigene kleine und große Aufgaben zu übernehmen und mitten im Alltag eines Kindergartens zu sein, ist auch für Linda Koch eine neue Erfahrung. Vermittelt durch die Lebenshilfe Braunschweig arbeitet sie statt in der Nähwerkstatt im Kindergarten St. Bernward in Salzgitter-Thiede. Janet Grüning vom Fachdienst schaut auch hier regelmäßig vorbei, hört zu, was Linda und ihre Kolleginnen zu erzählen haben, und hilft, wenn es irgendwo hakt.

Voraussetzungen für den Wechsel war die Qualifizierung, aber auch die innere Bereitschaft, flexibel auf einem neuen Arbeitsplatz unterwegs zu sein. Ulrike Brusckke und Martina Filimonow vom Kindergarten schließen zum Beispiel Zielvereinbarungen mit Linda ab. Dazu gehört, schreiben zu lernen und selbstständig ein Projekt von der Planung bis zum Produkt mit den Kindern zu erarbeiten. „Jetzt finde ich heraus, wie es auf dem Freiheitsmarkt, dem allgemeinen Arbeitsmarkt, so ist“, lacht Linda Koch. „Ich habe mit den Kindern Herbstäpfel gebastelt und schon selbstständig Turnstunden im Bewegungsraum angeboten.“

Ihre Ansprechpartnerinnen im Kindergarten merken, wenn Linda irritiert oder gar frustriert ist und mal kurz einen Schutzraum benötigt, damit es im Team zu keinen Störungen kommt. „Linda braucht gewisse Strukturen, nimmt Verantwortung aber sehr ernst, manchmal auch ernster als andere im Team“, erklärt Ulrike Brusckke. „Zugleich gibt es keinen Wattedausch und keine besonderen Ausnahmen für Linda. Wichtig ist Respekt und Akzeptanz auf beiden Seiten.“

*Elke Franzen
Lebenshilfe Braunschweig
gemeinnützige GmbH*

Die Stärke des Einzelnen in der Vielfalt der Unterschiedlichkeit

Lebenshilfe Hannover präsentiert Aktionsplan Inklusion und Teilhabe

Die Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung gGmbH Hannover hat am 28.10.2013 ihren Aktionsplan 2013 – 2018 zur Umset-

zung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vor mehr als 100 Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft

und der Behindertenhilfe vorgestellt. Der Aktionsplan enthält zwei Fassungen: eine in der Alltagssprache und eine in Leichter Sprache.

Christine Lenssen, Geschäftsführerin der Lebenshilfe Hannover, präsentierte das zukunftsweisende Schriftstück mit den Worten: „Wir wollen mit dem Aktionsplan einen Beitrag dazu leisten, die Stärken des Einzelnen in der Vielfalt der Unterschiedlichkeit zu würdigen. Er ist ein Beitrag für das inklusive Hannover und enthält konkrete Aktionen und Maßnahmen, die wir bis zum Jahr 2018 umsetzen wollen.“ Zur Umsetzung des Aktionsplans seien externe Partner wichtig. Um dies zu unterstreichen, behandelt eines der sechs Handlungsfelder den Themenkomplex Vernetzung und Kooperation. Michael Heueck, einer der Bewohnervertreter der Lebenshilfe, der mit anderen Menschen mit Behinderungen an der Entstehung des Aktionsplans aktiv beteiligt war, erklärt, warum das so ist: „Gemeinsam geht alles viel einfacher.“

Nach Ansicht von Karl Finke, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen des Landes Niedersachsen, ist es besonders begrüßenswert, dass der Aktionsplan mit den Handlungsfeldern Selbstbestimmung



Die Lebenshilfe Hannover hat ihren Aktionsplan vorgestellt, der „die Stärken des Einzelnen in der Vielfalt der Unterschiedlichkeit würdigen“ soll.

und Partizipation Schwerpunkte setzt. Bernd Strauch, Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, hob in seinem Grußwort lobend hervor, dass der Aktionsplan der Lebenshilfe einen wichtigen Beitrag dafür leiste, die Vielfalt der Menschen in der Stadt Hannover zu erkennen und anzuerkennen. Die Lebenshilfe Hannover ist eine der ersten Einrichtungen der Behindertenhilfe, die sich mit einem Aktionsplan „auf den Weg“ macht. Sie wurde bei der Erstellung vom Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft begleitet, das auch bei der Umsetzung dabei sein wird.

Der Aktionsplan steht ab sofort auf der Website der Lebenshilfe Hannover unter der Adresse www.lebenshilfe-hannover.de zum Download bereit. Die Druckfassung kann kostenlos bestellt werden unter: E-Mail an info@lebenshilfe-hannover.de, per Telefon 05 11 / 9 35 90-0 oder per Post an Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung gGmbH, Büttnerstraße 8, 30165 Hannover.

Angelika Schwager
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung gGmbH

Größter Interessenverband der Rentner, Sozialversicherten, behinderten Menschen

- Rat
- Hilfe
- Rechtsschutz

für Mitglieder in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



www.endlichhandeln.de

Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V.
Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg
Telefon: 0441-210290, Telefax: 0441-2102910
eMail: niedersachsen-bremen@vdk.de

www.vdk.de/niedersachsen-bremen

pro familia setzt mit anderen Organisationen ein Zeichen Gründung des Netzwerks „Sexualität in der Altenpflege“ in Niedersachsen

„Heimlich, still und leise?“ lautete der Titel, doch die Referentinnen sprachen öffentlich und laut: Rund 100 Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedensten Bereichen der Altenpflege und -hilfe waren der Einladung des pro familia Landesverbands Niedersachsen e.V. und der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin (LVG&AFS) Niedersachsen zur Fachtagung „Sexualität in der Altenpflege“ am 16. September 2013 nach Hannover gefolgt, um die Vorträge der Referentinnen zu verfolgen und mit ihnen Ideen und Strategien für einen professionellen Umgang in der Praxis zu diskutieren.



Prof. Dr. Annelie Keil referierte über wichtige und sensible Aspekte von Sexualität in der Altenpflege.

Wie in den beiden Jahren zuvor konnten auch dieses Mal wieder namhafte Persönlichkeiten, wie z.B. die Bremer Gesundheitswissenschaftlerin Prof. Dr. Annelie Keil, gewonnen werden, die über wichtige und sensible Aspekte von Sexualität in der Altenpflege referierten. Neben der Relevanz biografischen Wissens in der Pflege älterer Menschen und der Bedeutung von Scham und Beschämung rief insbesondere das Thema Sexualassistenz rege Diskussionen mit Publikumsbeteiligung hervor.

In zwei Projektarbeiten präsentierten die Auszubildenden der hannoverschen Altenpflegeschule mebino ihre eigene Auseinandersetzung mit Intimität und Sexualität im Pflegealltag. Vor allem das Konzept eines lustfreundlichen Altenheims bot dem Publikum viele Anlässe zum Schmunzeln, aber

auch einige Ideen zum ernsthaften Weiterdenken.

Aufgrund der Erfahrungen aus den vergangenen Tagungen stand in diesem Jahr eines von vornherein fest: Es sollte nicht bei der Theorie und gut gemeinten Vorsätzen bleiben. Im Fokus stand der nachhaltige Transfer in die Praxis durch die Gründung des Netzwerks „Sexualität in der Altenpflege“, wie es die stellvertretende Vorstandsvorsitzende von pro familia, Prof. Dr. Heike Fleßner aus Oldenburg, in ihrer Begrüßung ankündigte.

pro familia und LVG&AFS haben sich in Niedersachsen mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. und der Berufsfachschule Altenpflege mebino zusammengeschlossen, um als Trägerorganisationen dieses Netzwerk auf den Weg zu brin-

gen. Es will Erfahrungen, Wissen und Energien zusammenbringen, um zu einer Enttabuisierung von Sexualität in der Altenpflege beizutragen und die Berücksichtigung von Intimität und Sexualität als Qualitätsmerkmal in der Pflege zu etablieren. Auf der Grundlage des Rechts auf eine selbstbestimmte Sexualität soll auf diese Weise eine Verbesserung der Lebens- und Pflegesituation älterer Menschen erreicht werden. Viele Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer unterstützten dieses Vorhaben, erklärten sich an einer Zusammenarbeit interessiert und konkretisierten Pläne für ein erstes Treffen. Mit diesem positiven und in die Praxis weisenden Ergebnis endete die Tagung.

Silke Wendland
pro familia Landesverband
Niedersachsen e.V.



Bank
für Sozialwirtschaft



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Fundraising. Generieren Sie Spenden im Internet mit unserem BFS-Net.Tool XXL. Automatisieren Sie Ihre Spendenströme direkt auf Ihr Konto. Sie brauchen keine Programme zu installieren oder Ihre Homepage umzubauen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

Und dieses Jahr legen wir sogar noch einen drauf.
Der Jubiläums-Bonus der BFS zum 90-jährigen Geburtstag.



www.sozialbank.de

Geschäftsstelle Hannover, Podbielskistraße 166, 30177 Hannover
bfshannover@sozialbank.de

BAOBAB: Beratung auf Augenhöhe

Niedersächsische AIDS-Hilfe baut HIV – Netzwerk für Migrant/-innen auf

Seit Jahren gehört es in den niedersächsischen Aidshilfen zum Beratungsalltag, dass ca. 20% ihrer Klientel, die Hilfe und Unterstützung suchen, einen Migrationshintergrund haben. Diese Migranten und Migrantinnen, insbesondere aus Afrika, haben einen dringenden Bedarf an Informationen zu ihrer Gesundheit. Vor allem bei der Aufklärung über HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen besteht ein ebenso großer Mangel als auch ein hohes Interesse daran.

Zwar existieren zahlreiche kleine afrikanische Selbsthilfeorganisationen, diese weisen jedoch kein Angebot zu den tabubehafteten Themen HIV/AIDS und Prävention auf. Ein landesweit funktionierendes Beratungsangebot, das bezogen auf das Thema sexuelle Gesundheit zwischen der Schnittstelle des Aidshilfesystems und der Community von Migrant/-innen verbindet, gab es bislang nicht. Um genau diese Beratungs- und Informationslücke zu schließen und das entsprechende Wissen zu vermitteln, hat die Niedersächsische AIDS-Hilfe Landesverband e.V. (NAH) nun das Beratungsnetzwerk „BAOBAB“ ins Leben gerufen, das unter anderem vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. gefördert wird.

„Der Begriff ‚BAOBAB‘ bedeutet so viel wie ‚zusammen sein‘. Die Menschen, die wir mit diesem Projekt ansprechen wollen, verbinden damit das Bild eines riesigen Baumes, unter dem die Menschen im Freien zusammen sitzen und sich gemeinsam beraten. Ich finde, das

ist ein passendes Symbol für dieses wegweisende Projekt“ sagte Imke Schmieta, Geschäftsführerin der Niedersächsischen AIDS-Hilfe, anlässlich des Projektstarts am 07.10.2013. „Vertraulich, verlässlich, kompetent“, das sind die Grundsätze, die sich die Aidshilfe nach 30 Jahren Engagement in Deutschland erarbeitet hat. „Nun fangen wir wieder ganz neu an, uns dieses Vertrauen, diese Verlässlichkeit und diese Kompetenz auch unter den Migranten und Migrantinnen zu verdienen“, sagte Imke Schmieta. Das Projekt BAOBAB eröffne nun den Kontakt und die Kommunikation mit dieser neuen Gruppe an Menschen, die Beratung suchen.

„Das Besondere an dem Projekt ‚BAOBAB‘ ist der Ansatz der Transkulturalität und dem Anspruch ‚aus der Community für die Community‘ zu arbeiten“, ergänzte Kass Kasadi, Landeskoordinator des neuen Projekts: „Die Vermeidung von Neuinfektion unter Migranten und Migrantinnen als Gemeinschaftsaufgabe ist eine neue Herausforderung, der wir uns gern stellen.“

„BAOBAB“ richtet sich vor allem an Menschen aus der Region südlich der Sahara. Gearbeitet wird nach dem „Peer-to-peer“-Ansatz, das Projekt soll demnach von Menschen aus der Community für Menschen aus der Community, also „unter Gleichen“ und „auf Augenhöhe“ umgesetzt werden. So soll nicht nur dem massiven Bedarf nach sachkundiger

und muttersprachlicher Beratung bezüglich HIV/AIDS in der afrikanischen Community nachgekommen werden. Auch die große Nachfrage seitens der im HIV-Bereich tätigen Behandler/-innen und Berater/-innen nach kompetenten Vermittler/-innen bei sprachlichen und kulturellen Kommunikationsschwierigkeiten soll mit dem Projekt bedient werden. „BAOBAB“ ist zunächst auf zwei Jahre angelegt, soll aber in ein dauerhaftes Angebot der Niedersächsischen Aids-Hilfe übergehen.

Für weitere Informationen ist Kass Kasadi, Landeskoordinator für Migration und transkulturelle Beratung per Telefon unter 05 11 / 3 06 87 87 sowie per E-Mail an kasadi@niedersachsen.aidshilfe.de erreichbar.

Anika Falke

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Der Paritätische Medien-Service (PMS)

immer aktuell im Internet:

Rubrik Presse auf

www.paritaetischer.de

oder im E-Mail-Abo –

schreiben Sie an

presse@paritaetischer.de

Neuer Abteilungsleiter und neue Fachberaterin beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Vorstellung des Abteilungsleiters Personal

Seit dem 01. Dezember 2013 ist Holger Büttner Leiter der Abteilung Personal beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. Er tritt damit eine vom Verbandsrat beschlossene neue Stelle an und wird zuständig für den weiteren Auf- und Ausbau moderner personalwirtschaftlicher Strukturen sein.

Holger Büttner ist 53 Jahre alt, verheiratet und Vater einer siebzehnjährigen Tochter. Der gebürtige Braunschweiger schloss das Studium der Betriebswirtschaft an der Universität Göttingen im Herbst 1987 ab. Seine berufliche Laufbahn begann er als Personalreferent bei einem mittelständischen Hersteller von Fahrrädern und Zulieferer der Automobilindustrie. Es folgte eine Tätigkeit als Personalleiter bei einem renommierten hannoverschen Hersteller von Sicherheitstechnik, bevor er für 16 Jahre in die Logistik wechselte, wo er die Standorte Lehrte bei Hannover und Hamburg betreute.

Holger Büttner ist, in enger Zusammenarbeit mit dem Vorstand, zuständig für das gesamte Spektrum der operativen und strategischen Personalarbeit. Gemeinsam mit dem vorhandenen Team übernimmt er die



Holger Büttner.



Kathrin Wagner.

laufende Personalbetreuung und die Berufsausbildung. Die Zuständigkeit umfasst auch die Mitarbeiterbindung und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat sowie die Begleitung aller personalrelevanten und arbeitsrechtlichen Maßnahmen in den Bereichen des individuellen und kollektiven Arbeitsrechts.

Die Beratung und Unterstützung der Führungskräfte und der örtlichen Geschäftsführer sowie die Themenbereiche Personalplanung und -controlling und Personalentwicklung und Nachfolgeplanung runden das Aufgabengebiet ab.

Holger Büttner ist erreichbar unter Tel.: 05 11 / 5 24 86-327 oder per E-Mail an holger.buettner@paritaetischer.de.

Vorstellung der Fachberaterin Erziehungshilfe und Schullandheime

Seit dem 16. September 2013 ist Kathrin Wagner die neue Fachberaterin der Fachbereiche Erziehungshilfe und Schullandheime. Sie tritt damit die Nachfolge von Karsten Schubert an.

Kathrin Wagner ist 32 Jahre alt und lebt in Hannover. Die diplomierte Sozialpädagogin war bereits in unterschiedlichen Bereichen der Sozialarbeit tätig. Zuletzt war sie fünf Jahre im Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes Hamburg-Mitte beschäftigt.

Als Fachberaterin für Erziehungshilfen und Schullandheime organisiert Kathrin Wagner Fachbereichsversammlungen und Fachveranstaltungen. Sie ist allgemein für die Unterstützung und Beratung der Mitglieder der beiden Fachbereiche zuständig.

Kathrin Wagner ist erreichbar unter Tel.: 05 11 / 5 24 86-387 sowie per E-Mail an kathrin.wagner@paritaetischer.de.

Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt

Willkommen im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat auf

seiner Vorstandssitzung am 2. September 2013 die Aufnahme neuer

Mitgliedsorganisationen beschlossen. Die jüngsten Mitglieder des Pa-

ritätischen Niedersachsen möchten wir Ihnen an dieser Stelle kurz vorstellen. Weiterführende Informationen und Links über unsere Mitgliedsorganisationen sowie Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme finden Sie auf unserer Homepage www.paritaetischer.de, Rubrik „Mitglieder“.

KJSH – Verein für Kinder-, Jugend- und Soziale Hilfen e. V., Hamburg

Der KJSH e. V. verfügt über eine nunmehr 30-jährige Entwicklungsgeschichte. Mit seinem Geschäftssitz in Hamburg besteht er aus den drei Betriebsteilen: SPECTRUM für Soziale Hilfen in Hamburg, Auf Achse in Köln und SHBB Soziale Hilfen in Berlin-Brandenburg. Diese vernetzten, aber weitgehend autonom arbeitenden Hilfeinrichtungen orientieren sich an den Bedarfen der Region. Durch das gemeinsame Dach des Vereins gibt es einen ständigen Wissensaustausch und ein gemeinsames Qualitätsmanagement. Der KJSH e. V. bietet ein breites Spektrum an Hilfeangeboten. Dazu gehören Familienanaloge Wohngruppen, Wechseldienstgruppen, Pflege- bzw. Erziehungsstellen, Mutter-Kind-Einrichtungen, Inobhutnahmestellen, Krisenwohngruppen, Mutter-Kind-Zentren, Betreutes Wohnen, Sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehungsbeistandschaft, Soziale Gruppenarbeit, Frühförderprogramme, Unterstützung und Betreuung von Erwachsenen und Kindern mit Behinderungen und eine Kindertagesstätte, die sich in Hamburg im Aufbau befindet. Stationäre Wohngruppen sind ein Kernbereich der pädagogischen Angebote. Die Mehrzahl sind familienanaloge Wohngruppen oder Lebensgemeinschaften, aber auch

Wohngruppen im Wechseldienst. In diesen werden lang- oder kurzfristige passgenaue familienersetzende oder -ergänzende Unterbringungsmöglichkeiten angeboten. Kernpunkt der ambulanten flexiblen Hilfen ist die Schaffung sozialer Netzwerke im Lebensumfeld der Betreuten und die Stärkung der hier angesiedelten förderlichen Ressourcen. Als Unterbringungsmöglichkeit für Jugendliche und junge Volljährige werden trägereigene Wohnungen vorgehalten. Die Eltern-Kind-Zentren verstehen sich als Ort der Begegnung für Kinder und ihre Familien. Sie nehmen die ganze Familie in den Blick und stärken Kinder und Eltern gleichermaßen und umfassend. Im Frühförderprogramm wird Eltern beispielhaft mit Unterstützung einfacher Materialien gezeigt, wie sie ihr Kind in seiner Entwicklung am besten fördern können. In der Kindertagesstätte bildet die Arbeitsgrundlage das Verständnis davon, dass Kinder von Anfang an eigene Rechte haben und die für ihre Entwicklung und Entfaltung notwendigen Schritte selbstständig durch eigene Aktivität vollziehen. Erwachsene sind dafür verantwortlich, Kinder durch verlässliche Beziehungen und durch ein anregungsreiches Umfeld in diesem Streben zu unterstützen.

Schulküche Esskultur e. V., Oldenburg

Der Schulküchenverein Esskultur e. V. an der Freien Waldorfschule Oldenburg wurde am 01.01.2013 gegründet und ging aus einer Eltern-Initiative hervor: Als sich Ende des Jahres 2012 niemand fand, der den Betrieb der Schulküche weiter führte, entschlossen sich kurzfristig sieben Gründungsmit-

glieder der Initiative (deren eigene Kinder zum größten Teil selbst die Freie Waldorfschule besuchen), den Schulküchenverein zu gründen. Es liegt den Gründungsmitgliedern am Herzen, jeden Tag frisch zu kochen. Der Verein verwendet zu 100 % biologische Zutaten und kocht ausschließlich vegetarisch. Das Ziel ist es, die Schulgemeinschaft, in erster Linie die Schüler, mit einem gesunden Mittagessen zu versorgen. Für die Zukunft soll jeder Schüler hier, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, ein Mittagessen bekommen, denn den Anspruch auf dieses Recht hat jedes Kind. Die vertraglichen Voraussetzungen (Bildung und Teilhabe, hier: Mittagstisch) wurden bereits durch den Verein erfüllt. Nun sind die Mitglieder des Vereins dabei, einen Fonds zu gründen, um alle Schüler zu speisen. Für diese Tätigkeit hat der Schulküchenverein eine Sozialbeauftragte aufgestellt, die sich um diese speziellen sozialen Belange kümmert. Bei der weiteren Entwicklung des Vereins steht die Verbraucherzentrale Niedersachsen dem Verein zur Seite (derzeit nimmt der Verein an dem Projekt „Schule auf Esskurs“ teil.) Ferner wird der Verein auch durch die Coaching-Agentur Esscooltur unterstützt. Schwerpunkt hierbei ist es, die betriebliche Ablauforganisation zu optimieren.

95 Millionen Portionen

Paritätischer Niedersachsen feiert 50 Jahre „Essen auf Rädern“

Mit rund 100 Gästen, darunter zahlreiche Vertreter/-innen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung, hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. am 4.9.2013 in Hannover den 50. Geburtstag seiner Mahlzeitendienste „Essen auf Rädern“ gefeiert. „Seit der Gründung der Dienste 1963 hat sich das Angebot zu einem unverzichtbaren Bestandteil der täglichen Versorgungskette vieler älterer Menschen entwickelt, die gerne so lange wie möglich zu Hause wohnen bleiben möchten“, sagte Christian Boenisch, Vorsitzender des Paritätischen Niedersachsen, zur Eröffnung der Jubiläumsfeier.

Die niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt hob in ihrem Grußwort die Bedeutung der Paritätischen Mahlzeitendienste für die Versorgung vor allem der ländlichen Gebiete Niedersachsens hervor, die von gewerblichen Anbietern aus vorwiegend wirtschaftlichen Gründen wenig bis gar nicht bedient werden. Wohlfahrtsverbände wie der Paritätische würden die älteren Menschen im ländlichen Bereich nicht nur mit Essen und anderen sozialen Diensten beliefern, sondern ihnen darüber hinaus auch Zuwendung und soziale Kontakte bieten. Erhard Markutzik, seit zehn Jahren Kunde des Mahlzeitendienstes „Essen auf Rädern“ in Salzgitter, bestätigte dieses wichtige Element der Daseinsvorsorge seitens des Paritätischen: „Täglich bringt mir eine junge Dame mein Essen, dabei unterhalten wir uns immer sehr nett. Ich freue mich jeden Tag auf diese freundliche Art der Bedienung.“

Landrat Franz Einhaus, Vorsitzender des Jugend- und Sozialausschusses des Niedersächsischen Landkreistages, hielt ein Referat zum Thema „Demografische Entwicklung im



Von links: Niedersachsens Sozialministerin Cornelia Rundt, der Vorstand des Paritätischen Niedersachsen Christian Boenisch und Birgit Eckhardt sowie Ehrenvorsitzender Wolfgang Neubelt (vorne), der 1963 das Angebot „Essen auf Rädern“ in Niedersachsen einführte.

ländlichen Raum – eine Herausforderung für die Gebietskörperschaften“. Er betonte, dass die vielfältigen Ressourcen der freien Wohlfahrtspflege nötig seien, um den Herausforderungen des demografischen Wandels entgegenzutreten. „Die Wohlfahrtspflege stellt bereits heute einen unverzichtbaren Baustein der Daseinsvorsorge dar“, erklärt er. In ihrem Fachvortrag „Zukünftige Aspekte der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum“ ging Frau Prof. Dr. Ruth Rohr-Zänker weiter auf die Problematik ein. Auch sie betonte, dass die Aufgaben, die sich aus dem demografischen Wandel vor allem im ländlichen Raum ergeben, gemeinschaftlich im Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Zivilge-

sellschaft in Angriff genommen werden müssen.

Mit der Gründung des ersten Mahlzeitendienstes 1963 am damaligen Sitz seiner Landesverbandsgeschäftsstelle in Braunschweig betrat der Paritätische Neuland, denn das Konzept war damals in Niedersachsen noch unbekannt. Das sollte sich schnell ändern, denn das neue Angebot des Paritätischen wurde immer bekannter und beliebter, und selbst der Name des Mahlzeitendienstes wurde zum geflügelten Wort: „Essen auf Rädern“. In den ersten Jahren des mobilen Mahlzeitendienstes wurden die Gerichte noch per „Henkelmann“ (übereinander gestapeltes Topfsystem) an die Kunden verteilt. Welches Gericht geliefert wurde, war damals für die Kunden noch eine tägliche Überraschung. Doch diese Zeiten der Suppendose aus Blech sind längst vorbei. Heutzutage ist Essen auf Rädern ein moderner Servicedienst, der seit seinen Anfangstagen schon mehr als 95 Millionen Portionen an die Frau oder den Mann gebracht hat.

Jährlich werden zurzeit weit über zwei Millionen Essensportionen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Paritätischen in Niedersachsen zu den Kunden gefahren. Dabei gelangen die Essen von den 31 Paritätischen Sozialzentren bis in den letzten Winkel Niedersachsens. 2,5 Millionen Kilometer legen die Fahrzeuge von Essen auf Rädern jährlich zurück – eine Strecke, die in etwa einer 63-fachen Erdumrundung entspricht. Der Paritätische sichert so selbst in entlege-

nen Gebieten, in denen gewerbliche Konkurrenzunternehmen aus wirtschaftlichen Gründen keine Essenslieferungen anbieten, eine Grundversorgung. Außerdem schätzen die Kunden und auch deren Angehörige die Sicherheit des täglichen Besuchs durch die Fahrer/-innen.

Schmackhaft, abwechslungsreich und zuverlässig geliefert – das sind drei der Qualitätsmerkmale von Essen auf Rädern. Der größte Teil der Mahlzeiten wird frisch gekocht, Tiefkühlkost wird immer seltener ange-

boten. Die Nachfrage nach speziellen Ernährungsformen hingegen steigt stetig an. So erfreuen sich zum Beispiel vegetarische oder cholesterinarme Kost immer größerer Beliebtheit. Die Vielfalt der regelmäßig wechselnden Speisekarte, aus der die Kunden wählen können, wird abgerundet durch die Schlemmermenüs.

Die Mahlzeitendienste sind ein wesentlicher Bestandteil der Angebote der Paritätischen Sozialzentren, die in ganz Niedersachsen flächendeckend in allen Regionen und Land-

kreisen den Wohlfahrtsverband repräsentieren. In den fünfzig Jahren seit der Gründung hat sich Essen auf Rädern zu einem innovativen Menü-Bringdienst entwickelt, der als unverzichtbarer Bestandteil der ambulanten Versorgungskette für Senioren und/oder hilfebedürftige Menschen in Niedersachsen nicht mehr wegzudenken ist.

Anika Falke
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e. V.

50 Jahre „Essen auf Rädern“ in Niedersachsen

Nostalgische oder besondere Geburtstagsmenüs, „Promi“-Touren und zahlreiche Feste: Nicht nur der Landesverband, auch die Paritätischen Kreisverbände haben sich das Jubiläum zum Anlass genommen, 50 Jahre „Essen auf Rädern“ zu feiern. Das ganze Jahr 2013 über fanden in ganz Niedersachsen verschiedene Aktionen statt, von denen wir hier einige auszugsweise und beispielhaft vorstellen möchten. Wir danken den Kreisverbänden und alle beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihr tolles Engagement und die eingereichten Beiträge!

Lüneburg: Auf Tour mit der Landtags- abgeordneten

Im Rahmen der landesweiten Feierlichkeiten zu 50 Jahre „Essen auf Rädern“ ist ein Redakteur der Landeszeitung Lüneburg bei einer Tour mitgefahren. Das Ergebnis war eine sehr lange Reportage, die in der Samstagsausgabe der Zeitung veröffentlicht wurde. Im Rahmen einer „Promitour“ ist die Lüneburger Landtagsabgeordnete Andrea Schröder-Ehlers (auf dem Foto rechts) mit Fahrerinnen Karin Meyer auf die Tour gegangen. „Mir wurde wieder deutlich gezeigt, dass ‚Essen auf



‚Rädern‘ ein wichtiger Bestandteil der Versorgungskette für viele ältere Menschen ist“, sagte die Landtagsabgeordnete. Die Abschlussbesprechung über die gemachten Erfahrungen fand bei einem gemeinsamen Mittagessen statt – es gab selbstverständlich Essen auf Rädern und allen hat es sehr gut geschmeckt!



50 Jahre Essen auf Rädern: Zahlen und Fakten

31 Mahlzeitendienste in Trägerschaft des Paritätischen versorgen täglich ca. 7.500 Menschen in Niedersachsen mit einer warmen Mittagsmahlzeit. Jährlich liefern die 340 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in ihren 180 Fahrzeugen ca. 1,5 Millionen Portionen aus. Die Fahrzeuge legen dabei pro Jahr eine Strecke von ca. 2,5 Millionen Kilometern zurück – sie umrunden sozusagen 62-mal die Erde.



Lüchow-Dannenberg: Kostenloses Jubiläumsmenü

Als Dankeschön hat der Kreisverband Lüchow-Dannenberg seine „Essen auf Rädern“-Kunden im September 2013 zu einem kostenlosen Jubiläumsmenü eingeladen. Außerdem haben die Mitarbeiter des Kreisverbandes rund um Geschäftsführerin Susanne Guhl (li.) und Einsatzleiterin Judith Neff (re.) am 15.09.2013 bei der „Cityoffensive“ alle Details zum Angebot vorgestellt und die interessierten Besucherinnen und Besucher über die vielfältigen Angebote und abwechslungsreichen Speisepläne informiert.



Peine:

Kulinarische Reise durch die Zeit

Die Fahrerinnen des Kreisverbands Peine (Foto) beluden die Fahrzeuge in der Woche vom 02. bis 06.09.2013 mit ganz besonderen Menüs: Diese 36. Kalenderwoche bot eine kulinarische Zeitreise, bei der an jedem Tag ein anderes Jahrzehnt mit einem jeweils typischen Gericht auf dem Speiseplan stand. So gab es am Montag im „60er-Jahre-Menü“ unter anderem Zungenragout mit Kartoffeln,

am Dienstag standen die 70er Jahre mit Linsensuppe und Rotwurst auf dem Plan. Mittwoch wurde, im Stile der 80er, Hähnchenschnitzel „Hawaii“ auf Reis mit Currysoße angeboten, das „90er-Jahre-Menü“ am Donnerstag waren Ravioli mit italienischer Gemüsesoße und Parmesan. Am Freitag endete die Jubiläumswoche mit dem „2000er-Jahre-Menü“: Edel-Fisch-Ragout mit grünen Bandnudeln.

Braunschweig: Rückblick mit vielen Anekdoten



In Braunschweig, der Stadt, in der „Essen auf Rädern“ in Niedersachsen 1963 ins Leben gerufen wurde, begab man sich anlässlich des Jubiläums auf eine besondere Zeit-

reise. Zur Feierstunde, die am 13.02.2013 abgehalten wurde, gab Marianne Loschke einen sehr persönlich, mit vielen unterhaltsamen Anekdoten gespickten Rückblick

auf „Essen auf Rädern“. Marianne Loschke ist nicht nur Einsatzleiterin und seit 24 Jahren bei „Essen auf Rädern“ dabei, sie ist auch die Schwiegertochter des mittlerweile verstorbenen geistigen Gründungsvaters Karl-Heinz Loschke, dem damaligen Geschäftsführer des Studentenwerks, der in den 60er Jahren Adventsfeiern von Studenten für ältere Menschen ausrichtete und so die Initialzündung für den Hilfsdienst gab. „Die Resonanz war enorm“, berichtete Marianne Loschke. Rund 10.000 Portionen wurden bereits im ersten Jahr verteilt, damals noch im „Henkelmann“ (siehe Foto).



Hameln-Pyrmont:

Feier in der Fußgängerzone

Im Kreisverband Hameln-Pyrmont wurde das Jubiläum am 03.08.2013 mit einem großen Fest in der Fußgängerzone in Hameln gefeiert. Neben leckeren Puffern, die regen Zuspruch fanden (siehe Foto) gab es ein buntes Programm für die ganze Familie: „Der singende Koch aus Esperede“ sorgte für die musikalische Begleitung, es gab eine Tanzdarbietung, die Damen wurden mit Prosecco begrüßt und die Kinderaktionen um-

fassten u.a. Schminken und einen Luftballonwettbewerb. Die Stände, an denen Infomaterial angeboten wurde und auch Beratungsgespräche stattfanden, waren den ganzen Tag über gut besucht. Zu den Besuchern gehörte neben der Hamelner Oberbürgermeisterin, die die Feier mit dem Geschäftsführer des Paritätischen, Norbert Raabe, eröffnete, auch weitere Lokalpolitiker der verschiedenen Parteien.

Helmstedt:

Marktstand mit Gulaschsuppe

Auch der Paritätische Helmstedt hat Journalisten verschiedener regionaler Tageszeitungen Rede und Antwort gestanden, sodass zahlreiche Artikel zum Jubiläum veröffentlicht wurden. Im September 2013 war der Kreisverband mit einem eigenen Stand auf dem Wochenmarkt vertreten und bot kulinarische Argumente an: Marktbesucher konnten die Gulaschsuppe direkt am Stand probieren.



Wolfsburg:

Neue Eindrücke und ein Glücksrad

Der Kreisverband machte am 29.10.2013 Fahrten mit bekannten Wolfsburger Persönlichkeiten. Es waren insgesamt sieben Touren in Begleitung je eines Gastes (von Politikern über den Besitzer des Autohauses, mit dem das Wolfsburger „Essen auf Rädern“-Team kooperiert bis zu einem bekannten, engagierten Optiker aus Wolfsburg). Alle haben sich sehr über die Einladung gefreut und sind für rund eine Stunde mitgefahren. Im anschließenden Gespräch haben sie von ihren Eindrücken und Erlebnissen berichtet: Dass die meisten Kunden schon gewartet haben;



es gab die Bitte, eine Klingel zu reparieren; die freundliche Art der Fahrerinnen; Lebensumstände, die sie selber so noch nicht gesehen haben und der schlimmen Zustand einiger Miethäuser – um nur mal einige Rückmeldungen zu nennen. Es war rundum

eine gelungene Aktion, die mit einem Gruppenfoto (Bild) endete. Am 30.10. war der Kreisverband mit einem Infostand und dem Glücksrad auf dem Wochenmarkt präsent. Zu gewinnen gab es unter anderem ein Probeessen.

Ein feierlicher „Dreiklang“

Einweihung, Verabschiedung und Vorstellung in Uelzen

Gleich dreifachen Grund zum Feiern gab es am 19.09.2013 im Paritätischen Kreisverband Uelzen. Nicht nur, dass die Geschäftsführerin Gudrun Schwarz in den Ruhestand verabschiedet und ihr Nachfolger Stefan Müller-Teusler vorgestellt wurde, auf der Tagesordnung stand zudem die Einweihung des neuen Sozialzentrums in der Veerßer Straße 92. Zu diesen Anlässen begrüßte der Beiratsvorsitzende Kurt Spanning rund 150 Gäste in den neuen Räumlichkeiten. Gekommen waren neben dem Vorstand des Paritätischen mit Christian Boenisch und Birgit Eckhardt die Niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt, Landrat Dr. Heiko Blume, Bürgermeister Otto Lukert sowie viele Vertreterinnen und Vertreter aus der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik und den paritätischen Mitgliedsorganisationen.

In seiner Laudatio würdigte Christian Boenisch die langjährigen Verdienste von Gudrun Schwarz, die ihre berufliche Tätigkeit beim Paritätischen vor 22 Jahren beim Sozialpsychiatrischen Dienst in Uelzen begann und später in die Suchtberatungsstelle Lüchow-Dannenberg wechselte, wo sie dann auch die Geschäftsführung übernahm. In den vielen Jahren baute sie die Geschäftsstelle dort zu einem erfolgreichen Kreisverband aus, indem sie neue Angebotsformen entwickelte, neue Mitgliedsorganisationen warb und ein Motor der Kreisarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege war. Zum 01.09.2011 wurde Gudrun Schwarz zur Geschäftsführerin



Von links: Christian Boenisch, Gudrun Schwarz, Kurt Spanning, Cornelia Rundt, Birgit Eckhardt und Stefan Müller-Teusler.

des Paritätischen Uelzen berufen. Cornelia Rundt, ehemals Vorstand und langjährige Chefin von Gudrun Schwarz, bescheinigte ihr eine sympathisch-direkte Art, Geradlinigkeit, Kompetenz und ganz viel Humor.

Christian Boenisch begrüßte auch den neuen Geschäftsführer, Stefan Müller-Teusler, der den Paritätischen Niedersachsen als ehemaliger langjähriger Leiter einer Mitgliedsorganisation bereits kennt und in diesem Zusammenhang auch lange Jahre Vorsitzender des Beirats in Lüchow-Dannenberg war. Nach einer zwischenzeitlichen Tätigkeit als Dozent für Soziale Arbeit an einer Hochschule in Sachsen hat ihn der berufliche Weg wieder in den Norden zum Paritätischen Uelzen geführt.

Mit der Einweihung des neuen Sozialzentrums begehrt der Kreisverband einen „Quantensprung“. Der Verband hatte die traditionsreiche ehemalige Landwirtschaftsschule erworben und mit erheb-

lichem Aufwand in ein modernes Sozialzentrum umgebaut, in dem neun barrierefreie Wohnungen, eine teilstationäre Tagespflege, Tagungsräume für die paritätischen Mitgliedsorganisationen und die Geschäftsstelle des Kreisverbands Einzug gehalten haben. Der ehemalige Hausherr, Landrat Dr. Heiko Blume, bezeichnete die Historie des Gebäudes als „Spiegelbild unserer Zeit“: Ursprünglich als Schule und Internat für Berufsschüler gebaut, trägt die Einrichtung nun dem demografischen Wandel Rechnung, um möglichst vielen alten Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Bürgermeister Otto Lukert begrüßte ausdrücklich die städtebauliche Nutzung als Sozialzentrum in einem Stadtteil, in dem mittlerweile 25% der Einwohner älter als 70 Jahre sind. Alle Rednerinnen und Redner wünschten der Vorzeigeeinrichtung viel Erfolg zum Nutzen der Senioren in Uelzen.

Harald Fischer
Abteilungsleiter

„Wir haben viel bewegt“

Geschäftsführerwechsel in Seesen

Rund 100 Besucher hatten sich am 01.11.2013 im Restaurant Wilhelmsbad in Seesen eingefunden, um dem Geschäftsführerwechsel des Paritätischen Kreisverbands beizuwohnen: Roswitha Voß sollte in den Ruhestand verabschiedet und Sven Dickfeld als ihr Nachfolger vorgestellt werden. Der Vorsitzende des Kreisverbandsbeirats, Bernward Steinkraus, begrüßte die Gäste aus Politik, Verwaltung, den paritätischen Mitgliedsorganisationen und den Kreisverbänden, sowie, allen voran, den Vorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., Christian Boenisch, und den Seesener Bürgermeister Erik Homann.

Christian Boenisch betonte seinen großen Respekt für die langjährige Mitarbeit von Roswitha Voß im Paritätischen Kreisverband Seesen. Mit ihrem Engagement habe sie die „Möglichkeit zur Teilhabe vor allem für alte und pflegebedürftige Menschen geschaffen“. Ihr Anliegen war der Aufbau von professionellen Angeboten. So wurde z. B. von ihr maßgeblich eine Tagespflege mit initiiert, und das bereits Anfang der 90er Jahre, als derartige Angebote noch ein Novum waren. In den späteren Jahren widmete sich Roswitha Voß vor allem dem Aufbau eines differenzieren Angebots für demenzkranke Menschen. Für ihren persönlichen Einsatz und das Engagement des Kreisverbands hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. dem Paritätischen Seesen 2012 den Sozialpreis verliehen.



Von links: Bernward Steinkraus, Sven Dickfeld, Roswitha Voß und Christian Boenisch.

Bürgermeister Erik Homann wies auf die langjährige gute Zusammenarbeit hin. Zuletzt hat man in Seesen gemeinsam eine Umfrage „im Quartier“ durchgeführt, um vorrangig von den alten Menschen zu erfahren, was von ihnen für ein würdiges Leben gewünscht wird. Neben einem selbstständigen Leben in der eigenen Wohnung und einem guten öffentlichen Nahverkehr wurde vor allem eine gute ambulante Pflege in den Vordergrund gestellt. Diesem Angebot kommt der Paritätische Seesen mit der Arbeitsgemeinschaft der Sozialstation entgegen, in der sich Roswitha Voß lange Jahre als Geschäftsführerin gemeinsam mit der Stadt und der Kirchengemeinde engagiert hat. Sie habe das Spannungsverhältnis zwischen der Freude an der Arbeit mit dem wirtschaftlichen Druck in hervorragender Weise ausgeglichen.

Für die Kreisarbeitsgemeinschaft hielt Beate Theermann ein Gruß-

wort und bedankte sich für die langjährige Zusammenarbeit. Lob und Dank kamen auch von Christine Köhler-Riebau, die als Bezirkssprecherin für die Geschäftsführung der Paritätischen Kreisverbände sprach, sowie von Gerhild Wolff im Namen der Mitarbeiterinnen des Kreisverbands. Der Dank von Bernward Steinkraus als Beiratsvorsitzendem und Vertreter der Mitgliedsorganisationen galt ebenfalls dem langjährigen Engagement: „Wir haben viel bewegt.“

Alle Rednerinnen und Redner wünschten dem Nachfolger Sven Dickfeld, der in der Region und beim Paritätischen bereits als Geschäftsführer des benachbarten Kreisverbands Goslar bekannt ist, viel Erfolg und eine glückliche Hand bei den vor ihm liegenden Aufgaben.

Harald Fischer
Abteilungsleiter

Lebenshilfe Niedersachsen gibt sich neuen Namen

Haverkamp als Vorsitzender von der Mitgliederversammlung wiedergewählt

Mit großer Mehrheit hat die Mitgliederversammlung des Landesverbands Lebenshilfe Niedersachsen e.V. am 26.10.2013 ihre Satzung geändert. Danach gibt es unter anderem zwei grundlegende Neuerungen: Statt „Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.“ heißt der Verband nun „Lebenshilfe Niedersachsen e.V.“. Außerdem wurde in der Satzung verankert, dass zwei zusätzliche Selbstvertreter/-innen mit Stimmrecht im Vorstand vertreten sind.

Das neue Vorstandsmitglied Frank Franke sagt hierzu: „Ich freue mich, dass die Lebenshilfe Niedersachsen diesen Schritt gemacht hat, denn es ist wichtig, dass auch unsere Sicht der Dinge Berücksichtigung findet.“ Für den wiedergewählten Vorsitzenden Franz Haverkamp

sind diese Satzungsänderungen wichtige Grundlagen für die weitere Entwicklung: „Wir wollen Menschen mit geistiger Behinderung inklusive Möglichkeiten bieten. Mit der Änderung unseres Namens zeigen wir, dass wir Leistungen für alle Menschen anbieten. Das spiegelt auch die Realität wieder. Die Wahl von Menschen mit Behinderung in den Vorstand ist die logische Konsequenz unserer Bestrebungen, Selbstvertreterinnen und Selbstvertreter in unsere Arbeit einzubinden. Dies bedeutet aber auch für uns Verpflichtung. Wir wollen hier keine Alibifunktionen einrichten.“ Zuvor wurde Franz Haverkamp mit großer Mehrheit als Vorsitzender wiedergewählt.

Zu Beginn der Veranstaltung wurden die Anwesenden vom Staats-

sekretär Jörg Röhmann, dem Prokuristen der Lebenshilfe Nienburg Rolf Bahlmann, dem Landrat des Landkreises Nienburg Detlev Kohlmeier, dem Mitglied des Rates der Stadt Nienburg Wilhelm Schlemmermeyer sowie dem Vorstand des Paritätischen Niedersachsen Christian Boenisch und Detlef Springmann von der LAG WfbM begrüßt. Die Bundesgeschäftsführerin der Bundesvereinigung Lebenshilfe, Prof. Dr. Jeanne Nicklas-Faust, berichtete über die derzeitigen Diskussionen zum neuen Bundesleistungsgesetz und die Ansprüche der Bundesvereinigung Lebenshilfe an diesem Bundesleistungsgesetz.

*Frank Steinsiek
Landesverband Lebenshilfe
Niedersachsen e.V.*



Der neue Vorstand des Landesverbands der Lebenshilfe Niedersachsen e.V. mit Landesgeschäftsführer Holger Stolz (links) und dem wiedergewählten Vorsitzenden Franz Haverkamp (Vierter von rechts).

Hans-Jürgen Sauerhammer wird Ehrenvorsitzender Lebenshilfe Hameln-Pyrmont e. V. ehrt langjährigen Vorstand

Mitglieder, Ehrengäste, Mitarbeiter und zahlreiche Heimbewohner und Kindergartenkinder haben am 30.08.2013 Hans-Jürgen Sauerhammer mit einer Feierstunde für 33 Jahre ehrenamtliche Arbeit, in denen er die Belange von Menschen mit Behinderung in den Mittelpunkt seines Lebens gestellt hat, gewürdigt. Hans-Jürgen Sauerhammer engagierte sich von 1980 bis 2013 im Vorstand der Lebenshilfe, seit 1983 als 2. und 1. Vorsitzender. Der Verein wuchs in dieser Zeit zu einem kompetenten Träger vielfältiger Eingliederungshilfeeinrichtungen. Mit fast 220 Mitarbeitern betreut er inzwischen insgesamt ca. 600 Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Behinderung. Da er nicht mehr regulär für den Vorsitz kandidieren wollte, hatten die Mitglieder Hans-Jürgen Sauerhammer im Juni 2013 einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Birgit Eckardt, stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V., überreichte Hans-Jürgen Sauerhammer in Anerkennung seiner Leistung das Ehrenzeichen des Paritätischen. Sie hob die jahrzehntelange Kontinuität im Handeln, die absolute Zuverlässigkeit und stetige

Übernahme von Verantwortung als wichtige Bestandteile in der Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Sauerhammer hervor: „Ich habe Sie die ganzen Jahre, die wir uns kennen, genauso erlebt: Immer der Sache verpflichtet, von hoher Kompetenz und Zuverlässigkeit geprägt in Ihrem Handeln.“



Birgit Eckardt überreicht Hans-Jürgen Sauerhammer das Ehrenzeichen des Paritätischen.

Neben der Vorstandarbeit in der Lebenshilfe gründete Hans-Jürgen Sauerhammer 1975 gemeinsam mit seiner Frau zwei Behindertensportgruppen und betreute diese Gruppen bis 2011 kontinuierlich selbst. Er begleitete monatlich eine öffentliche Diskoveranstaltung und organisierte jährlich eine Karnevalsveranstaltung für Menschen

mit und ohne Behinderung. Hans Jürgen Sauerhammer war auch Gründungsmitglied der Elternvertretung der Werkstattbeschäftigten und Gründungsmitglied des Landesverbandes der Angehörigen- und Betreuerbeiräte der Werkstätten (später Werkstattbeirat). Die Oberbürgermeisterin von Hameln, Susanne Lippmann, und der stellvertretende Landrat, Thorsten Schulte, dankten Herrn Sauerhammer deshalb in ihren Grußworten für sein langjähriges ehrenamtliches Wirken in Hameln und im Landkreis.

Von Holger Stolz, Geschäftsführer des Landesverbandes der Lebenshilfe, erhielt er ebenfalls eine Ehrenplakette mit Urkunde für sein Engagement für die Menschen mit Behinderung. Weitere Höhepunkte der insgesamt sehr gelungenen Veranstaltung waren die musikalischen Beiträge aus den Kindergärten, die Tanzeinlagen der Sportgruppe des Freizeit- & Sportclubs der Lebenshilfe und der Trommelgruppe „Bongo Bongo“ und weitere tolle Aktionen der Mitarbeiter und Bewohner der Wohnstätten.

*Uwe Menze
Lebenshilfe Hameln-Pyrmont e. V.*

Bunt, vielfältig und zum Mitmachen

Die etwas andere Mitgliederversammlung des Jugendwerks

Klack, klick, klack – blitzschnell schießen die Bälle hin und her. Dann fällt das entscheidende Tor.

Wieder hat die Mannschaft des Treffpunkt e.V. das Kicker-Match gewonnen. Es ist ein besonderer

Kickertisch, an dem hier gespielt wird. Die Jugendlichen haben ihn unter Anleitung in einem inklusi-

ven Projekt selbst gebaut. Stolz präsentierten sie ihren Kicker auf der Mitgliederversammlung des Paritätischen Jugendwerks am 20. und 21.09.2013 in der Heimvolkshochschule Springe.

Getreu dem Motto des Jugendwerks „Der etwas andere Jugendverband“ war diesmal auch eine etwas andere Mitgliederversammlung angekündigt. Statt vieler Anträge, Abstimmungen, Vorträge oder Diskussionen waren die Mitgliedsorganisationen aufgerufen, das Programm unter Beteiligung junger Menschen mitzugestalten. Und so stand das praktische Erleben der vielfältigen Angebote und Projekte aus den Mitgliedsorganisationen im Vordergrund der Mitgliederversammlung.

Während man sich drinnen an Infoständen, Thementischen und Workshops beteiligen konnte, war draußen auf dem Sportplatz körperliche Aktivität angesagt. Jugendliche aus dem Jugendtreff Trio in Bad Essen präsentierten ihre selbst gebaute mobile Boulderwand. Bouldern, das ist Klettern ohne Kletterseil und Klettergurt an Felsblöcken, Felswänden oder, wie hier, an künstlichen Kletterwänden in niedrigen Höhen. In Bad Essen wurde dafür unter Beteiligung der Jugendlichen und mit Hilfe einer finanziellen Förderung durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. ein alter Schuppen zu einer Boulder-Halle umgebaut.

Der Paritätische Cuxhaven war mit Jugendlichen aus verschiedenen Jugendtreffs zur Mitgliederversammlung angereist und hatte einen Bungeerun und Zorbingbälle mitgebracht. Bungeerun, das ist ein auf-



Freies Klettern in niedriger Höhe: Die Jugendlichen probierten sich an der mobilen Boulderwand.

blasbares Spielgerät, bei dem zwei Personen, die ein Gummiseil um die Hüfte gebunden haben, gegen einander antreten. Je weiter man rennt, umso mehr zieht das Gummiseil zurück. Schnell wird man da einfach von den Füßen gehoben und zurückgezogen. Und Zorbingbälle? Das sind große, aufblasbare, durchsichtige Bälle, in die ein Mensch reinklettert und dann damit hin- und herrollen kann, wer sich traut, auch einen Abhang hinunter.

Drinnen rauchten derweil die Köpfe: Gemeinsam mit dem Jugendbildungsreferenten Karsten Maul formulierten Jugendliche Anträge für Beihilfen. Man sah, wie schwierig es war, aus den vielen Ideen, die die Jugendlichen hatten, entsprechende Anträge zu formulieren, die Kosten zu recherchieren und alles in die Formblätter zu übertragen. Doch am Ende waren die Anträge fertig gestellt. Und nun hoffen alle, dass ihre Ideen vom Vorstand und Beirat des Jugendwerks positiv bewertet und dann vom Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V. endgültig bewilligt werden.

Im Foyer tippten Jugendliche und Fachkräfte derweil konzentriert auf die Touchscreens von modernen Tablet-PCs. Unter Anleitung einer Medienpädagogin aus dem ABC Bildungs- und Tagungszentrum Drochtersen-Hüll entstanden hier mit Hilfe der mobilen Computer kleine Filme und Internetblogs. Nebenan stellten zwei TeamerInnen von Schlau e.V. Hannover vor, mit welchen Methoden und Inhalten sie an Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen mit Jugendlichen die „Akzeptanz nicht-heteronormativer Lebensweisen und -entwürfe“ fördern und die „Vielfalt von sexueller Orientierung, Geschlecht und Ausdrucksformen“ thematisieren. Einige der Jugendlichen, die hier beim Workshop mitmachten, waren so begeistert, dass sie gleich vorschlugen, dass ein solcher Workshop auch an ihrer Schule oder in ihrer Einrichtung durchgeführt werden sollte.

Der Kinderzirkus Kimarek aus Achim bei Wolfenbüttel stellte im Forum seine Arbeit mit vielen Fotos an einer Stellwand dar und die STEP Hannover gGmbH prä-

sentierte mit einem Infostand das gemeinsam mit den Jungen Humanisten durchgeführte Projekt „HelferLine“. Jugendliche werden hier online per Mail oder Chat zu den Themen Kauf- und Internetsucht sowie Essstörungen von geschulten ehrenamtlichen Jugendlichen beraten. Und Fokus e.V. aus Osnabrück stellte seine Kreativbox vor. Diese enthält verschiedene Methoden, um auf kreative Weise neue Ideen und Projekte zu entwickeln. Diese wurde dann auch gleich praktisch angewandt, um

erste Ideen für eine Jubiläumsveranstaltung zu erarbeiten. Denn das Jugendwerk feiert im nächsten Jahr sein 40-jähriges Bestehen.

Genauso bunt und vielfältig wie die Arbeit der Mitgliedsorganisationen des Jugendwerks war auch diese etwas andere Mitgliederversammlung. Den Beteiligten hat es jedenfalls viel Spaß gemacht und auch die eine oder andere Anregung für neue Projekte wurde mit nach Hause genommen. Und am Ende musste dann noch ganz klas-

sisch und formell gewählt werden: Spontan hatte sich Jennifer Smykala vom Verein zur pädagogischen Arbeit mit Kindern aus Zuwandererfamilien e.V. (VPAK) aus Osnabrück bereit erklärt, für einen noch vakanten Sitz für die Gruppe der jungen Menschen im Beirat zu kandidieren. Einstimmig wurde sie von den Delegierten gewählt. Herzlichen Glückwunsch dazu!

David Janzen
Jugendbildungsreferent
Paritätisches Jugendwerk

„Wissen doch selbst am besten, wann für uns Schluss am Steuer ist“

92-jähriger überzeugt beim Fahrsicherheitstraining

Werner Goldbeck ist 92 Jahre alt und das beste Beispiel dafür, dass gesetzliche Regelungen für Seniorenführerscheine überflüssig sind. Der mit Abstand älteste Teilnehmer beim Fahrsicherheitstraining des Sozialverbands Deutschland (SoVD) Landesverband Niedersachsen am 4.9.2013 in Hannover war auch einer der besten: ADAC-Fahrtrainer Detlef Gigga bescheinigte ihm eine „super Leistung“. Goldbeck: „Wir Alten wissen doch selbst am besten, wann für uns Schluss am Steuer ist.“



Fährt täglich durch Osnabrück: Werner Goldbeck am Steuer seines umgebauten Autos.

„Man ist so jung, wie man sich fühlt“, lacht der rüstige Senior am Steuer seines umgebauten Opel Meriva. Der Flitzer fährt mit Handsteuerung, Goldbeck lebt seit Geburt mit Handicap. Er fühlt sich jung, und dennoch wollte er testen, ob er noch ans Steuer gehört. Für das ganztägige Training auf dem Gelän-

de des ADAC-Fahrsicherheitszentrums nahm er deshalb fünf Stunden Hin- und Rückfahrt gerne in Kauf. „Schon die Anfahrt war ein Fahrsicherheitstraining“, scherzt Goldbeck, „auf der Autobahn war so viel los.“ Mit Feuereifer folgt der Osnabrücker den Anweisungen

von Trainer Gigga, die über Funk kommen. Er kurvt durch den Hütchen-Parcours, bremst auf trockener und nasser Fahrbahn, weicht Hindernissen aus. Dabei achtet er auf korrekten Sitz, Armhaltung und Blickkontakt. „Mir macht das einfach Spaß“, sagt er.

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen hatte die speziell für Senioren konzipierten Fahrsicherheitstrainings angeboten, nachdem Politiker erneut eine strenge gesetzliche Regelung für Seniorenführerscheine gefordert hatten. SoVD und ADAC lehnen das ab, sie sprechen sich für freiwillige Lösungen aus. „Viele Statistiken geben uns recht – junge

Fahrer sind nicht automatisch die besseren“, weiß auch Landesvorsitzender Adolf Bauer. Auch Goldbeck sagt: „Ich habe so viel Erfahrung hinter dem Steuer – dadurch mache ich meine altersbedingten Nachteile locker wett.“ Er will weiterfahren, bis er selbst merkt: Jetzt ist es genug. Der SoVD will seine Kooperation mit dem ADAC ausbauen: „Die Anmeldungen sprengten alle

Erwartungen, inzwischen sind sechs komplette Kurse ausgebucht“, weiß Landesgeschäftsführer Dirk Swinke. Der Bedarf sei offensichtlich riesig. „Deshalb setzt der Verband auch weiterhin auf freiwillige Lösungen“, fasst Swinke zusammen.

Matthias Büschking
SoVD-Landesverband
Niedersachsen e.V.

Der rote Drache

Eine märchenhafte Geschichte einer FSJ-lerin

„Der Rote Drache“ ist ein Märchen, das von einer jungen Frau, die ein Freiwilliges Soziales Jahr beim Paritätischen Hameln leistet, verfasst wurde. Die Geschichte beschreibt die Situation des Kindes, das sie im letzten Schuljahr betreut hat. Die junge FSJ-lerin hat diese Situation als Märchen mit Drachen formuliert.

Es war einmal vor gar nicht allzu langer Zeit ein junges Mädchen. Es wollte jedoch nicht wie viele andere seiner Zeit der Heimat entfliehen und an fremden Orten nach großen Abenteuern suchen. Auf der Suche nach dem richtigen Weg gelangte es in ein kleines Bergdorf, welches eine winzige aber besondere Schule beherbergt: Eine Drachenschule.

Dort wollen viele kleine Drachen das Fliegen, Feuerspucken und all die anderen Dinge erlernen, die nötig sind, um später in der Stadt am großen Märchenschloss arbeiten zu dürfen. Die meisten Drachen hierzulande sind grün wie die Blätter der Bäume in denen sie leben. Doch vor zwei Jahren war

etwas Besonderes geschehen: Ein kleiner roter Drachenjunge tauchte auf. Er kam aus einem anderen Teil des Landes und war schon etwas älter als die anderen, da er lange gebraucht hatte, um eine passende Schule zu finden.

Als das junge Mädchen die Schule besuchte, um die Drachenkinder kennenzulernen, bemerkte es den roten Drachenjungen sofort und beschloss eine Weile zu bleiben, um ihm behilflich zu sein. Er hatte sich in der Zwischenzeit schon ganz gut eingelebt, doch oft fielen die anderen Drachenkinder über ihn her, wenn etwas nicht gelang. Beim Fliegen stieß er mit ihnen zusammen oder verwechselte die Richtung, und die anderen meinten: „Rote Drachen sind bestimmt blind.“ Und auch mit dem Feuerspucken wollte es nicht so recht funktionieren.

Das junge Mädchen bemühte sich nach Kräften, dem kleinen Drachen zu helfen, doch

immer wieder wurden ihm Steine in den Weg gelegt. Die große Hexe, die tagein, tagaus über die Fortschritte der kleinen Drachen wacht, glaubte dem kleinen Roten nicht oder dachte – ebenso wie



Illustration: Christin von Wieding.

viele grüne Drachen –, dass ein roter Drachen wohl nicht viel taugt. Doch der Drachenjunge belehrte sie bald eines Besseren. Eines Tages kam er in die Schule und konnte besser Feuerspucken als viele der anderen Drachenkinder. Diese wurden noch grüner vor Neid und brachten den Roten dazu, in Feuergefechten gegen sie anzutreten. Besonders ein kleiner, apfelgrüner Drache legte sich immer wieder mit ihm an und nutzte es aus, dass der rote Drachenjunge noch immer nicht richtig fliegen konnte. Das Mädchen versuchte, die beiden zu trennen, doch der apfelgrüne Drachenjunge flog lachend davon und es geriet selbst in den Feuerstrahl seines Schützlings. Doch obgleich es mehrfach fast verbrannte, gab es nicht auf, sondern bemühte sich weiter das Ver-

trauen des kleinen Feuerspuckers zu gewinnen.

Zeitgleich beschäftigte es sich mit den anderen Drachenkindern und versuchte ihnen zu erklären, dass der andere zwar rot aber trotzdem ein Drache sei. Die grünen Drachen waren ebenso wie die Hexe ziemlich skeptisch, doch einige Wochen später zeigten die Worte des Mädchens Wirkung: Die ganze Drachenschule machte einen Ausflug zum Gipfel des Berges, wo der Schnee glitzerte wie Feenstaub. Hier durften die Drachenkinder das erste Mal versuchen, alleine über den Wald hinweg zu fliegen. Und es geschah, was lange unmöglich schien: Zwei kleine grüne Drachenmädchen nahmen den roten in ihre Mitte und halfen ihm. So flogen sie ge-

meinsam zwei große Runden und als alle drei wieder sicher gelandet waren, sagten die Drachen zu dem Mädchen: „Du hattest Recht, auch wenn er rot ist, mit keinem anderen könnten wir so viel Spaß haben, denn die anderen Drachenkinder finden es lange nicht so lustig mit uns gemeinsam zu fliegen.“

In einigen Wochen, kurz bevor die großen Drachenprüfungen beginnen, wird die Schule erneut ihr Dorf verlassen, um das Schloss eines fremden Landes zu besuchen. Die Drachenkinder werden dies erst in einiger Zeit erfahren, doch das Mädchen freut sich schon jetzt, auch wenn der rote Drache wieder überall große Aufmerksamkeit erregen wird.

F.P.

Ein Spaß für Jung und Alt

Das Sommerfest im Eilenriedestift

Das zauberhafte Sommerfest im Eilenriedestift war ein voller Erfolg. Rund 1.000 Bewohnerinnen und Bewohner und Gäste des Hauses genossen am 14.08.2013 gemeinsam eine traumhafte Veranstaltung bei tollem Wetter. An drei unterschiedlichen Orten innerhalb des Stiftes gab es jede Menge Attraktionen: Auf der Bühne des großen Garten sorgten unter anderem die Band „Dick & Durstig“ mit ihrer Unterhaltungsmusik sowie der Seemannschor Hannover e.V. für ausgelassene Stimmung – später wurde das Tanzbein geschwungen. Geheimeschränkte Bewohner machten unter kompetenter An-

leitung einer Tanzlehrerin im Sitzen mit.

Im Atrium – dem sonnendurchfluteten Hof zwischen beiden Speisesälen – luden Barkeeper, die köstliche Cocktails mit tropischem Obst anboten, in Strandkörbe zu einem gemütlichen Plausch ein. Den musikalischen Rahmen bildete ein Gitarrist mit eher leisen, wundervollen südamerikanischen Klängen. Im Weindorf im Garten erwarteten die Gäste im französischen Flair köstliche landestypische Spezialitäten und ausgesuchte Weine. Ein Duo, bestehend aus einem Gitarristen und einem Geiger, unter-

hielt die Besucher mit frankophilen Weisen.

Wer es lieber etwas zünftiger mochte, konnte an der aufgebauten Grillstation bei Bratwurst, Krustenbraten und Krautsalat schlemmen. Für einen Hingucker zwischendurch sorgten Walk Acts, die sonst beim „Kleinen Fest im Großen Garten“ zu bestaunen sind. Das fantastische Highlight bildete das Feuerwerk zum Abschluss des rundum gelungenen Sommerfestes.

„Wir hatten einfach ein traumhaftes Fest mit jeder Menge Spaß und Fröhlichkeit. Auch unsere Aktiv-

gruppen haben mitgewirkt und alle Gäste amüsierten sich prächtig“, berichtet Susanne Hartsuiker, Stiftsdirektorin. Besonders schön mit anzusehen: Das im Eilenriedestift umgesetzte Generationenprojekt „Jung trifft Alt“ konnte weiter Wurzeln schlagen. 2011 bot das Stift erstmals jungen Studenten einen kostengünstigen Wohnraum an. Beim Sommerfest leisteten die Studenten mit viel Freude tatkräftige Hilfe und kümmerten sich liebevoll um Bewohner und Gäste.

Steffi Wolf
Eilenriedestift e. V.



Der Seemannschor Hannover e. V. sorgte für ausgelassene Stimmung.

Ein Erfolgsmodell von Anfang an

150 Jahre Hannoversche Kinderheilanstalt

Am 31. Oktober 1863 versammelten sich honorige Bürger der Städte Hannover und Linden. Sie wollten die unhaltbare Situation von kranken und armen Kindern ändern. Und so beschlossen sie, einen Verein für eine hannoversche Kinderheilanstalt zu gründen. Keine zwei Jahre später wurde die erste Poliklinik in einem gemieteten Vereinslokal im Hause der Witwe Giese in der Calenberger Neustadt eröffnet. Die Sprechstunden, die der ärztlichen Versorgung von kranken Kindern armer und minderbemittelter Eltern dienten, fanden sehr rasch großen Zuspruch, zumal Arzneimittel umsonst verabreicht wurden. Der erste Ärztliche Direktor, Sanitätsrat Dr. Meyenberg, behandelte kleine Patienten, verteilte Medikamente auf Kosten des Vereins, besuchte bettlägerige Kinder zu Hause und brachte sie, wenn nötig,

auf Rechnung des Vereins in einem Krankenhaus der Stadt unter.

Am 6. Juni 1875 eröffnete die Hannoversche Kinderheilanstalt ihr erstes eigenes Krankenhaus in der hannoverschen Südstadt. Die 30 Betten wurden jedoch schnell zu wenig, und so stand schnell wieder ein Umzug an. Am 6. Januar 1893 wurden Gebäude im Zooviertel Hannover mit 110 Betten bezogen. Das besondere Anliegen der Pädiatrie damals war die Senkung der enorm hohen Säuglingssterblichkeit. Man wusste allerdings noch wenig über Infektionen und Hygiene. Spritzen und die anderen Instrumente wurden zur Sterilisation von den Schwestern auf der Station ausgekocht. 1907 wurde dann die Säuglingsabteilung eröffnet, die Leitung übernahm Dr. Wilhelm Riehn, der der erste Kinderfacharzt überhaupt in Hannover war.

Das Grundstück im Zooviertel lag neben einer wichtigen Eisenbahnverbindung, die im 2. Weltkrieg Ziel von alliierten Luftangriffen war. Die Gebäude der Hannoverschen Kinderheilanstalt wurden mehrfach getroffen. Dies und der ständige Transport der Patienten in die Luftschutzbunker veranlassten den Vorstand und die ärztliche Leitung dazu, die Patienten in ein Ausweichquartier, ein ehemaliges Schullandheim, in Nienstedt am Deister zu verlegen. Mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebäudeteile war schon während des Krieges begonnen worden. Anfang der fünfziger Jahre standen schließlich 430 Betten zur Verfügung, eine neu geschaffene Säuglingsabteilung, eine Aufnahmestation mit Isoliermöglichkeiten, ein Infektionshaus mit drei Abteilungen sowie eine Privatstation. Im Infektionshaus wurde ein Zentrum für die

Behandlung der Poliomyelitis, der Kinderlähmung, geschaffen, unter anderem mit der ersten eisernen Lunge in Hannover zur Versorgung atemgelähmter Kinder.

Die Hannoversche Kinderheilstalt spezialisierte sich immer weiter. 1962 wurde unter der Leitung von Dr. Ursula Knaak eine der ersten Abteilungen für Kinder- und Jugendpsychiatrie in einem deutschen Kinderkrankenhaus eingerichtet, 1965 die chirurgische Abteilung auf 130 Betten erweitert. Es entstand eine große Unfallambulanz, die sich auf Schul-, Kindergarten- und Spielplatzunfälle spezialisierte. Für Kinder mit besonderen Krankheiten wie der Spina bifida, einem unvollkommenen Verschluss der Wirbelsäule, wurden Spezialsprechstunden geschaffen. Im Lauf der Jahre bewältigte die Kinderheilstalt immer mehr komplizierte Operationen bei Säuglingen, Kindern und Jugendlichen, dies resultierte aus der lan-

gen Tradition der Kinderchirurgie in der Kinderheilstalt.

Und wieder mangelte es an Platz. Ein Neubau auf der grünen Wiese wurde durchgesetzt, am 1. August 1983 nahm das neue Kinderkrankenhaus auf der Bult den Betrieb auf. Innerhalb von fünf Tagen wurde alles bewegliche Gut der Kinderheilstalt in den Stadtteil Bult geschafft – natürlich auch die Patienten. Zeitgleich mit dem Umzug hatte der Name „Kinderkrankenhaus auf der Bult“ den alten Namen Hannoversche Kinderheilstalt abgelöst. Allerdings verschwand die Kinderheilstalt damit nicht. Die paritätische Mitgliedsorganisation bleibt als Stiftung privaten Rechts und Träger von mehreren Einrichtungen erhalten, denn neben dem Kinder- und Jugendkrankenhaus auf der Bult gibt es seit 1922 eine Schule für Gesundheits- und Kinderkrankenpflege, seit 1979 das Therapiezentrum Gülde-
ne Sonne in Rehburg-Loccum, seit

1980 das Sozialpädiatrische Zentrum Hannover sowie seit 1990 das Cochlear Implant Centrum (CIC) „Wilhelm Hirte“ in Hannover Groß-Buchholz.

Heute gilt das Kinder- und Jugendkrankenhaus auf der Bult in vielen Bereichen als eines der führenden Häuser in Behandlung, Betreuung und Pflege. Mit über 700 Diabetespatienten im Jahr ist es das größte Diabeteszentrum im deutschsprachigen Raum. Seit 2011 ist es eins von zwölf pädiatrischen Behandlungseinrichtungen in Europa, die von der Europäischen Gemeinschaft als Referenzzentrum anerkannt wurden. Anfang 2001 wurde der Bereich „Klinische Forschung“ mit Studien zu neuen Diabetesmedikamenten und Insulinpumpen geschaffen. Das Kinder- und Jugendkrankenhaus hat außerdem einen überregional guten Ruf in der Unfallchirurgie, seit 1990 gibt es die beiden einzigen Intensivbetten für schwer brandverletzte Kinder in ganz Niedersachsen. Bis heute sind die modernsten Technologien in der bildgebenden Diagnostik im Einsatz. 1997 eröffnete das Kinderkrankenhaus in Zusammenarbeit mit mehreren hannoverschen Geburtskliniken das erste Perinatalzentrum (PNZ) in Hannover überhaupt. Innerhalb von 15 Jahren wurden hier 3715 Kinder behandelt, von denen 614 weniger als 1500 Gramm wogen. Außerdem wurden 435 Zwillingspärchen und 39 Drillingsgeburten betreut. Die kinder- und jugendpsychiatrische Abteilung ist die einzige umfassende Behandlungsmöglichkeit für Kinder mit psychiatrischen Erkrankungen im Großraum Hannover. Dazu gehört auch die Suchttherapiestation Teen Spirit Island, in der



Historische Aufnahme der Hannoverschen Kinderheilstalt im Zooviertel aus dem Jahr 1908.

erstmals in Deutschland auch Jugendliche mit Internet- und Computersucht stationär aufgenommen werden. Eine Besonderheit der Abteilung ist die starke psychosomatische Ausrichtung insbesondere bei den Krankheitsbildern Anorexie und Diabetes mellitus in intensiver Zusammenarbeit mit den pädiatrischen Abteilungen. Überregional ist auch die Psychotherapie bekannt.

Nach sechsmonatigem Umbau wurde die neue Intensivstation im Januar 2010 eröffnet. Ärzte und Pflegekräfte kümmern sich rund um die Uhr um die Patienten, die intensiv betreut werden

müssen. Das gilt auch für Patienten, die eine pumpengesteuerte Medikamentenabgabe in den Rückenmarkskanal zur Therapie schwerer spastischer Störungen erhalten. 2002 wurde die erste intrathekale Baclofen-Pumpe auf der Bult implantiert. Mittlerweile werden so viele Patienten damit versorgt, dass das Kinder- und Jugendkrankenhaus das zweitgrößte Zentrum für diese spezielle Therapie in Deutschland ist. 2009 folgte die erste Implantation eines Vagusnerv-Stimulators zur Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit schweren Epilepsien. Die Bult ist seit 2012 zertifiziertes Epilepsiezentrum.

Die Entwicklung der gemeinnützigen Stiftung ist nicht abgeschlossen. Allen voran geht es dabei in den kommenden vier Jahren um die Sanierung des Bettenhauses, in dem die drei Etagen mit insgesamt neun Fluren umgebaut und erneuert werden. Beim sogenannten Aegidius Haus steht der Baubeginn bevor. Hier sollen schwerbehinderte Kinder und ihre Angehörige Entlastung finden – mit qualifizierter Pflege über 24 Stunden, intensiver Therapie und pädagogischer Förderung zur Wiedereingliederung.

*Björn-Oliver Bönsch
Stiftung Hannoversche
Kinderheilanstalt*

Zehn Jahre Pädagogik in den Bäumen

Seilgarten Hannover feiert Jubiläum

Zehn Jahre Seilgarten Hannover: Dieses Jubiläum feierte der Trägerverbund der Einrichtung am 04.09.2013 mit einem Fachtag. Über 100 interessierte Personen aus Jugendeinrichtungen, Schule, Politik und Wissenschaft nahmen an Diskussionen, Vorträgen und praktischen Workshops in Hannovers Stadtwald Eilenriede teil. Auch Gäste aus Dänemark, die in ihrer Heimat einen Seilgarten betreiben, nutzen die Gelegenheit, um sich über das Projekt in Hannover zu informieren.

Aber was zeichnet eigentlich den Seilgarten Hannover aus und was ist so besonders an dem Projekt? Hinter dem Seilgarten stehen acht sehr unterschiedliche Träger, die sich mit ihren spezifischen Stärken einbringen. Dazu gehören

die Landeshauptstadt Hannover, durch deren Förderung und personelle Unterstützung das Projekt wachsen konnte, der Jugendverband SJD – Die Falken, die das laufende Alltagsgeschäft mit hohem Engagement bewältigen, und die paritätische Mitgliedsorganisation Verein für Erlebnispädagogik und Jugendsozialarbeit e.V. VEJ, die große Kompetenz im Bereich der Qualifikation und Fortbildung ermöglicht. Weitere Mitglieder der Trägerkooperation sind die BBS3 (Berufsschule für Berufe am Bau), der Jugendverband der evangelischen freikirchlichen Gemeinden in Hannover, die Albert-Schweitzer-Schule (eine Grundschule in einem sozialen Brennpunkt), das Berufsbildungszentrum des Stephansstiftes und die Berufsschule Burgdorf-Lehrte.



Im Seilgarten geht es für die Teilnehmer hoch hinaus.

Über 50 Trainer und Trainerinnen tragen jedes Jahr mit persönlichen und auch ehrenamtlichen Engagement zum Gelingen des Projekts

bei. Das daraus resultierende hohe Maß an Verbindlichkeit und die langjährige personelle Kontinuität vieler Trainer ermöglichen hohe Belegungszahlen, gleichbleibende Qualität und permanenten fachlichen Austausch der pädagogischen Arbeit. Ein hoher Personalschlüssel von 1:5 sorgt dafür, dass die Angebote je nach den Fähigkeiten der Teilnehmenden gut dosiert differenziert werden können.

Der Seilgarten wird jedes Jahr von über 11.000 Kindern und Jugendlichen besucht. Da es ein Projekt der Kinder und Jugendarbeit ist, richtet sich das Angebot überwiegend an Schulklassen, Jugendgruppen und Gruppen aus Jugendhilfe, Therapie und dem Sport. Die Gruppen haben im Seilgarten die Möglichkeit, hochwertige soziale Lernprogramme und Trainings zu absolvieren, die neben dem Spaß am Klettern auch Kooperation, Vertrauen und Teamgeist fördern.

Der Seilgarten in Hannover ist ein Ort der Kommunikation und des Austauschs geworden. Es gibt in Deutschland nur wenige Projekte, in denen Fachkräfte aus Schule und der Kinder- und Jugendarbeit so eng miteinander und auf Augenhöhe arbeiten und sich auch in der alltäglichen pädagogischen Arbeit unterstützen. So wirkt die Arbeit im Seilgarten bis in die Schulen und Jugendeinrichtungen hinein. Im Seilgarten wird die Kooperation zwischen Schule und Jugendarbeit gelebt.

Am Fachtag wurden Themen wie die pädagogische Wirksamkeit von Seilgartenprogrammen oder Chancen erlebnispädagogischer Programme in der Stadt von Fachleuten

diskutiert. Nach den einleitenden Worten des Stadtjugendpflegers Volker Rohde, der die Bedeutung des Projekts für die Kinder- und Jugendarbeit deutlich machte, folgte eine Vorstellung des Projekts und seiner Entstehungsgeschichte. Grußworte der Bürgermeisterin der Stadt Hannover, Regine Kraus, und des Soziologen und Gewaltforschers Prof. Dr. Gunter Pilz, der durch seinen Arbeitsschwerpunkt Sport und soziale Arbeit in Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Sportkoordinator des Fachbereichs Jugend und Familie Michael Lockmann zum Gelingen des Projekts beigetragen hat, rundeten die Einleitung ab. Anschließend betonte der Schulleiter der BBS 3, Ulrich Erdmann, die große fachliche Bedeutung der Verzahnung von Schule und Jugendarbeit und dass dem Seilgarten eine besondere Bedeutung bei der Förderung von Jugendlichen im Bereich Übergang Schule und Beruf zukommt.

Der Fachvortrag von Prof. Dr. Janne Fengler begann mit einer eher kritischen Analyse über die Wirksamkeit von Seilgärten in der pädagogischen Arbeit. Es wurde deutlich, dass es vielfältige Faktoren gibt, die die Wirksamkeit von erlebnispädagogischen Programmen noch erhöhen können. Im Verlauf des Vortrages wurde jedoch deutlich, dass die Angebote des Seilgartenprojekts in Hannover sich nicht mit den üblichen, kommerziell betriebenen Seilgärten vergleichen lassen. Der Vorteil, den Gruppen in Hannover genießen, erwächst aus dem hohen Betreuungsschlüssel und einer guten Vor- und Nachbereitung der erlebnispädagogischen Programme, die es auch ängstlichen Menschen

ermöglichen, mit einem Erfolgserlebnis und einer Vielzahl von Lernerfahrungen aus dem Seilgarten in den Alltag von Schule, Jugendarbeit u.a. zurückzukehren. Nach der Mittagspause gab es einige Workshops zu den Themen Erlebnispädagogik in der Stadt, Erlebnispädagogik im Bereich Übergang Schule/Beruf, Reflexion, Klettern als pädagogisches Handlungsfeld und die Möglichkeit, die Wirkungen eines Seilgartens am eigenen Leib zu erleben.

Als Fazit der Veranstaltung ist festzuhalten, dass es einen großen Bedarf an fachlichem Austausch über die Wirksamkeit von Erlebnispädagogik zwischen Praktiker/-innen, Wissenschaftler/-innen und weiteren Interessierten gibt. Ein Blick auf andere Projekte und kontinuierliche Weiterentwicklung des Seilgartens sowie anderer außerschulischer Lernorte wurde deshalb als Wunsch vieler Beteiligter formuliert. Die starke Nachfrage nach Angeboten und spannenden Lern- und Erfahrungsräumen für pädagogische Arbeit bestärkt uns, sozialräumlich organisierte Erlebnispädagogik als Kooperationsverbund von Schule und Jugendarbeit auszubauen und so die Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Hannover weiter fachlich und innovativ zu stärken. Weitere Informationen zum Seilgarten sind im Internet unter www.seilgarten-hannover.de erhältlich.

*Henning Böhmer
Verein für Erlebnispädagogik und
Jugendsozialarbeit e.V. VEJ*

Gelebte Inklusion im Elektrorollstuhl-Hockey

RSG Langenhagen bringt Menschen mit und ohne Handicap

gemeinsam aufs Spielfeld

„Das ist eines der aufregendsten Turniere, die es je in Hannover gegeben hat. Heute wird Inklusion wirklich gelebt und nicht nur darüber geredet“, sagte Jürgen Wildhagen, Vorsitzender der paritätischen Mitgliedsorganisation Rollstuhlsportgemeinschaft (RSG) Langenhagen 82 e.V., am 07.09.2013 anlässlich der Begrüßung zum 1. Turnier Elektrorollstuhl-Hockey im Berufsbildungswerk Annastift Leben und Lernen in Hannover. Damit fasste er zusammen, was in den sechs folgenden Stunden jedem der Teilnehmer durch den Kopf ging.

Erstmalig veranstaltete die RSG Langenhagen ein solch integratives Turnier und hatte dazu die Stader Füchse und Hockey-Spielerinnen ohne Handicap des DTV Hannover eingeladen. In vier Begegnungen kämpften die Sportler der RSG Langenhagen gegen die Stader Füchse, in vier weiteren Partien über jeweils zweimal zehn Minuten traten Eltern, Freunde, Betreuer und Geschwister der Sportler – unter anderem auch mit den Rollstuhlfahrern in einem Team – gegeneinander an. Sie durften endlich einmal ausprobieren, welche Herausforderung die gleichzeitige Handhabung des (Elektro-)Rollstuhls und des Hockeyschlägers ist. Karla Mauersberg, die mit ihrer Mannschaft vom DTV Hannover in der Hockey-Oberliga spielt und trotz eines wichtigen Punktspiels am Sonntag dabei war, musste zugeben, dass der Umgang mit



Spannende Matches und viel Spaß für alle Beteiligten: Das 1. Turnier Elektrorollstuhl-Hockey der Rollstuhlsportgemeinschaft (RSG) Langenhagen 82 e.V. Foto: Philipp Küster

dem Rollstuhl das Schwierigste war: „Man hat ja keine Hand für den Schläger frei und ist die ganze Zeit damit beschäftigt, den Rolli zu steuern. Insgesamt bekommt man ein ganz anderes Gefühl für Schläger und Ball.“ Und auch Janes Rupprecht, Absolvent eines Freiwilligen Sozialen Jahres bei einem Fahrdienst für Menschen mit Handicap in Stade, hätte sich das Spiel einfacher vorgestellt. „Man hat wenig Bewegungsfreiheit im Rollstuhl und keine Ahnung, wie man den Schläger transportieren soll“, sagte er.

Wenn sich dann noch die Gegenspieler in den Weg stellen, ist so manch einer den Ball genauso schnell wieder los, wie er ihn bekommen hat. Weitere Herausforderungen waren das Führen des Golfballs, das Blocken, das Treffen des 20x250x40 cm großen Tores und der erforderliche Überblick.

Da war es für den ein oder anderen erstaunlich, wie wendig die Elektrorollifahrer mit ihrem Gefährt umgehen können. Fest steht, dass alle Spieler des Turniers an diesem Tag tüchtig ins Schwitzen gekommen sind. Die Sportler ohne Handicap wurden durch die Handhabung der Sportgeräte auf die Probe gestellt; für die Sportler mit Handicap war es mental besonders schwierig, die Stärken und Schwächen der Gegenspieler einzuschätzen und die passende Taktik anzuwenden. Am Ende waren deshalb zwar alle mit ihren Kräften am Ende, aber trotzdem glücklich und zufrieden.

Insgesamt hat das integrative Turnier der RSG Langenhagen gezeigt, dass alle Menschen, ganz gleich, wie schwer ihre Behinderung ist, in der Lage sind, einen anspruchsvollen Mannschaftssport auszuüben. „Es ist super gelaufen, die freundschaftliche Stimmung war klasse!

Wir wollen das auf jeden Fall im nächsten Jahr wieder organisieren und haben schon jetzt die Zusage des DTV dann sowohl eine Herren- als auch eine Damenmannschaft teilnehmen zu lassen“, freuen

sich Julius Kriebel, Trainer der Mannschaft der RSG Langenhagen, und möchte gern mit seiner Mannschaft auch einmal zu einem integrativen Turnier nach Stade fahren. „Wir wollen die Inklusion voran-

treiben, indem wir noch mehr Fußgängern die Möglichkeit geben, diese Sportart kennenzulernen.“

Heike Werner
freie Journalistin

Auszeichnung für vorbildliche Freiwilligenarbeit

Hannoversche Werkstätten gewinnen Leinestern

Der diesjährige Leinestern für „Unternehmensengagement“ geht an die Hannoversche Werkstätten gem. GmbH. Die Einrichtung für behinderte Menschen wird für den Aufbau ihrer Freiwilligenarbeit geehrt. Durch die Einbindung von Freiwilligen wollen die Werkstätten Begegnungen von Menschen mit und ohne Behinderung ermöglichen. Der Leinestern wird auf Initiative des Freiwilligenzentrums Hannover alle zwei Jahre in den Kategorien „Unternehmensengagement“, „Projekt des Jahres“ und „Freiwillige/r des Jahres“ vergeben. Gefördert wird der Preis von der Sparda-Bank und der Hannover-Stiftung.

„Viele kleine Schritte sind notwendig, um das große Ziel Inklusion zu erreichen,“ sagt Geschäftsführerin Vera Neugebauer. „Durch die Freiwilligenarbeit können wir den Austausch von Menschen mit und ohne Behinderung ermöglichen und begleiten. Bei uns kann man den Alltag der Beschäftigten in den Hannoverschen Werkstätten erleben – so wollen wir beeinträchtigte Menschen in den Mittelpunkt der Gesellschaft rücken. Jeder Freiwillige, der zu uns kommt, geht einen Stück dieses Weges.“



Herbrig mit Laudator Harald Böhlmann (rechts) und Johannes Janke vom Freiwilligenzentrum.

Foto: Leinebrandung

Die Vorbereitungen begannen bereits vor zwei Jahren. Freiwilligenkoordinatorin Christine Herbrig erfasste gemeinsam mit Sozialpädagogen den Bedarf und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Freiwilligen im Unternehmen. So entstand ein Katalog mit zwölf Engagementangeboten, z.B. in der Medienarbeit, im Freizeitbereich bei der Arbeit oder im Sport. „Freizeit-Aktivisten“, „Alltagskümmerer“, „Rasende Reporter“ und andere Freiwillige tummeln sich inzwischen bei den Hannoverschen Werkstätten. Sechs Freiwillige kommen regelmäßig, etwa zehn Personen waren im letzten Jahr bei Einzelak-

tionen dabei und mehrere Dutzend bei Gemeinschaftsprojekten wie z.B. bei den Special Olympics oder dem Fährmannsfest. „Seit einiger Zeit ist das Interesse so groß, dass wir ein bis zwei Erstgespräche pro Woche führen. Wir haben den Eindruck, unser Projekt startet jetzt so richtig durch“, freut sich Christine Herbrig.

Natürlich führt nicht jedes Gespräch mit den Interessenten auch zu einem dauerhaften Engagement. Zeit und Neigungen der Freiwilligen müssen zu dem Bedarf in der Einrichtung passen. Dennoch zeigen sich die meisten Interessenten schon bei ihrem ersten Besuch sehr

beeindruckt. „Wir wussten gar nicht was hier alles geleistet wird!“ ist eine der häufigsten Aussagen nach einem Rundgang in den Werkstätten.

Die Auszeichnung am mit dem Leinstern rückt auch die Arbeit

der Werkstätten in ein rechtes Licht, findet Geschäftsführerin Vera Neugebauer. „Werkstätten bieten Raum für Begegnung. Die Freiwilligenarbeit der Hannoverschen Werkstätten soll über den eigentlichen Werkstattauftrag hinaus

helfen, Vorurteile abzubauen. Das ist die Voraussetzung für Inklusion – das Dabeisein in der Gesellschaft aller.“

Christine Herbrig

Hannoversche Werkstätten gem. GmbH

Blick zurück nach vorn

Die Frauenberatung Verden e.V. wird 20 Jahre alt

„Guten Tag, ich möchte mich scheiden lassen und brauche ihre Unterstützung...“; „Guten Tag, ich bin in der sechsten Woche schwanger und kann mich momentan nicht für diese Schwangerschaft entscheiden, ich bräuchte einen Termin...“; „Guten Tag, ich habe ein sehr niedriges Einkommen und benötige dringend finanzielle Unterstützung, weil ich im fünften Monat schwanger bin...“

Seit 20 Jahren erreichen diese und viele ähnliche Anrufe und Anfragen täglich die paritätische Mitgliedsorganisation Frauenberatung Verden e.V. Von einem kleinen angemieteten Kellerraum und der Mitarbeit von ehrenamtlichen Helferinnen im Jahr 1993 hat sich die Frauenberatung zu einer Fachberatungsstelle für Frauen und werdende Eltern mit unterschiedlichem Beratungsbedarf in ansprechenden Räumlichkeiten in der Grünen Str. 31 entwickelt. Heute ist die Frauenberatung Verden e.V. für die Gegend zwischen Bremen und Hannover eine gut frequentierte Anlaufstelle für schwangere Frauen und Frauen und Mädchen in unterschiedlichen Lebenskrisen.

Die vier hauptamtlichen Beraterinnen Regine Balk (HP-Psychotherapie), Inge Dotschkis-Hillejan

(Dipl.-Sozialarbeiterin), Saskia Kamp (Dipl.-Pädagogin) und Marianne Tjarks (Dipl.-Sozialpädagogin) bewältigen bis zu 800 Beratungsanfragen pro Jahr. Dabei haben die Grundsätze Anonymität und Schweigepflicht oberste Priorität bei allen Beratungen. Unterstützt wird das hauptamtliche Team in seiner Arbeit durch 35 Vereinsfrauen, von denen Dr. Ute Sonntag, Karima Stadlinger und Regine Balk den gleichberechtigten Vorstand bilden.

Nach vielen Monaten der Trauerbegleitung verabschiedet sich eine

junge Frau von den Mitarbeiterinnen der Frauenberatung Verden mit den Worten: „Hier konnte ich so lange traurig sein, wie ich es empfand, konnte mein verlorenes Kind betrauern... ich bin so dankbar, dass es Sie gibt und ich hier sein konnte. Ich habe wieder Lebensmut gefunden.“

Lebensmut wird auch häufig Frauen im Trennungs- beziehungsweise Scheidungsprozess vermittelt. Die Frauen entwickeln im Anschluss an die Einzelberatung Selbsthilfegruppen zur gegenseitigen Stär-



Die vier hauptamtlichen Beraterinnen der Frauenberatung Verden, von links: Marianne Tjarks, Inge Dotschkis-Hillejan, Regine Balk und Saskia Kamp.

kung. Nicht nur für diese, sondern auch für diverse andere Problemlagen und Präventionsarbeit steht die Tür der Frauenberatung e.V. seit nunmehr 20 Jahren offen.

Das Jubiläum wurde am 19.09.2013 mit einem Festakt im Kulturgut Ehmken Hoff in Dörverden gefeiert. Dr. Marie Sichtermann hielt den Festvortrag mit dem Titel „...bis hierhin und viel weiter...“, der das frauenpolitische, feministische Engagement besonders in den Mittelpunkt stellte. Eingeraht wurde dieses von musikalischen Akkordeon- und Saxofonklängen des Duo Taksim aus Achim und den schönen Stimmen des Lesenchors Leineperlen aus Hannover.

Anlässlich des 20. Geburtstages war in der Frauenberatung bereits von März bis September 2013 eine Kunstausstellung mit dem Titel: „Zwanzig“ zu besichtigen, bei der Künstlerinnen der Malgruppe der Lebenshilfe Verden-Rotenburg ausgestellt hatten. Im Mai wurde zudem eine kleine Durchgangstraße an der Frauenberatung mit einem neuen Straßenschild versehen: Anna Rennekamp war eine Hebamme die Ende des 19. Jahrhunderts, die erste kleine private Entbindungsanstalt in ihrem Haus gegründet hatte. Nun wird sie am Haus der Frauenberatung Verden mit einem Schild gewürdigt.

Selbstverständlich hat die Frauenberatung Verden auch in Zukunft viel vor. So fordert sie unter an-

derem zwei finanzierte Vollzeitarbeitsstellen für die Gewaltberatung sowie die Finanzierung von Verhütungsmitteln für alle Frauen. Grundsätzlich wird weiter nach dem Leitgedanken der Beratungsstelle gearbeitet: Solange Gleichberechtigung von Frauen im Sinne von Selbstbestimmung, eigenständiger Existenzsicherung und gleicher demokratischer Teilhabe nicht besteht, bedarf es selbstverständlich einer ausreichend finanzierten Frauenberatung und einer eigenständigen Frauenpolitik, die dafür Impulse gibt, dass Macht gerecht zwischen Männern und Frauen aufgeteilt wird.

*Inge Dotschkis-Hillejan
Frauenberatung Verden e.V*

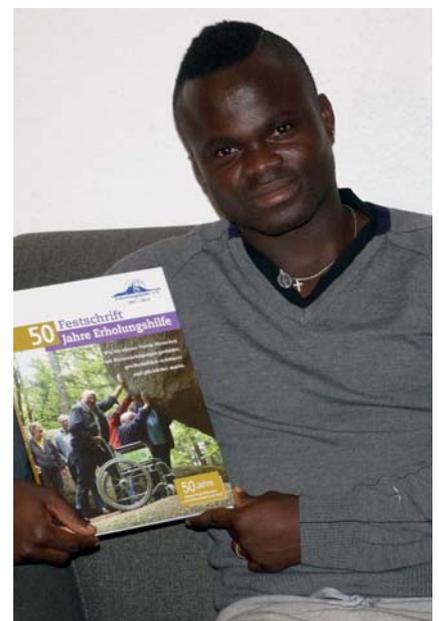
Ein gelungenes Fest für alle

Die Erholungshilfe feierte ihr 50-jähriges Bestehen im Bayerischen Wald

Unter der Schirmherrschaft des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil hat der mildtätige Verein Erholungshilfe Sozialtherapeutische Erlebnisreisen e.V. aus Hannover am 10.08.2013 im Bayerischen Wald sein 50-jähriges Bestehen gefeiert. Mehr als 67.000 Menschen mit Behinderung sind in dieser Zeit in den Genuss einer sozialtherapeutischen Erlebnisreise gekommen. In einer zünftigen Urweiße-Hütt'n am Büchelstein in Kerschbaum dankte der Vorsitzende des Vereins, Prof. Wielant Machleidt, bei der Feierstunde den vielen ehrenamtlichen Reisebegleitern, den örtlichen Wirten sowie den anwesenden Reisenden mehrerer Gruppen. Sogar aus Spanien waren Vertreter gekommen,

denn die paritätische Mitgliedsorganisation „Erholungshilfe“ bietet auch Reisen für Menschen mit Beeinträchtigungen nach Andalusien an. In einem Grußwort stellte die niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt fest: „Wie sehr Ihr Reiseangebot, das sich an den Wünschen und Bedürfnissen Ihrer Reiseteilnehmerinnen und -teilnehmer orientiert, angenommen wird, bezeugen die steigenden Teilnehmerzahlen und die Ausweitung Ihrer Reiseziele.“

Die Bürgermeister von Grattersdorf, Norbert Bayerl, und von Hohenau, Eduard Schmid, waren genauso gern gekommen wie der stellvertretende Landrat des Kreises Deggendorf, Peter Erl. Auch der



Didier Ya Konan, Stürmer bei Hannover 96 und das Gesicht der „Erholungshilfe“, mit der Feestschrift des Vereins, den er mit viel persönlichem Engagement unterstützt.

stellvertretende Landrat aus Freyung-Grafenau, Helmut Behringer, war dabei, ebenso wie der Behindertenbeauftragte des Landkreises Deggendorf, Otto Vilsmaier. Er ist querschnittsgelähmt und seit 1996 Mitglied der Deutschen Paralympics-Mannschaft im Rollstuhl-Tischtennis. Unter anderem war er schon bei Wettkämpfen in Atlanta, Sydney, Athen und Peking dabei. Klaus Beinhorn, Geschäftsführer der „Erholungshilfe“ freute sich über einen derart starken Zulauf an Gratulanten und Gästen und dankte allen Beteiligten herzlich für ihre Unterstützung.

Prof. Wielant Machleidt würdigte in seiner Begrüßungsrede neben den Teilnehmern, Reisebegleitern und Gästen auch die langjährigen Partner der Erholungshilfe im Bayerischen Wald. „Wir sind stolz auf Sie, machen Sie so weiter“, betonte Machleidt. „Zusammen sind wir ein großes Team mit einer faszinierenden Aufgabe.“ Besonderen Dank ernteten die Gastwirtsfamilien, die seit vielen Jahren die Reiseteilnehmer aufnehmen und ihnen Gutes tun. Familie Raith aus Kerschbaum, vor deren Tür die Festhütte aufgebaut war, gehört dazu. Familie Hobelsberger aus dem Hohenauer Hof wie auch die Familien Baumann vom Alten Wirt in Zenting oder Krückl vom Landgasthof Hinterschmiding. Anna Carmen Frias-Lopez aus Nerja in Andalusien zählte ebenso dazu.

Örtliche Vereine boten den Gästen ein breites Betätigungsfeld. So konnten einige beim Tisch-Eisstockschießen ihr Können zeigen, andere sich in einen Drachenflieger legen oder bei den Oldtimerfreunden Grattersdorf eine Runde



Buntes Geburtstagsfest: Die „Erholungshilfe“ hat ihr 50-jähriges Bestehen in einer zünftigen Urweiße-Hütt'n am Büchelstein in Kerschbaum unter Beteiligung zahlreicher Vereine und Verbände gefeiert.

mit einem Traktor Baujahr 1928 hinlegen. Die vielen lebensnahen Aktivitäten lobte auch Karl Finke in seiner Festrede. Der niedersächsische Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung hat die Arbeit des Vereins viele Jahre begleitet und auch privat schon einmal Urlaub im bayerischen Wald gemacht. Auch das vereinseigene Haus in Bad Zwischenahn, in das viele Reisen führen, hat er mehrfach besucht. Finke lobte die „geliebte Inklusion“ der „Erholungshilfe“. Viel werde heute über dieses Schlagwort gesprochen – in der Schule, in der Arbeitswelt, bei der Pflege älterer Menschen. „Hier wird sie seit 1963 praktiziert“, unterstrich der Landesbeauftragte. Das war auch bei der Feier zu spüren, die als Zeichen an die große Gastfreundschaft der bayerischen Hoteliers, Betreuer und Vereine in dieser Umgebung ausgerichtet wurde.

Dankbar sind auch die behinderten Reisetilnehmer, wie einige in

Gesprächen mit Wilfried Wesemann, dem zweitem Vorsitzenden des Vereins, während der Feier beteuerten. So sagte die 80-jährige Ingrid Baudin: „Nächstes Jahr komme ich wieder“, und Sabine und Uwe Timme freuten sich über den Besuch einer Glasbläserei und lobten die Betreuer.

Zum ihrem runden Geburtstag hat die „Erholungshilfe“ eine etwa 100-seitige Festschrift ausgelegt. In ihr können alle Details der 50 Jahre nachgelesen werden, die Texte werden mit historischen Fotos und Dokumenten ergänzt. Die Festschrift steht auf der Internetseite des Vereins www.erholungshilfe.de zum Download bereit, weitere Auskünfte telefonisch unter 0511 854000.

*Klaus Beinhorn
Sozialtherapeutische
Erlebnisreisen e. V.*



Ganz viel paritätische Geschichte auf einem Bild: Anlässlich des 86. Geburtstags von Wolfgang Neubelt (sitzend) waren auch die Ehrenvorsitzenden Karin Rut Diederichs (neben Wolfgang Neubelt) und Günter Famulla (rechts) mit Gattin Eva Loscher-Famulla (links) der Einladung der Verbandsratsvorsitzenden Dorothea Pitschnau-Michel und Kurt Spannig (beide in der Mitte der Gruppe) sowie des Vorstands Birgit Eckhardt (2. von links) und Christian Boenisch (2. von rechts) gefolgt.

Paritätisches Geburtstagsessen

Ehrenvorsitzender Wolfgang Neubelt wird 86 Jahre alt

Mit einem schönen Essen in angenehmer Atmosphäre haben der Vorstand und die Verbandsratsvorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. ihren langjährigen Landesgeschäftsführer, Direktor, Vorstandsvorsitzenden und heutigen Ehrenvorsitzenden Wolfgang Neubelt anlässlich seines 86. Geburtstages am 13. September 2013 im GDA-Wohnstift Kleefeld geehrt und gefeiert.

Wolfgang Neubelt war von 1956 bis 1986 Verbandsdirektor des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. Auf ihn geht die Wohnstiftsidee zurück, deren Initiator und Motor er war. Des Weiteren hat er die „Aktion Silberfisch“ in den 50er und 60er Jahren mit entwickelt, Essen auf Rädern in Niedersachsen eingeführt, die Drogenberatungscentren in Hannover und Braunschweig mit begründet so-

wie das verbandseigene Müttergenesungsheim in Zorge/Südharz. Wolfgang Neubelt war von 1988 bis 1997 Vorsitzender des Verbands und ist seit 1997 einer seiner Ehrenvorsitzenden. Für sein Lebenswerk hat er das Bundesverdienstkreuz und zahlreiche andere Ehrungen erhalten.

Anika Falke
 Paritätischer Wohlfahrtsverband
 Niedersachsen e.V.

Ehrungen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes, in Kreisgruppen wie Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

Urkunde:

- Nicole Lehmann, Paritätischer Lüneburg
- Ralf Gremmel, Paritätischer Lüneburg
- Elke Schatton, Paritätischer Nienburg
- Christa Widdel, Paritätischer Schaumburg
- Jennifer Meinberg, Paritätischer Salzgitter
- Martina Büttner-Koppenhölle, Paritätischer Salzgitter
- Iris Kissinger, Paritätischer Salzgitter
- Ina Aschenbrenner, Paritätischer Lüneburg
- Ursula Klepper, Paritätischer Lüneburg
- Heidrun Krebs, Paritätischer Salzgitter
- Ira Ellguth, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Regina Albert, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Rosemarie Körber, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Ursula Best, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Susanne Solisch, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt

Ehrenzeichen des Verbandes:

- Hans-Jürgen Sauerhammer, Lebenshilfe Hameln-Pyrmont e. V.
- Daniel Leonhardt, Paritätischer Holzminden
- Dr. Philipp von Blanckenburg, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Gerda Georgs, Paritätischer Aurich
- Simone Hotea, Paritätischer Salzgitter
- Frauke Abel-John, Paritätischer Lüneburg

Werben im Parität Report

Sie möchten in den nächsten Ausgaben des Parität Report eine Anzeige schalten?

Wir beraten Sie dazu gerne. Fordern Sie einfach unter presse@paritaetischer.de

unverbindlich unsere gültige Anzeigenpreisliste an.

Der Paritätische Stellenmarkt

Senden Sie eine Kurzbewerbung (zwei bis drei Sätze) oder ihre Ausschreibung an E-Mail presse@paritaetischer.de oder Fax 05 11 5 24 86-3 33.

Die Veröffentlichung ist kostenlos!

Der Paritätische Stellenmarkt



Lebenshilfe Gifhorn

gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Wir sind seit 50 Jahren Träger von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung im Landkreis Gifhorn und betreuen in Frühförderung/Stützpädagogik, Kindergärten und Schulen, Werkstätten und Wohnheimen sowie in verschiedenen ambulanten Diensten mit ca. 500 Mitarbeitern über 1300 Menschen mit Behinderung.

Unser Kind- und Jugendbereich mit seinen teilstationären Einrichtungen und ambulanten Diensten sucht zum nächstmöglichen Termin für unsere staatlich anerkannte Tagesbildungsstätte mit ca. 40 Schülerinnen und Schüler eine/n

Schulleiter/in

(Qualifikationen: Förderschullehrer/in, Diplom-Heilpädagoge/in, Diplompädagoge/in)

Sie möchten sich der Herausforderung stellen, unter Beachtung der Prämissen der UN-Behindertenrechtskonvention mit uns gemeinsam die Zukunft unserer Einrichtung zu gestalten. Sie sind es gewohnt, andere Menschen zu motivieren und für neue Ideen zu begeistern; sind dabei strukturiert und organisiert. Ein hohes Engagement für Menschen mit Behinderungen ist für Sie selbstverständlich. Dann können Sie die richtige Ergänzung für unser interdisziplinäres Team sein.

Wir erwarten von Ihnen

- Ein abgeschlossenes Hochschulstudium
- Berufserfahrung im Bildungswesen, möglichst auch in der Behindertenarbeit
- Führungserfahrung in ähnlichen Leitungsfunktionen
- Erfahrungen in Verwaltungstätigkeiten, Organisation und QM-Systemen
- Einen sicheren Blick für die wirtschaftliche Machbarkeit pädagogischer Konzepte
- Kenntnisse im Arbeitsrecht
- Sichere Anwendung von Standardsoftware und Weiterentwicklung des EDV-Einsatzes
- hohe Flexibilität und Belastbarkeit
- sehr gute Kommunikationsfähigkeiten auf allen Ebenen

Zu Ihren Aufgaben gehören

- Leitung der Einrichtung
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der Einrichtung
- Personalführung von ca. 30 Mitarbeitern
- Elternarbeit
- Übernahme von Unterrichtseinheiten in angemessenem Umfang
- Budgetverantwortung
- Mitwirkung bei Planung und Steuerung
- Ansprechpartner für Bereichsleitung und Geschäftsführung
- Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit

Unser Angebot

- Sie sind der Bereichsleitung Kind und Jugend direkt unterstellt;
- arbeiten in einem kompetenten interdisziplinären Team;
- auf einer unbefristeten Vollzeitstelle mit Leitungsfunktion.
- Die Vergütung erfolgt nach unserer hauseigenen Entgeltgestaltung.
- Wir bieten eine betriebliche Altersversorgung nach VBLU.

Sie sind interessiert? Dann freuen wir uns auf Ihre schriftliche Bewerbung, die Sie bitte richten an: Lebenshilfe Gifhorn gemeinnützige GmbH, z.Hd. Frau Dörte Willmann-Kuball, Im Heidland 19, 38518 Gifhorn oder per E-Mail an: Doerte.Willmann-Kuball@Lebenshilfe-Gifhorn.de richten. Weitere Auskünfte erteilt Ihnen Frau Willmann-Kuball unter der Telefonnummer: 05371/892-177.



Wir, family support - S&S gemeinnützige Gesellschaft für Soziales mbH, sind ein anerkannter Jugendhilfeträger im Sinne des § 78 SGB VIII mit Sitz in Hamburg.

Wir suchen (zum Teil ab sofort) für unsere Wohngruppen in Harburg und Billstedt kompetente

Sozialpädagogen/innen

(oder vergleichbare Qualifikation) in Vollzeit/Teilzeit

Kernaufgaben sind:

- Begleitung der Jugendlichen auf dem Weg zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung
- Gestaltung des pädagogischen Alltags gemeinsam mit den Jugendlichen
- Unterstützung bei Alltagsbewältigung und Tagesstrukturierung
- Durchführung von gemeinsamen Gruppenaktivitäten
- Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern

Voraussetzungen:

- Verantwortungsbewusstsein und wertschätzender Umgang mit den Jugendlichen
- Bereitschaft zum Schichtdienst
- Teamfähigkeit und Organisationstalent
- Eigenverantwortlich strukturiertes Arbeiten
- Fähigkeit zur Selbstreflexion
- Interesse an persönlicher und beruflicher Weiterentwicklung

Wir bieten:

Ein lebendiges Team, Supervision und Fortbildungsmöglichkeiten, fachlichen Gestaltungsfreiraum innerhalb des Arbeitsbereiches sowie einen zukunftsorientierten Arbeitsplatz mit tarifgerechter Bezahlung nach AVB. Der Vertrag ist zunächst auf 2 Jahre befristet mit Möglichkeit der Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

Vollständige Bewerbungsunterlagen bitte per Post oder E-Mail an:

family support, S&S gemeinnützige Gesellschaft für Soziales mbH

Katrin Puhr
Neugrabener Bahnhofstraße 22
21149 Hamburg-Harburg
puhr@kinder-jugendhilfe.de
<http://www.family-support.sc>



Wir, family support - S&S gemeinnützige Gesellschaft für Soziales mbH, sind ein anerkannter Jugendhilfeträger im Sinne des § 78 SGB VIII mit Sitz in Hamburg.

**Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine
Wohngruppenleitung als innewohnende päd.
Fachkraft**

(w/m) mit Berufserfahrung in der Jugendhilfe.

Sie wohnen in einer abgeschlossenen Wohnung innerhalb eines neu renovierten Hauses im Hamburger Osten. Unterstützt werden Sie von pädagogischen Fachkräften und einer Hauswirtschaftskraft. Ihr Aufgabengebiet umfasst den Aufbau und die Leitung einer Jugendwohngruppe mit 8 Plätzen nach §34 SGB VIII.

Dazu gehören:

- Führung eines Teams im pädagogischen Alltag
- Förderung von Teamentwicklungsprozessen
- Steuerung und Umsetzung von Hilfeplanprozessen
- Kassenführung und Dienstplangestaltung
- Kooperation mit dem Jugendamt und anderen Institutionen
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzeptes

Wir erwarten eine gestandene Persönlichkeit mit:

- Pädagogischer Ausbildung (Dipl. Soz.Päd. oder vergleichbar)
- Berufserfahrung in der Jugendwohngruppenarbeit
- Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung
- Engagement, Fachlichkeit, hohen sozialen Kompetenzen
- Bereitschaft zum Gruppendienst/Schichtdienst
- Fähigkeit zur Gestaltung von Gemeinschaft

Wir bieten:

- Eine abwechslungsreiche Tätigkeit in einem dynamischen Arbeitsfeld
- Entwicklungs- und Gestaltungsräume
- Supervision, Fachliche Begleitung und Möglichkeit zur Fortbildung
- Tarifgerechte Bezahlung

Bitte senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen bis zum per Post oder E-Mail an:

family support, S&S gemeinnützige Gesellschaft für Soziales mbH
Andrea Kolle
Neugrabener Bahnhofstraße 22
21149 Hamburg-Harburg
harburg@kinder-jugendhilfe.de
www.family-support.sc



Wir, family support - S&S gemeinnützige Gesellschaft für Soziales mbH, sind ein anerkannter Jugendhilfeträger im Sinne des § 78 SGB VIII mit Sitz in Hamburg.

Wir suchen (zum Teil ab sofort) für unser ambulantes und teilstationäres Team

Sozialpädagogen/innen

(oder vergleichbare Qualifikation) in Teilzeit. Eine Beschäftigung in Vollzeit ist zum späteren Zeitpunkt möglich.

Kernaufgaben sind:

- Begleitung von Jugendlichen und Familien auf dem Weg zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung
- Unterstützung bei Alltagsbewältigung, Tagesstrukturierung und Erziehungsfragen
- Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern

Wir wünschen uns Kolleginnen oder Kollegen mit:

- Erfahrung in der ambulanten und/oder teilstationären Jugendhilfe
- Interesse an beruflicher und persönlicher Weiterentwicklung
- mit Verantwortungsbewusstsein und wertschätzendem Umgang mit den Jugendlichen bzw. Familien
- einem hohen Maß an Selbstorganisation und Reflexionsfähigkeit
- Lust auf Teamarbeit

Wir bieten:

Ein lebendiges Team, Supervision und Fortbildungsmöglichkeiten sowie einen zukunftsorientierten Arbeitsplatz und tarifgerechte Bezahlung nach AVB. Der Vertrag ist zunächst auf 2 Jahre befristet mit Möglichkeit der Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

Bitte senden Sie die vollständige Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail an:

S&S gemeinnützige Gesellschaft für Soziales mbH

family support

Sonja Gajic

Königstraße 16a

22767 Hamburg-Altona

fs@kinder-jugendhilfe.de

www.family-support.sc/stellenangebote

Stellengesuche

Langjährige Leitungskraft, u. a. Heimleiter und Geschäftsführer,

sucht neuen Wirkungskreis in der Wohlfahrtspflege oder vergleichbaren Einrichtungen bevorzugt in Norddeutschland. Christliche Grundprägung sowie fundierte Erfahrungen in allen sozial-medizinischen Bereichen, Unternehmensberatung und Öffentlichkeitsarbeit vorhanden. Bei Interesse bitte Kontakt aufnehmen.

Tel. 0 51 61-48 78 61 o. 0 15 20-9 28 08 78 o. freinoss@aol.com

Groß- und Außen- handelskaufmann

Fachhochschulreife Wirtschaft, 20 Jahre Berufserfahrung in Handel und Bauwirtschaft sucht Stelle/Mitarbeit/Praktikum als Schuldner- und Insolvenzberater im Großraum Hannover.

Kontakt: Tel. 01 51 62 60 18 30.

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

Die Ansprechpartner

Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschaftsplanung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

Lara Sebo

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

Eduard Schellenberg (Behindertenhilfe)

Tel. 05 11 / 5 24 86-367

Barbara Heidrich (Pflege)

Tel. 05 11 / 5 24 86-370

Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

Lara Sebo

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

Dietmar Buck

Tel. 05 11 / 5 24 86-373

Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale), Finanzierungskonzeption, Kapitalmarktkredite, Vermittlung von Investoren

Christiane Schumacher

Tel. 05 11 / 5 24 86-395

Lara Sebo (Fundraising)

Tel. 005 11 / 5 24 86-376

Adelheid Dähne (Fundraising)

Tel. 05 11 / 5 24 86-347

Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise

Lotteriemittel-Beihilfen

Monika Bullmann

Tel. 05 11 / 5 24 86-378

Christiane Häberle

Tel. 05 11 / 5 24 86-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen; Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

Annemarie Heuer

Tel. 05 11 / 5 24 86-377

Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

Matthias Noland

Tel. 05 11 / 5 24 86-375

Kfz

Astrid Schöne (Abrufscheine)

Tel. 05 11 / 5 24 86-397

Adelheid Dähne (Abrufscheine)

Tel. 05 11 / 5 24 86-347

Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

Udo Mex

Tel. 05 11 / 5 24 86-357

Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

Kirsten Schalinski

Tel. 05 11 / 5 24 86-379

Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

Ernst Spieß

Tel. 05 11 / 5 24 86-398

Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und -ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

Lara Sebo

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

Christiane Schumacher

Tel. 05 11 / 5 24 86-395

Versicherungen

Ulrich Preisberger

Tel. 05 11 / 52486-348

Seminare

Interne und externe Schulungen

Astrid Schöne

Tel. 05 11 / 5 24 86-397

Fachbereiche des Paritätischen

Die Fachberaterinnen und Fachberater

Altenselbsthilfe

Christine Köhler-Riebau
 Paritätischer Wolfsburg
 Saarstraße 10 a
 38440 Wolfsburg
 Tel. 0 53 61 / 29 50-15
 Fax 0 53 61 / 29 50-21
 christine.koehler-riebau@
 paritaetischer.de

Behindertenhilfe

Erwin Drefs
 Lebenshilfe Delmenhorst und
 Landkreis Oldenburg e.V.
 Bismarckstraße 21
 27749 Delmenhorst
 Tel. 0 42 21 / 15 25-0
 Fax 0 42 21 / 15 25-15
 erwindrefs.fb@
 lebenshilfe-delmenhorst.de

Bildung

Annette von Pogrell
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-342
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 annette.von.pogrell@
 paritaetischer.de

Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-367
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 eduard.schellenberg@
 paritaetischer.de

Elementarerziehung

Klaus-Dieter Fortmeyer
 Paritätischer Cuxhaven
 Kirchenpauerstraße 1
 27472 Cuxhaven
 Tel. 0 47 21 / 57 93-12
 Fax 0 47 21 / 57 93-50
 klaus-dieter.fortmeyer@
 paritaetischer.de

Erziehungshilfe

Kathrin Wagner
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-387
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 kathrin.wagner@paritaetischer.de

Frauen und Familien

Andrea Zerrath
 Paritätischer Helmstedt
 Schuhstraße 1
 38350 Helmstedt
 Tel. 0 53 51 / 5 41 91-4
 Fax 0 53 51 / 5 41 91-66
 andrea.zerrath@paritaetischer.de

Jugendbildung/PJW

Karsten Maul
 Paritätischer Wolfenbüttel
 Rosenwall 1
 38300 Wolfenbüttel
 Tel. 0 53 31 / 9 05 46-50
 Fax 0 53 31 / 9 05 46-11
 karsten.maul@paritaetischer.de

Krankenhäuser

Birgit Eckhardt
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-365
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Kur- und Erholungshilfen

Lara Sebo
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-376
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 lara.sebo@paritaetischer.de

Migration/Integration

Regina Krome
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-383
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 regina.krome@paritaetischer.de

Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon
 Eurosozial e.V. – Paritätischer Verein
 für deutsch-polnische und
 europäische Zusammenarbeit
 Marienbruchstraße 61/63
 38226 Salzgitter
 Tel. 0 53 41 / 84 11 94
 k.balon@eurosozial.eu

Pflege

Barbara Heidrich
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-370
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 barbara.heidrich@paritaetischer.de

Schullandheime

Kathrin Wagner
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-387
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 kathrin.wagner@paritaetischer.de

Selbsthilfe

Barbara Heidrich
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-370
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 barbara.heidrich@paritaetischer.de

Soziale Psychiatrie

Bernhard Döring
 Paritätischer Nienburg
 Wilhelmstraße 15
 31582 Nienburg
 Tel. 0 50 21 / 97 45-17
 Fax 0 50 21 / 97 45-11
 bernhard.doering@paritaetischer.de

Sucht

Petra Bunke
 Paritätischer Braunschweig
 Jugend- und Drogenberatung
 Braunschweig DROBS
 Kurt-Schumacher-StraÙe 26
 38102 Braunschweig
 Tel. 05 31 / 2 20 90-0
 Fax 05 31 / 2 20 90-90
 petra.bunke@paritaetischer-bs.de

Überregionale

Mitgliedsorganisationen

Lara Sebo
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-376
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 lara.sebo@paritaetischer.de

Arbeitskreise des Paritätischen

Leiterinnen und Leiter

Arbeits- und Tarifrecht

Lara Sebo
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-376
 Fax 05 11 / 5 24 86-333
 lara.sebo@
 paritaetischer.de

Betreuungsvereine

Christiane Schumacher
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-395
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 christiane.schumacher@
 paritaetischer.de

Freiwilligen-Agenturen

Nadja Kunzmann
 Freiwilligen-Agentur des
 Paritätischen Hameln
 c/o Familie im Zentrum
 Osterstraße 46
 31785 Hameln
 Tel. 0 51 51 / 57 61-27
 nadja.kunzmann@
 paritaetischer.de

Kontakt- u. Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen

Regina Heller
 Paritätischer Hameln
 Kaiserstraße 80
 31785 Hameln
 Tel. 0 51 51 / 5 76-113
 regina.heller@
 paritaetischer.de

Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel
 Paritätischer Nienburg
 Wilhelmstraße 15
 31582 Nienburg
 Tel. 0 50 21 / 97 45-15
 Fax 0 50 21 / 97 45-11
 wolfgang.lippel@
 paritaetischer.de

Sprachheilarbeit

Irmgard Fricke
 Lebenshilfe Hameln e. V.
 Sprachheilkindergarten
 Burgstraße 4
 31855 Aerzen
 Tel. 0 51 54 / 38 05
 Fax 0 51 54 / 7 09 00 08
 irmgard.fricke@
 lebenshilfe-hamelnde

Straffälligenhilfe

Annette von Pogrell
 Paritätischer Niedersachsen
 GandhisträÙe 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 05 11 / 5 24 86-342
 Fax 05 11 / 5 24 86-332
 annette.von.pogrell@
 paritaetischer.de

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen · Rosenwall 1 · 38300 Wolfenbüttel
 Fon: 05331-905460 · Fax: 05331-9054611 · jugendwerk@paritaetischer.de · www.pjw-nds.de



kraftvoll



lautstark



dynamisch

für Teilhabe, Solidarität,
 soziale Gerechtigkeit

Mitglieder des Verbandsrats

(Wahlperiode 2012 bis 2016)

Vorsitzende des Verbandsrates

(jährlich alternierend)

Kurt Spannig (2013, 2015)

Psychiatrische Klinik Uelzen
An den Zehn Eichen 50
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 38 95-301
Fax 05 81 / 38 95-309
info@pk-uelzen.de

Dorothea Pitschnau-Michel

(2014, 2016)
c/o Deutsche Multiple Sklerose
Gesellschaft Bundesverband e.V.
Küsterstraße 8
30519 Hannover
Tel. 05 11 / 9 68 34 13
Fax 05 11 / 9 68 34 50
dmsg@dmsg.de

Andreas Bergen

c/o pro familia Landesverband
Niedersachsen e.V.
Lange Laube 14
30159 Hannover
Tel. 05 11 / 30 18 57 81
andreas.bergen@profamilia.de

Brigitte Blümel

Herzlaker Straße 53
30539 Hannover
Tel. 05 11 / 5 38 94 37
b_bluemel@t-online.de

Klaus Dickneite

Ostergrube 2
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 51 49 51 (privat)
Tel. 01 73 / 6 22 02 00 (mobil)
Fax 05 11 / 51 49 51
kdickneite@online.de

Silke Gerike

Am Mesterwinkel 19
30952 Ronnenberg
Tel. 05 11 / 46 93 19
Silke@torstengerike.de

Holger Gerken

c/o Göttinger Werkstätten gGmbH
Elliehäuser Weg 20
37079 Göttingen
Tel. 05 51 / 50 65-100
H.Gerken@Goe-We.de

Bernd Göddertz

Luisenstraße 9
31141 Hildesheim
Tel. 05 21 21 / 3 20 05 (privat)
Tel. 05 21 21 / 9 99 07 87 (dienstlich)
b.goeddertz@ijgd.de

Tina Hellmann

Diedrich-Steilen Straße 27
28755 Bremen-Vegesach
Tel. 01 76 / 92 19 18 16 (mobil)
Tina.Hellmann@web.de

Ulla Klapproth

Im Siek 10
37191 Gillersheim
Tel. 055 56 / 15 66 (werktags)
Fax 055 56 / 50 78
ulla.klapproth@paritaetischer.de

Anneliese König

Südweg 8a
26135 Oldenburg
Tel. 04 41 / 20 13 17
Fax 04 41 / 2 04 91 15
anneliese-koenig@t-online.de

Martin Kupper

c/o Albert-Schweitzer-
Familienwerk e.V.
Jahnstraße 2
37170 Uslar
Tel. 0 55 71 / 92 43-0 (dienstlich)
kupper@familienwerk.de

Monika Lehmann

Glünderstraße 2
30167 Hannover
Tel. 05 11 / 70 21 52 (privat)
Monika.Lehmann@
nld.niedersachsen.de

Jörn Jan Leidecker

Brüggemannhof 3
30167 Hannover
Tel. 01 77 / 3 07 27 24
jan.leidecker@gmail.com

Monika Placke

Walter-Haas-Straße 32
49088 Osnabrück
Tel. 05 41 / 7 63 87 (privat)
Tel. 01 70 / 8 14 10 37 (mobil)
monika.placke@freenet.de

Berlind Rosenthal-Zehe

c/o Studentenwerk Göttingen
PF 3851
37028 Göttingen
Tel. 0 55 46 / 13 79 (privat)
Tel. 05 51 / 39 51 79 (dienstlich)
Fax 05 11 / 39 51 70 (dienstlich)
Berlind.Rosenthal-Zehe@
studentenwerk-goettingen.de

Dietmar Schlüter

Bergweg 8
38527 Meine
Tel. 0 53 04 / 39 77
Fax 0 53 04 / 52 90
053043977-0001@t-online.de

Landesverband

Hauptamtlicher Vorstand

Christian Boenisch, Vorsitzender
Birgit Eckhardt, stellv. Vorsitzende

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

GandhisträÙe 5a
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
Fax 05 11 / 5 24 86-333
landesverband@paritaetischer.de

Ehrenvorsitzende

Karin Rut Diederichs

Eilenriedestift e.V.
Haus A1, App. 107
Bevenser Weg 10
30625 Hannover
Tel. 05 11 / 54 04 21 07

Wolfgang Neubelt

GDA Wohnstift
Osterfelddamm 12
Haus 3, App. 3207
30627 Hannover
Tel. 05 11 / 5 70 54 37
wneubelt@hotmail.de

Günter Famulla

Davenstedter Straße 227
30455 Hannover
Tel. 05 11 / 49 88 31

Johannes Schmidt

Bahnhofsstraße 14
21745 Hemmoor
Tel. 0 47 71 / 64 34 95 (privat)
Tel. 01 71 / 2 13 75 28 (mobil)
Fax 0 47 71 / 64 34 34
Neusicht@aol.com

Paritätische Kreisverbände in Niedersachsen

Paritätischer Aurich

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax.: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Braunschweig

Saarbrückener Straße 50
38116 Braunschweig
Tel.: (05 31) 4 80 79-0
Fax.: (05 31) 4 80 79-14
GF: Henning Eschemann
henning.eschemann@paritaetischer.de

Paritätischer Celle

Lauensteinplatz 1a
29225 Celle
Tel.: (0 51 41) 93 98-0
Fax.: (0 51 41) 93 98-19
GFin: Waltraud Anders
waltraud.anders@paritaetischer.de

Paritätischer Cloppenburg

Beethovenstraße 11
49661 Cloppenburg
Tel.: (0 44 71) 20 46 (VdK)
Fax: (0 44 71) 95 89 03 (VdK)
GF: Hans-Jürgen Lehmann
gs-cloppenburg@vdk.de

Paritätischer Cuxhaven

Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel.: (0 47 21) 57 93-0
Fax: (0 47 21) 57 93-50
GF: Klaus-Dieter Fortmeyer
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Paritätischer Delmenhorst

Bismarckstraße 21
27749 Delmenhorst
Tel.: (0 42 21) 15 25-50
Fax: (0 42 21) 15 25-15
GFIn: Irma-H. Michel
irma.michel@paritaetischer.de

Paritätischer Diepholz

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Emden

Friedrich-Naumann-Straße 11
26725 Emden
Tel.: (0 49 21) 93 06-0
Fax: (0 49 21) 93 06-16
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Emsland

Lingener Straße 13
49716 Meppen
Tel.: (0 59 31) 1 80 00
Fax: (0 59 31) 1 22 80
GFIn: Barbara Germer-Grote
barbara.germer-grote@paritaetischer.de

Paritätischer Friesland

Zum Jadebuden 12
26316 Varel
Tel.: (0 44 51) 91 46-0
Fax: (0 44 51) 91 46-11
GF: Wolf-Dieter Kulawik
wolf-dieter.kulawik@paritaetischer.de

Paritätischer Gifhorn

Sprachtherapeutischer Kindergarten
Kindergarten
Am Sportplatz 10
38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 9 44 99-0
Fax: (0 53 71) 9 44 99-73
GFIn: Sandra Helbing
shg-gifhorn@paritaetischer-bs.de

Paritätischer Goslar

Von-Garßen-Straße 6
38640 Goslar
Tel.: (0 53 21) 2 10 11
Fax: (0 53 21) 1 82 29
GF: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Göttingen

Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax: (05 51) 9 00 08-19
GF: Dr. Volker Bullwinkel
volker.bullwinkel@paritaetischer.de

Paritätischer Graftsch. Bentheim

Große Gartenstraße 14
48529 Nordhorn
Tel.: (01 60) 44 04 02-4
GFIn: Anja Jankowsky
anja.jankowsky@paritaetischer.de

Paritätischer Hameln

Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel.: (0 51 51) 57 61-0
Fax: (0 51 51) 5 99 77
GF: Norbert Raabe
norbert.raabe@paritaetischer.de

Paritätischer Hannover

Gartenstraße 18
30161 Hannover
Tel.: (05 11) 9 62 91-0
Fax: (05 11) 9 62 91-13
GF: Ralf Hohfeld
ralf.hohfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Harburg

Schanzenring 8
21423 Winsen / Luhe
Tel.: (0 41 71) 88 76-0
Fax: (0 41 71) 88 76-29
GFIn: Bettina Wichmann
bettina.wichmann@paritaetischer.de

Paritätischer Helmstedt

Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel.: (0 53 51) 54 19 10
Fax: (0 53 51) 54 19 1-66
GFIn: Andrea Zerrath
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Lilly-Reich-Straße 5
31137 Hildesheim
Tel.: (0 51 21) 74 16-0
Fax: (0 51 21) 74 16-20
GFIn: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Perkstraße 27
31061 Alfeld
Tel.: (0 51 81) 84 35-0
Fax: (0 51 81) 84 35-20
GFIn: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Holzminden

Wallstraße 2
37603 Holzminden
Tel.: (0 55 31) 93 27-0
Fax: (0 55 31) 93 27-90
GF: Daniel Leonhardt
daniel.leonhardt@paritaetischer.de

Paritätischer Leer

Pferdemarktstraße 59
26789 Leer
Tel.: (04 91) 9 25 31-0
Fax: (04 91) 9 25 31-31
GF: Jürgen Dietrich
juergen.dietrich@paritaetischer.de

Paritätischer Lüchow-Dannenberg

Schlossgraben 3
29451 Dannenberg
Tel.: (0 58 61) 88 53
Fax: (0 58 61) 87 50
GFIn: Susanne Guhl
susanne.guhl@paritaetischer.de

Paritätischer Lüneburg

Altenbrücker Damm 1
21337 Lüneburg
Tel.: (0 41 31) 86 18-0
Fax: (0 41 31) 86 18-40
GF: Ralf Gremmel
ralf.gremmel@paritaetischer.de

Paritätischer Nienburg

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GF: Bernhard Döring
bernhard.doering@paritaetischer.de

Paritätischer Northeim

Friedrich-Ebert-Wall 1
37154 Northeim
Tel.: (0 55 51) 9 76 90
Fax: (0 55 51) 16 04
GFIn: Roswitha Voß
roswitha.voss@paritaetischer.de

Paritätischer Oldenburg-Ammerland

Ziegelhofstraße 125 – 127
26121 Oldenburg
Tel.: (04 41) 7 79 00-0
Fax: (04 41) 7 79 00-22
GF: Norbert Adolf
norbert.adolf@paritaetischer.de

Paritätischer Osnabrück

Kurt-Schumacher-Damm 8
49078 Osnabrück
Tel.: (05 41) 4 08 04-0
Fax: (05 41) 4 08 04-25
GF: Jörg Echterhoff
joerg.echterhoff@paritaetischer.de

Paritätischer Osterholz

Loger Straße 35
27711 Osterholz-Scharmbeck
Tel.: (0 47 91) 94 15-0
Fax: (0 47 91) 94 15-10
GF: Olaf Bargemann
bargemann@lebenshilfe-ohz.de

Paritätischer Osterode

Abgunst 1
37520 Osterode
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax: (0 55 22) 90 77-28
GFIn: Annette Nikulla
annette.nikulla@paritaetischer.de

Paritätischer Peine

Virchowstraße 8 a
31226 Peine
Tel.: (0 51 71) 77 70-0
Fax: (0 51 71) 77 70-21
GFIn: Heike Horrmann-Brandt
heike.horrmann-brandt@paritaetischer.de

Paritätischer Rotenburg

Bahnhofstraße 15
27432 Bremervörde
Tel.: (0 47 61) 7 11 01
Fax: (0 47 61) 7 11 91
GF: Dietrich Neubauer
neubauer@lebenshilfe-bremervorde.de

Paritätischer Salzgitter

Marienbruchstraße 61 – 63
38226 Salzgitter
Tel.: (0 53 41) 84 67-0
Fax: (0 53 41) 84 67-24
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Schaumburg

Dammstraße 12 a
31675 Bückeburg
Tel.: (0 57 22) 95 22-0
Fax: (0 57 22) 95 22-18
GF: Georg Steimann
georg.steimann@paritaetischer.de

Paritätischer Seesen

Jacobsonstraße 36
38723 Seesen
Tel.: (0 53 81) 9 48 06-0
Fax: (0 53 81) 9 48 06-7
GF: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Stade c/o Die Börne gGmbH

Claus-von-Stauffenberg-Weg 10
21684 Stade
Tel.: (0 41 41) 53 43-50
Fax: (0 41 41) 53 43-26
GFIn: Susanne Frost
susanne.frost@paritaetischer.de

Paritätischer Uelzen

Veerßer Straße 92
29525 Uelzen
Tel.: (05 81) 97 07-0
Fax: (05 81) 97 07-20
GF: Stefan Müller-Teusler
stefan.mueller-teusler@paritaetischer.de

Paritätischer Verden

Helene-Grulke-Straße 5
27299 Langwedel
Tel.: (0 42 35) 89-0
Fax: (0 42 35) 89-111
GF: Dieter Haase
d.haase@stiftung-waldheim.de

Paritätischer Wesermarsch

Bürgermeister-Müller-Straße 13
26919 Brake
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax: (0 44 01) 45 80
GFIn: Hannelore Bohlken
hannelore.bohlken@paritaetischer.de

Paritätischer Wilhelmshaven

Banter Weg 12
26389 Wilhelmshaven
Tel.: (0 44 21) 2 06-0
Fax: (0 44 21) 2 06-2 88
GF: Manfred Pfaus
manfred.pfaus@gps-wilhelmshaven.de

Paritätischer Wittmund

Wallstraße 21 t
26409 Wittmund
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfenbüttel

Kommissstraße 5
38300 Wolfenbüttel
Tel.: (0 53 31) 92 00-0
Fax: (0 53 31) 92 00-79
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfsburg

Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel.: (0 53 61) 29 50-0
Fax: (0 53 61) 29 50-21
GFIn: Christine Köhler-Riebau
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de